

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 3. September 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Volksentrechtung durch Wahlkreisgeometrie.

In der letzten Nummer des „Tag“ behandelt ein oldenburgischer Junker die in der Tat nachgerade brennend gewordene Frage der Neueinteilung der Reichstagswahlkreise. Es versteht sich natürlich am Bande, daß dieser Junker, ein Herr v. Lebehorn, zu einer Ablehnung der Forderung der Neueinteilung kommt. Und zwar durch eine Reihe der lächerlichsten Zahlenmährchen.

Da wird zunächst eingewendet, daß, wenn jetzt eine Umänderung der Wahlkreise vorgenommen würde, nicht mehr die Zahl von 100 000 Einwohnern zugrunde gelegt werden könne, sondern die Zahl von 150 000. Wie sollte es dann aber mit den kleinen Staaten gehalten werden, die nicht nur nicht 150 000, sondern sogar wesentlich unter 100 000 Einwohnern haben, wie z. B. Waldeck, Schwarzburg usw.? Nun, es handelt sich in diesem Falle um ganze fünf Vaterländer, die ganze fünf Abgeordnete in den Reichstag entsenden: um Schwarzburg-Sonderhausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuß jüngere Linie und Schaumburg-Lippe. Diese Staaten aber haben ja auch schon seit beinahe 40 Jahren das Recht, je einen Abgeordneten zu wählen, obgleich sie schon bei der Reichsgründung, als das Wahlgesetz geschaffen wurde, zum Teil kaum die Hälfte der für die übrigen Teile des Reiches maßgebenden 100 000 Einwohner zählten. Diese Schwärze, die ja auch das Gesetz vom Jahre 1871 nicht unmöglich machte, kann also bei der Neueinteilung der Wahlkreise nicht die mindeste Rolle spielen.

Ebenso wenig käme in Frage, daß bei einer Neueinteilung unter Zugrundelegung der Zahl von 150 000 Einwohnern für einen Abgeordneten zwar Preußen 18, Sachsen 7, Hamburg 2-3 und Bremen 1 Abgeordnete gewinnen, dafür Bayern 5, Württemberg 2, Hessen 1, Baden 1, Elsaß-Lothringen 3, Mecklenburg-Schwerin 2 und Sachsen-Weimar 1 Abgeordnete verlieren würden. Diese Verschiebungen nach Einzelstaaten würden bei der Zahl von rund 400 Abgeordneten gar keine Rolle spielen, und es ist eine geradezu lächerliche Behauptung uneres medlenburgischen Junkers, daß der Bundesrat einer „so tief in die Rechte der Einzelstaaten einschneidenden“ Aenderung, die einer „Machtverschiebung“ gleichkomme, unmöglich seine Zustimmung geben könne. Es bliebe also nichts anderes übrig, als die Neueinteilung nur innerhalb der Einzelstaaten vorzunehmen, wobei dann in Hamburg auf je 290 000, in Bremen auf je 260 000, in Sachsen auf je 195 000, in Braunschweig auf je 165 000, in Preußen auf je 158 000, in Bayern auf je 133 300 und in Waldeck schon auf 59 000 Einwohner ein Abgeordneter entfallen würde. Eine solche Gestaltung des Wahlrechts erklärt Herr v. Lebehorn natürlich für absurd — und durch diese Absurdität glaubt er dann die Unmöglichkeit einer Neueinteilung der Reichstagswahlkreise nachgewiesen zu haben. Dabei liegt die Absurdität einzig und allein bei Herrn v. Lebehorn selbst, der die minimale Verschiebung der auf einzelne Bundesstaaten entfallenden Abgeordnetenzahl als eine „Machtverschiebung“ unter den Bundesstaaten, als einen tiefen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten bezeichnet. Als ob im Reichstag bayerische oder preussische, württembergische oder hanseatische Politik getrieben, als ob dort nach Landsmannschaften abgestimmt würde! Nein, allgemeine wirtschaftliche und kulturelle Grundzüge sind es, die im Reichstag die Parteienbildung ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen bewirken. Die preussischen Junker ziehen dort ebenso mit den sächsischen und medlenburgischen Junkern an einem Strang, wie die bayerischen Zentrumsänner ein Herz und eine Seele sind mit den rheinisch-westfälischen oder schlesischen Zentrumsabgeordneten!

Und so fadenscheinig, so abgeschmackt die Einwendungen v. Lebehorns gegen die Neueinteilung der Wahlkreise sind, so zwingend sind die dafür sprechenden Gründe. Oder ist es nicht eine ungeheuerliche, aller Billigkeit und politischen Vernunft mit Fäusten ins Gesicht schlagende Tatsache, daß bei den letzten Reichstagswahlen am 25. Januar 1907 20 konservative Mandate (in den Kreisen Heltigenbeil, Suhrau, Greifenberg, Br. Holland, Labiau, Sangerhausen, Angerburg, Meeritz, Rosenburg, Pyritz, Müllisch, Wartenberg, Jüllschau, Königsberg N.-O., Demmin, Sternberg, Reuß A. L., Reustein, Dinkelsbühl, Rantstau) mit insgesamt 210 278 Stimmen gewonnen wurden, während zur Eroberung von 6 sozialdemokratischen Mandaten (Zeltow-Weesow, Niederbarnim, Berlin VI, Berlin IV, Hamburg III, Leipzig-Land) am gleichen Tage 465 738 Stimmen abgegeben wurden? Während dort mit je zirka 10 000 Stimmen zwanzig konservative gewählt wurden, entfielen auf jedes der sechs sozialdemokratischen Mandate rund 77 000 Stimmen! In zahlreichen überwiegend ländlichen Wahlkreisen also besaßen Bauern und Kleinbürger annähernd achtmal so viel Wahlrecht, als die Wähler großstädtischer und großindustrieller Wahlkreise!

Herr v. Lebehorn schiebt die angebliche Beeinträchtigung einzelstaatlicher Rechte vor, um die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise für undurchführbar zu erklären. In Wirklichkeit sind es einzig und allein die reaktionären Interessen des neuen blau-schwarzen Schnapsblocks, die durch eine Neueinteilung der Wahl-

kreise gefährdet werden. Durch eine Neueinteilung der Wahlkreise auf Grund der letzten Volkszählung würde eine Annäherung an den Zustand geschaffen werden, der sich bei Einführung der Verhältniswahl ergeben würde. Bei einer solchen Verhältniswahl aber würde nach einer Berechnung von Dr. Ernst Cahn das Ergebnis das folgende sein:

Parteien	Zahl der Abgeordneten nach der Verhältniswahl von 1907	Zahl der Abgeordneten, wenn Verhältniswahl bestanden hätte
Konservative	60	39
Freikonservative	24	17
Bund der Landwirte	8	75
Süddeutsch. Bauernbund	—	2
Antifemiten	21	9
Rationalliberale	51	60
Freisinnige Vgg.	14	13
Freisinnige Volkspartei	28	27
Süddeutsche Volkspartei	7	5
Dänen	1	—
Zentrum	105	79
Polen	20	16
Welfen	1	2
Elässer	7	8
Sozialdemokraten	43	117
Republikaner	4	—
	397	397

Bei einer Verhältniswahl würden also die Konservativen und ihre Anhängel 1907 38 Mandate weniger erhalten haben, desgleichen das Zentrum und die ihm befreundeten Parteien 33 Mandate weniger. Diesem Verlust von 71 Mandaten der Rechten gegenüber ergäbe sich für die Linke ein Gewinn von 75 Mandaten. Der Schnapsblock wäre also unmöglich gewesen!

Und nicht nur im Reiche könnte durch eine Neueinteilung der Wahlkreise die Macht der Rechten gebrochen werden, sondern auch in der Hochburg der junkerlich-pfäffischen Reaktion: in Preußen. Wilhelm Heile stellt darüber in Nr. 31 der „Hilfe“ folgende Berechnung an:

Parteien	Zahl der Mitglieder des preuß. Abgeordnetenhauses nach den letzten Wahlen	Zahl der Mitglieder des preuß. Abgeordnetenhauses, wenn Verhältniswahl bestanden hätte. (Unter Zugrundelegung der 1907 abgegebenen Reichstagswahlstimmen.)	Zahl der preußischen Reichstagsabgeordneten	
			nach den Wahlen von 1907	Verhältnismäßig vergrößert. Zahlen (aus 443 Mandate zur Erleichterung des Vergleichs umgerechnet)
Konservative	212	212	92	(166)
Zentrum	104	119	54	(67)
Polen	15	29	20	(30)
Rationalliberale	65	59	30	(54)
Freisinnige	36	48	30	(54)
Sozialdemokraten	7	117	20	(30)
Republikaner	4	8	—	—
	443	443	246	(443)

„Die Blau-Schwarzen“, schreibt Heile, „die jetzt in Preußen eine erdrückende Mehrheit von 331 Stimmen gegenüber nur 108 Stimmen der Linken haben, würden bei Verhältniswahl also auf 211 Stimmen gegenüber 224 sinken und dadurch aus einer Dreiermehrheit Mehrheit zur Minderheit werden.“

Man sieht, daß es am Liberalismus selbst liegt, ob er die konservative und ultramontane Reaktion niederringen will oder nicht. Die dringend notwendig gewordene Neueinteilung der Wahlkreise im Reiche und die Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen, die als selbstverständlichen Bestandteile auch die Neueinteilung der Wahlkreise enthalten müßte, würden dem Liberalismus bei einem Zusammengehen mit der sowohl im Reiche wie in Preußen ausschlaggebenden Sozialdemokratie sofort den Sieg über die junkerlich-pfäffische Reaktion sichern!

Ob freilich unser Liberalismus einer solchen Kraftanstrengung, einer ernsthaften liberalen Aktion fähig ist?

Verfagt der Liberalismus trotz aller Brüstungen durch den Schnapsblock auch diesmal, so wird er vor allem Volke als der Alleinschuldige an aller junkerlich-pfäffischen Reaktion, aller agrarischen Volksausplünderung am Pranger stehen!

Der Riesenkampf in Schweden.

(Von unserem nach Schweden entsandten Mitarbeiter.)

Stockholm, 1. September.

„Herr Bunterbold wurde ausgewiesen teils wegen seiner hier im Lande betriebenen Agitation, teils wegen der verzerrten und lügenhaften Darstellungen über Schweden und schwedische Behörden im Zusammenhang mit dem Arbeiterkonflikt, die er in Korrespondenzen ausländischen Zeitungen lieferte.“ So lautet die Erklärung, die Zivilminister Graf Samilton über die Gründe für die sonderbare und eines Kulturlandes

gänzlich unwürdige Zwangsmahregel gegen unsern norwegischen Parteigenossen nun in die Welt gesetzt hat. Um eine schlechte Sache zu verteidigen, wird zu Verleumdungen gegriffen. Nicht genug damit, daß man den Norweger aus dem Lande treibt, wie einen Verbrecher, man beschimpft ihn auch noch hinterher und wirft ihm bewußte Fälschung vor, bezichtigt ihn, „lögnaktiga“ — lügenhafte Darstellungen geliefert zu haben. Herr Bunterbold kennt, seine Korrespondenzen gelesen hat und selbst sieht, wie die Dinge hier liegen, der weiß auch, daß dergleichen Beschuldigungen und Vorwürfe diesem Mann gegenüber am allerwenigsten angebracht sind. Aber für die schwedische Arbeitgebervereinigung ist eben alles Lüge, was ihr nicht in den Stram paßt, und das gleiche gilt ja wohl auch als selbstverständlich für die Regierung. Unter diesen Umständen kann sich hier zu Lande schließlich kein ausländischer Korrespondent mehr sicher fühlen, der mit offenem Auge die Lage betrachtet und ehrlich und aufrichtig seine Meinung niederschreibt. Es wird wohl notwendig sein, daß man seine Korrespondenzen erst der Arbeitgebervereinigung, der Regierung oder Polizei zur Genur vorlegt, ehe man sie absendet, um vor Ausweisung sicher zu sein und es den Unternehmern möglich zu machen, die Auslandspresse in jeder Hinsicht richtig zu „bearbeiten“. Vielleicht kann man dabei noch ein Trinkgeld verdienen. Wie ich ersehen habe, hat der Vorstand der Schwedischen Arbeitgebervereinigung am 24. August ein geheimes Zirkular Nummer 3, gezeichnet von Sydow, an die Mitglieder oder, wie es bei ihr heißt „Teilhaber“ verandt, worin gesagt wird: „Die Bearbeitung der ausländischen Presse kostet uns viel, aber dies trägt nun Frucht.“

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Schwindelnadrichten, die namentlich in der deutschen bürgerlichen Presse über das Abflauen des Generalstreiks, über die Niederlage der Arbeiterschaft, ihr Fiasko usw. erscheinen, die hierher telegraphierte Lüge vom Versagen der Unterstützungsfaktion der deutschen Arbeiterschaft und dergleichen mehr von der hiesigen Arbeitgebervereinigung herühren, so wäre der Beweis jetzt erbracht.

Kristianias „Socialdemokraten“ hat übrigens bereits dafür gesorgt, daß die norwegische Parteipresse auch für die fernere Dauer des Massenstreiks keinen Mangel an zuverlässigen Berichten aus Schweden erleidet. Zum Ersatz des ausgewiesenen Korrespondenten ist heute der Genosse Vidnes hier eingetroffen. Was er schreibt, wird den Unternehmern jedenfalls auch nicht gefallen, und man wird abwarten müssen, ob er und vielleicht andere auch gezwungen werden, das Land zu verlassen.

In dem erwähnten Zirkulare Nr. 3 wird den Teilhabern der Arbeitgebervereinigung auch mitgeteilt, daß die Gerüchte über die Herosität in Arbeitgeberkreisen nicht mit der Wahrheit übereinstimmen. Das ist ein sanfter Trost, der die Arbeitgeber über die ihnen wohl am besten bekannte Tatsache hinwegtäuschen soll, daß in ihren Kreisen sich eine mit der Dauer des Kampfes immer mehr wachsende Unruhe bemerkbar macht, als eine natürliche Folge der Tatsache, daß die minder kapitalkräftigen Unternehmer, indem sie sich blindlings den Befehlen ihrer Leitung unterwerfen, ihre Existenz immer mehr aufs Spiel setzen!

Trost hat allerdings in diesen schweren Zeiten mancher Unternehmer notwendig. Auch Normartens Slagteriarvobolag muß sich trösten, daß nachdem man aber sehr tüchtige Arbeiter mit vielen Unkosten aus Deutschland herbeigeht, diese Leute, kaum daß sie einen Tag gearbeitet hatten, wieder heimfuhren. Der Streifbrecheragent soll sich gerührt haben, der Firma mit Leichtigkeit 150 Arbeitswillige aus Deutschland zu verschaffen. Mit seiner ersten Sendung hat er ja nun Malheur gehabt, eine zweite wird er jedenfalls gar nicht zustande bringen.

Der Berliner Magistrat und die Landtagswahlen.

Das Gesetz betr. die Vereinfachung von Mitteln zu Dienstverkommenderbesserungen, das sogenannte Mantelgesetz, umfasst eine Reihe Gesetze, darunter das Gesetz betr. die Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungsteuergesetzes, das unter anderem das sogenannte Kinderprivileg enthält, und die Behandlung der Privilegierten bei den Wahlen durch den § 20a wie folgt ordnet: „Die in den §§ 19 und 20 gewährten Ermäßigungen bleiben außer Betracht bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlzwecke.“

Das Gesetz ist am 28. Mai dieses Jahres publiziert worden, und wir haben Veranlassung genommen, unsere Leser auf dieses Recht aufmerksam zu machen, um bei der gerade im Gange befindlichen Veranlagung eine Herabsetzung ihrer Steuerleistung durch Reklamation zu erwirken.

Die Zahl der Reklamationen, die ohnehin schon hoch war, ist daher in Berlin in diesem Jahre auf über hunderttausend gestiegen.

Dem Magistrat scheint dieser § 20a gar nicht recht zu behagen, denn er hat über seine Anwendung einen Beschluß gefaßt, den wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

Der Magistrat beschloß in seiner heutigen Sitzung, daß das Gesetz vom 20. 5. 09 dahin zu interpretieren ist, daß der in dem Artikel I unter 5 neu eingefügte § 20a nur auf die in den §§ 19 und 20 der neuen Fassung des Einkommensteuergesetzes vorgesehene Ermäßigung Anwendung findet und daß daher, weil bei der Steuerberatung für 1909 solche Ermäßigungen bisher nicht stattgefunden haben (etwa infolge von Reklamationen erfolgte Ermäßigungen aber für die Wahl nicht zu berücksichtigen sind), eine Berücksichtigung der nach der Steuerberatung für 1909 aufgestellten Wählerlisten für die Wahlen sowohl zur Stadtverordneten-Versammlung wie zum Abgeordnetenhaus für 1909 nicht vorzunehmen ist.

Rirschner. Bohm.

Der Magistrat scheint also der Auffassung zu sein, daß das Gesetz für die diesjährige Veranlagung ohne Bedeutung ist und unbeachtet bleiben kann, weil die Veranlagung schon erfolgt sei und das Gesetz keine rückwirkende Kraft habe. Das letztere ist sicherlich falsch, denn das Gesetz ist nur ein Teil des sogenannten Mantelgesetzes, das in seiner Gesamtheit rückwirkende Kraft hat. Aber auch die Veranlagung kann mit der Zustellung der Veranlagung an die Beseniten nicht als abgeschlossen betrachtet werden, sondern erst nach der abgelaufenen Reklamationsfrist. Da das Gesetz in dieser Zeit in Kraft trat, so dürfte es also auf keinen Fall unbeachtet bleiben.

Der Magistrat behauptet zwar, daß solche Ermäßigungen bei der Veranlagung für 1909 nicht stattgefunden hätten, das ist indessen nicht richtig, denn schon nach dem alten Gesetz waren solche Ermäßigungen zulässig und sind auch diesmal erfolgt. Nach dem neuen Gesetz müssen aber auch die hierbei in Betracht kommenden Steuerzahler mit dem höheren Betrag in die Wählerliste aufgenommen werden, was nach dem alten Gesetz nicht geschah. Dasselbe mußte auch bei allen Beseniten geschehen, die auf Grund des neuen Gesetzes einen Anspruch darauf hatten, und das war dem Magistrat mit Hilfe der Personenblätter und der Veranlagung auch sehr wohl möglich! Allerdings hätte es eine nicht geringe Aufwendung von Arbeitskraft erfordert, die der Magistrat sich wohl ersparen wollte. Aus Sparparantheitsgründen aber durfte der Magistrat sich nimmermehr einer Gesetzeswidrigkeit schuldig machen, um so weniger, da die Gefahr vorliegt, daß Mitglieder des Magistrats gegebenenfalls diese Beschlässe des eigenen Magistrats wiederum zur Aufhebung der Wahlen benützen könnten!

Nun sagt der Magistrat aber in seinem Beschlusse vom 11. Juni d. J. weiter: „Daß eine Berücksichtigung der nach der Steuerberatung für 1909 aufgestellten Wählerlisten für die Wahlen sowohl zur Stadtverordnetenversammlung wie zum Abgeordnetenhaus nicht vorzunehmen ist“. Wir stellen demgegenüber fest, daß für die Stadtverordnetenwahlen wie stets so auch diesmal die Veranlagung ohne Berücksichtigung der etwaigen Reklamationen zur Aufstellung der Wählerlisten benötigt würde. Wir stellen ferner fest, daß für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1908 und 1908 die Aufstellung der Listen auf Grund der Veranlagung erfolgte. Wir stellen aber weiter fest, daß die Aufstellung der Listen zu den Ergänzungswahlen für das Abgeordnetenhaus am 5., 6., 7. und 12. Landtagswahlkreis, die am 25. Oktober vorgenommen werden, nicht nach der Veranlagung, sondern unter nur teilweiser Berücksichtigung der Reklamationen erfolgt ist. Im Wägersaal des Berliner Rathauses haben zirkulär fünfzig Hilfskräfte Wochen hindurch bis in die Nacht hinein gearbeitet, um die Steuerbogen auf Grund der Reklamationen zu berichtigen, es ist ihnen nur bis zu Dreivierteln gelungen, sodaß eine ganz verschiedenartige Aufstellung erfolgte. Dazu waren Mittel vorhanden, diese Arbeit hielt man trotz der Kosten für notwendig, obwohl man sie gar nicht vollenden konnte und damit das merkwürdige Resultat erzielt wurde, daß ein und derselbe Steuerzahler unter ganz gleichen Verhältnissen in der Stadtverordnetenwahlliste mit ganz anderen Steuersummen figuriert als in der Liste für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus!

Wie dieses Verfahren mit dem Beschlusse des Magistrats vom 11. Juni in Einklang zu bringen ist, ist uns unbegreiflich. Volles Verständnis haben wir aber dafür, weshalb die durch die wirtschaftliche Krise herabgegangene Steuerleistung vieler Arbeiter zur Geltung gebracht werden soll. Da das Verfahren aber nicht einmal in vollem Maße durchgeführt ist, so kann Herr Rirschner darauf gewiß nicht stolz sein. Viele Zehntausende haben auf Grund des neuen Gesetzes reklamiert; da nun die Berücksichtigung der Steuerlisten zum Teil von ungenügenden Hilfskräften erfolgt, so steht zu befürchten, daß auch diese Reklamationen berücksichtigt sind und die Beseniten zu dem niedrigeren Steuerfah in die Landtagswählerliste eingetragen wurden. Es muß also Sorge dafür getragen werden, daß die Wählerliste, die nur drei Tage ausliegt, gewissenhaft von jedem Wähler auf ihre Richtigkeit angesehen wird. Vor allen Dingen muß verlangt werden, daß die Reklamanten auf Grund des § 20a zum vollen Steuerbetrag in die Listen aufgenommen werden.

Es ist unerhört, daß der Berliner Magistrat einen Beschlusse faßt, durch den das ohnehin schon beschränkte Wahlrecht der Arbeiter noch weiter verkleinert wird! Aber nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch in seinem eigenen Interesse sollte der Magistrat unverzüglich für die Aufhebung dieses gesetzwidrigen Beschlusses sorgen, damit ihm nicht aufs neue, und diesmal mit Recht, in dem Dreiklassenparlament der Vorwurf der Gesetzesunkennntnis gemacht werden kann. Bleibt aber der Magistrat bei seiner Auffassung bestehen, will er sich vor aller Welt lächerlich machen, so kann es uns nur recht sein. Der Delegierte des Freisinnigen Ausschusses, Herr Rirschner, wird dann wieder seines Amtes waltend und die Körperschaft, der er selbst angehört, unter dem Vorfall der Junter von der Tribüne des Junterparlaments herab blamieren.

Freisinnige gegen das gleiche Wahlrecht.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung in Lichtenberg hatte in der Dienstagsitzung folgende Resolution eingebracht: „Die heutige Stadtverordnetenversammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Delegierten zum 31. Brandenburgischen Städtetage zu Punkt 11 dieser Tagesordnung folgende Anregung geben: Der Städtetag ersucht alle Stadtverordnungen, zu der Frage des kommunalen Wahlrechts Stellung zu nehmen und beim preussischen Abgeordnetenhaus die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts für alle Kommunalwahlen zu beantragen.“ Die freisinnigen Stadtverordneten bekämpften diesen Antrag mit aller Entschiedenheit. Der nicht nur in Lichtenberg, sondern überhaupt innerhalb des Freisinnus vielverdienende Reichstagskandidat für Niederbarnim, Herr Plong,

nun Stadtverordnetenvorsteher, hat bei früheren Anlässen schon den Standpunkt der Freisinnigen präzisiert; seinen Spuren folgte der jetzige Vorsitzende der vereinigten Bürgerlichen, Rechtsanwalt Schachtel. Der Herr wandte sich mit aller Schärfe gegen den Antrag, der geeignet sei, in die Verhandlungen des Brandenburgischen Städtetages politische Momente (!) hineinzutragen. Er würde es als ein Unglück betrachten, wenn das von den Sozialdemokraten geforderte Wahlrecht eingeführt werde, meinte dieser „liberale“ Mann. Die sozialdemokratische Resolution wurde denn auch mit allen gegen die sozialdemokratischen, drei Stimmen der Beamtenvertreter und eine demokratische Stimme abgelehnt.

Daß nicht das politische Moment an sich die Freisinnigen schreckt, sondern die Forderung des allgemeinen, gleichen usw. Wahlrechts für die Kommunen, das hat der Freisinnsmann Plong in einer früheren Verhandlung des Lichtenberger Stadtverordnetenkollegiums unverblümt eingestanden: damals, als er erklärte, daß er die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für die Kommunen für das größte Unrecht erkläre müsse!

Daß der Freisinn vom gleichen Wahlrecht für die Kommunen nichts wissen mag, ist ja längst bekannt. Die Zeiten, wo ein Eugen Richter einmal gegen jedes kommunale Klassenwahlprivilegium loszog, sind lange vorbei. Nichtsdestoweniger erfährt aber die freisinnige Forderung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag eine seltsame Beleuchtung durch die freisinnige Verhorrerzeugung des gleichen Wahlrechts für die vom Freisinn beherrschten Kommunen.

Hatte doch bei der Wahlrechtsdebatte des Jahres 1906 der Freiherr v. Belding die Lächer auf seiner Seite, als er den Freisinnigen anbot, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für die Kommunalwahlen einzuführen, wenn auch nur „auf Probe, auf 10 Jahre“. Der freisinnigste Führer höhnte damals:

„Wenn Sie nach 10 Jahren noch darauf bestehen, dann würden wir uns überreden lassen, noch weiter in dieser Beziehung zu gehen. So lange Sie aber nach dieser Richtung hin nicht mit Anträgen und Wünschen an uns herantreten, so werden Sie es uns nicht übel nehmen können, wenn wir Ihre Vorleser für das allgemeine gleiche Wahlrecht für Preußen für platonisch halten, als eine von denjenigen Forderungen, die man aufstellt, weil man sicher ist, daß sie niemals in Erfüllung geht.“

Nach der Abstimmung der Freisinnigen vor den Toren Berlins wird der Hohn der Wahlrechtsfeinde über die demagogische Unehrlichkeit des Freisinnus nur noch beiderhand werden!

Ein Azew im Unterrock in Berlin.

Einem Artikel Wladimir Burzew, den er uns aus Paris sandte und der uns infolge eines unglücklichen Zufalls leider verspätet erreichte, entnehmen wir noch die folgenden Angaben zur Ergänzung unserer gestrigen Mitteilungen über den entlarvten Raskopel Sinaida Gerngroß-Znitzenko.

Zuerst in ihrem Salon, dann in einem Café gestand die Sinaida, da sie sich entlarvt, in die Enge getrieben, ohne Ausweg sah, da sie wußte, daß sie hinfür die Verachtung, der allgemeinen Entrüstung verfallen sei, künstlich aus aller Gesellschaft als „Aussächtige“ ausgeschlossen sein werde, mit namenloser Unverschämtheit, stolz ob ihrer Niederkunft, als ob der Schlam und das Blut, darin sie wachte, ihr zum Ruhme gereiche: „Zawohl, ich bin Polizeigehilfin. Ja, ich habe Ihre Freunde an die Polizei ausgeliefert. Ich bin's die alle eure Unternehmungen zum Enigleichen brachte, indem ich mit der einen Hand auf Schuf und mit der anderen zerstörte.“

Sinaida Gerngroß betrieb ihr unheilvolles Polizeihandwerk seit mehr denn 15 Jahren, verbreitete überall, wo sie hingelange, Tod und Verbannung. Sie organisierte Verschwörungen, welche sie darauf beriet; sie trarb neue Anhänger, die sie gelegentlich umbrachte; sie verriet über alles, was sie wußte und erfand, und würde alles das noch lange fortgesetzt haben, wenn sie nicht plötzlich in ihrer todbringenden Laufbahn aufgehalten worden wäre.

In den Kreisen der Revolutionäre erregte seinerzeit die Verurteilung des Klientats der Frumkin lebhaftes Aufsehen. Denn nur wenige der Vertrauten wußten von der Vorbereitung dieses Anschlages, und die es wußten, waren alle ergebene, im Kampfe erprobte Genossen. Man versuchte diese Verhaftung durch äußere Umstände zu erklären: man führte an, daß Frumkin sich die Aufmerksamkeit der Polizei selbst zugezogen habe, daß sie ihr unruhiges und erregtes Auftreten verriet. Niemand dachte daran, daß die Gerngroß, die sich als intime Freundin der Frumkin gab, die Verräterin sein konnte.

Besonders abstoßend ist die Rolle, die dieser weibliche Raskopel bei dem Verrat einer ganzen Gruppe von Revolutionären im März 1900 spielte. Nach dem Rußer Azew, der seinen feinen Judasfluß gab, die er in den Tod schickte, schrieb sie einige Monate zuvor in einem Briefe über die Krankheit der Frau eines der Verräterinnen, dem sie Freundschaft heuchelte.

„Ja habe das Gefühl, meine liebe Vera, daß unserer teuren Tania etwas Besonderes zugestochen ist... Mit der Hilfe der A. J. könnte auch eine beliebige Persönlichkeit Moskaus diese Frage lösen. Tanjuscha (Namenamen) würde um keinen Preis nach Bern gehen, ich kenne sie ja! Tränen können hier nicht das mindeste ausrichten, aber ich konnte sie beim Lesen Ihres Briefes nicht zurückhalten! Und so ist es immer: die Besten unter uns müssen immer leiden. Ich möchte alles anbieten, damit unsere liebe Tania wieder völlig gesundet.“

Und nochmals wiederholt sie in diesem Briefe von ihrer lieben Tania:

„Unsere liebe, unsere teure Tania, alle meine Gedanken weilen bei ihr und mein Herz ist schrederfüllt. Es ist ein Glück, daß A. J. bei ihr ist.“

Dem Kongreß der Sozialisten-Revolutionäre zu London, im August 1908, wohnte die Gerngroß an der Seite Azews bei und sandte wie dieser, die eingehendsten Berichte über die Arbeiten des Kongresses an die russische Polizei ab. Diesem Kongresse unterbreitete Burzew bekanntlich seine formelle Beschuldigung gegen Azew. Die Gerngroß war als Delegierte von Moskau da. Um sich von ihrer Bedeutung in der Partei und der Arbeit, die sie dort verrichtete, einen Begriff zu machen, genügt es anzuführen, daß sie nur dank dem Verdacht, der schon auf ihrer Persönlichkeit ruhte, nicht zu den vertraulichen und privatsten Sitzungen (denen nur einige Erwählte beizuhöhen) eingeladen wurde.

Aber lange hat es gedauert, ungeachtet aller miflungenen Unternehmungen, von denen sie Kenntnis hatte, trotz der unzähligen Opfer, die nur sie in den Abgrund geführt hat, ehe man wider sie Verdacht schöpfte. Die Gerngroß war in der Partei so angesehen, daß als W. Burzew ihr wahres Wesen dem Zentralkomitee enthüllte, es lange zögerte, gegen sie vorzugehen. Es bedurfte eines Geständnisses der Gerngroß selbst, daß endlich die Wahrheit über sie anerkannt wurde.

Sehr lustig, oder auch empörend, wie man nimmt, ist die folgende Mitteilung, die das „Berliner Tageblatt“ im Anschluß an die Affaire als Äußerungen von hiesiger zuständiger Stelle, d. h. von der politischen Polizei Berlins, bringt:

Die Aufregung ist niemals, weder politisch in den Kreisen der russischen Revolutionäre, noch sonst irgendwie im Bereich von Groß-Berlin hervorgerufen. Sie gibt ja auch selbst an, überall, nur nicht in Berlin in ihrem Sinne „gemischt“ zu haben. Ihren Charakter und ihre auswärtigen Nachwirkungen nachzuprüfen, ist nicht Sache der Berliner Behörden, und da sie jetzt hier fast inaktiv, fast gestillt, völlig zurückgezogen als eine Art Pensionärin lebt, ohne sich irgendwie lästig zu machen, so liegt auch kein greifbarer Anlaß vor, sich für sie zu interessieren. Anders läge die Sache, wenn es sich um eine Person handelte, die sich irgendwie aktiv in der erwähnten Weise und in Diensten der Polizei eines auswärtigen Staates betätigen sollte. Es würde in einem solchen Falle sofort die Ausweisung verfügt werden.“

Das Blatt fügt dann noch hinzu: „Unser Gewährsmann betonte zum Schluß, daß der etwaigen Etablierung neuer auswärtiger Agenten auf preussischem Boden durch entsprechende Maßnahmen dauernd ein Riegel vorgeschoben sei.“

Alles das läßt das gutunterrichtete „Berliner Tageblatt“ unbeachtet passieren. Als ob es nichts davon wüßte, daß die preussische Polizei allezeit eifrig auf russische Revolutionäre, aber noch niemals auf russische Raskopel gefahndet hat. Als ob es nicht wüßte, daß noch niemals ein solcher Kerl aus Preußen ausgewiesen worden ist. Und als ob es nicht wüßte, daß das gute Verhältnis der deutschen Regierung zur Regierung des Rußlands gar nicht erlaubt, daß einer der Raskopel Väterchen aus Deutschlands Gauen ausgewiesen würde!

Katholikentag.

4. Verhandlungstag.

In der gestern abgehaltenen vierten geschlossenen Versammlung

des Katholikentages sollten endlich verschiedene soziale Fragen zur Verhandlung kommen und es erschien als nicht ganz ausgeschlossen, daß dabei der Gegenjah zwischen den katholischen Fachabteilungen und den christlichen Gewerkschaften zur Sprache kommen könnte. Die kirchliche Diplomatie hat aber jedes Auseinandergehen zwischen den feindlichen Richtungen zu verhindern gewußt. In geheimer Kommissionsitzung sind die katholischen Fachabteilungen gezwungen worden, ihren Antrag auf bedingungslose alleinige Anerkennung und Unterstützung ihrer Organisation zurückzuziehen. Vor der Öffentlichkeit wurde dieser Rückzug damit begründet, daß die Fachabteilungen schon auf früheren Katholikentagen ihre Anerkennung gefunden hätten. Zur Frage der Tarifverträge waren sowohl von den Fachabteilungen als auch von den christlichen Gewerkschaften Anträge eingebracht worden, die sich nicht unter einen Hut bringen ließen. Deshalb wurden die feindlichen Brüder beiderseits gezwungen, ihre Anträge zurückzuziehen. Begründet wurden diese Anträge damit, daß es hier längerer Erörterungen bedürft hätte, um das Richtige zu treffen, wozu in der Kommission nicht mehr genügend Zeit vorhanden gewesen sei.

So gelangte denn als erster der „sozialen“ Anträge ein von A. Pieber-R. Gladbach begründeter Antrag zur „Hebung und Veredelung der Lebenshaltung der erwerbstätigen Bevölkerung“ zur Verhandlung, in dem es für eine dringende Aufgabe erklärt wird, daß mit der wirtschaftlichen und sozialen Verbesserung der erwerbstätigen Bevölkerung Hand in Hand gehen muß die Förderung aller Bestrebungen, die eine Veredelung der Lebenshaltung, Verlebung des Geisteslebens und Festigung der religiös-sittlichen Grundsätze zum Ziele haben.“

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ebenso ein vom Pfarrer Dr. Sonnenstein begründeter Antrag, der die „Zurückdrängung der sozialen Entfremdung“ verlangt und zu diesem Zweck fordert, daß die Katholiken Deutschlands „alle Versuche sozialer Studentenarbeit unterstützen, die geeignet sind, die Jugend der bedürftigen und gebildeten Stände in verständnisvolle persönliche Beziehungen zu den handarbeitenden Klassen zu bringen“.

Darauf folgte ein „Kaufmannsfragen“ betreffender Antrag, in dem es heißt:

„Die 58. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands erklät in der wachsenden Bedrohung des selbständigen kaufmännischen Mittelstandes durch die neuzeitliche Wirtschaftsentwicklung eine bedenkliche Gefahr für Staat und Gesellschaft und spricht sich erneut für einen umfassenden gesetzlichen Schutz dieses Standes aus, die eine notwendige Ergänzung der Bestrebungen der Selbsthilfe bildet. Die Generalversammlung erkennt die Bestrebungen der Handlungsgehilfen und sonstigen Privatbeamten zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage als begründet an und wünscht den umfassendsten Ausbau der Schutz- und Verbesserungsgesetzgebung zugunsten dieser erwerbstätigen Personen. Insbesondere spricht sich die Generalversammlung für die baldige Einführung der geplanten staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatbeamten aus.“

Auch dieser Antrag sowie zwei andere, die sich gegen die Freidenkerbewegung ausdrücken und Fürsorge für die schulentlassene Jugend fordern, gelangen einstimmig zur Annahme.

Unmittelbar an diese Versammlung schloß sich um 11 Uhr in der Festhalle die von vielen Tausenden besuchte

vierte und letzte öffentliche Generalversammlung.

Als erster Redner sprach Reichs- und Landtags-Abg. Prälat Domdekan Dr. Schädlcr-Bamberg über: „Papsttum und Pius X.“ Er knüpfte an die Tatsache an, daß Paps Pius X. in diesem Jahre sein 25jähriges Bischofsjubiläum feiert und gab ein Lebensbild des Papstes. Es sei der Weg der Vorlesung gewesen, der den Sohn des Gemeindevaters geführt hat, auf den Stuhl Petri als Oberhaupt der Kirche, als Statthalter Christus. Der Jubelpaps sieht uns auch menschlich sehr nahe, denn er ist ein Paps, der aus dem Volke hervorgegangen, ein Paps, der das Volk kennt und seine Bedürfnisse kennt. Das Papsikonium kennt keine Ansehung der Person. Wie sein Vorgänger aus gräflichem Geschlecht war, so hat jetzt der schmucklose Sohn des Arbeiters den Stuhl Petri bestiegen. In Wahrheit von Gott gesandt. (Stürmischer Beifall.) Als der neue Paps den Thron bestieg, ging ein Haufen durch die Welt, man sprach von Reformen. Reformen — ja und nein. Wer geglaubt hat, Paps Pius X. sei vom Geiste der sogenannten Modernen geleitet, der hat sich getäuscht, der wird sich täuschen. Wir wissen, was dem Herzen des Papstes am liebsten ist; das ist die Einschränkung der Rechte und Freiheiten der Kirche, und darum verlangen wir in dieser feierlichen Stunde eine volle und wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes in der Ausübung seines Amtes als Oberhaupt der Kirche, weil es die unerlöliche Vorbedingung ist für die Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche selbst. (Stürmischer Beifall.)

Als zweiter Redner sprach Professor Dr. Faulhaber-Strasbourg über

Die Frauenfrage.

Er sprach über die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens und das Frauenstudium. Seine Ausführungen gipfelten in dem Satz: Der natürlichste und allgemeinste Beruf des Weibes ist der Beruf der Hausfrau und Mutter. Dieser häusliche und mütterliche Beruf nimmt allerdings die ganze Zeit und die ganze Kraft jahrzehntelang in den besten Jahren des Lebens so in Anspruch, daß schon aus diesem Grunde der am 8. November 1907 geborene Frauentypus der „ausnahmsweise verheirateten Lehrertinnen“ (Stärkische Heiterkeit), eine Mißgeburt mit einem doppelten Gesicht ist, weil man nicht im Nebenamt Mutter sein und weil eine Person nicht zwei Berufe erfüllen kann, von denen jeder eine ganze Person fordert. (Lebhafte Beifall.) Alle Konfessionen sind einig in der Hochachtung der Familie, der Keimzelle jeder Gesellschaftsordnung, einig in der Ablehnung der Doppelmoral für beide Geschlechter, einig in dem Punkt, daß die Frauen mit gutem Recht an das Vorleben des Mannes die gleichen Anforderungen stellen, wie die Männer an das Vorleben der Frau. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir aber auch das Ideal der Gütlichkeit noch so stark betonen, an zweiter Stelle muß gefordert werden, daß die Frauen „auch diesseits“ der Haustüre große Aufgaben zu lösen haben in den Berufstätigkeit, der sozialen Charitas und der Bildungsarbeit. (Lebhafte Beifall.) Das aktuellste und brennendste Kapitel in der deutschen Frauenfrage ist heute die Frauenbildungsfrage, zunächst das akademische Frauenstudium. Es handelt sich beim Frauenstudium nicht um eine Mode der emanzipierten Neuzeit. Die großen Frauen des Mittelalters, die mit dem Vorbeir der gelehrten Geistesbildung und von der Kirche mit der Gloriosa der Heiligkeit geschmückt sind, sind eine lebendige Apologie des heutigen Frauenstudiums, wie wir es meinen.

Damit war das lange Programm erledigt. Zum Schluß wies der Präsident, Zentrumsabgeordneter Herold auf die Tätigkeit der Generalversammlung hin. Der wichtigste Gegenstand der Beratungen sei die Schulfrage gewesen. Der Kampf für die Schule sei der Kampf für das Christentum. Der Vorsitzende dankte dann der Bevölkerung Dresden und den städtischen Behörden mit dem Vermerk, daß auf eine Begrüßung seitens der städtischen Behörden leider verzichtet werden mußte, obwohl sie allen Generalversammlungen zuteil geworden sei. Ein Mißklang sei in die Generalversammlung nur gekommen durch das Verbot der Regierung, den polnischen Glaubensgenossen zu gestatten, in ihrer Muttersprache zu sprechen.

Nachdem noch Kardinal-Erzbischof Dr. v. Köpp der Versammlung seinen Segen erteilt hatte, wurde mit dem Gesang „Großer Gott, wir loben Dich“ die diesjährige Tagung geschlossen.

Dann gingen die Wohlhabenden zum großen Festmahl, während das „gewöhnliche katholische Volk“ sich auf dem zu seiner Verlesung im Schießwälder veranstalteten Volksfest vergnügte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. September 1908.

Die Finanzen des Reiches im Jahre 1908.

Die Ergebnisse des Reichshaushaltes haben sich für das Jahr 1908 wie folgt gestaltet: Von den dem Reich zuzustehenden Einnahmen haben Mehrerträge gebracht: Die Zigarettensteuer 1 288 000 M., die Zuckersteuer 2 650 000 M., die Salzsteuer 499 000 M., die Schaumweinsteuer 34 000 M., der Spielfartenstempel 28 000 M., die Wechselstempelsteuer 406 000 M., die Statistische Gebühr 14 000 M. Bei der Brennsteuer, die in Gestalt von ausgeführtem oder zu gewerblichen Zwecken veredeltem Branntwein wieder zur Veräußerung gelangt, sind 2 471 000 M. mehr vereinnahmt, als verausgabt wurden. Gegen den Voranschlag zurückgeblieben sind: die Zölle um 121 018 000 M., die Tabaksteuer um 482 000 M., die Brausteuer um 4 218 000 M., die Reichsstempelabgaben von Frachtkunden um 1 573 000 M., Personalfahrkarten um 5 056 000 M., von Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge um 83 000 M., von Vergütungen an Mitglieder von Aufsichtsräten um 5 527 000 M., die Erbschaftsteuer um 11 918 000 M. und die Abfindungen (Abersen) der Ausschußgebiete um 13 000 M. Von den Betriebsveraltungen hat nur die Reichsdruckerei einen höheren Ueberschuß und zwar von 614 000 M. abgeliefert. Dagegen ist der Ueberschuß der Reichspost- und Telegraphenverwaltung um 16 303 000 M. und der der Reichseisenbahnverwaltung um 10 005 000 M. hinter dem Anschlage zurückgeblieben. Beim Bankwesen ist ein Einnahmeausfall von 9 034 000 M. zu verzeichnen.

Die Ausgleichsbeträge für die nicht allen Bundesstaaten gemeinsamen Einnahmen haben dem Minderertrage der letzteren entsprechend 2 661 000 M. weniger gebracht. Vom Soll der Matrikularbeiträge sind die zur Verminderung der Reichsschuld nicht in Anspruch zu nehmenden 23 910 000 M. und die bei den Ueberschußsteuern mehr auf gekommenen 1 721 000 M., zusammen 25 631 000 M. abgesetzt worden.

Im ganzen sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reich verbleiben, 185 115 000 M. weniger auf gekommen. Da der Ausgabebedarf um 63 119 000 M. hinter dem Anschlage zurückgeblieben ist, so ergibt sich für das Rechnungsjahr 1908 ein Fehlbetrag von 121 996 000 M.

Freisinnige Sozialpolitik.

In Meiningen sigen im Gemeinderat dank des reaktionären Jehnstimm-Bahrsrechts keine Arbeiter, dafür aber in großer Anzahl sogenannte Freisinnige und Liberale. Als vor einiger Zeit von der Arbeiterkassette die Errichtung eines Gewerbegerichts gemeldet wurde, lehnte der Gemeinderat diese Errichtung mit der Motivierung ab, daß kein Bedürfnis für ein Gewerbegericht vorliege. In der letzten Sitzung hatte sich der Gemeinderat wiederum mit einer ähnlichen Angelegenheit zu befassen: die Handlungsgeschäften ersuchten um Errichtung eines kaufmännischen Schiedsgerichts. Obwohl in einigen anderen kleineren Städten des Herzogtums — zum Beispiel in Sonneberg und Saalfeld — solche Kaufmanns- und Gewerbegerichte bereits bestehen, wurde auch dieses Gesuch mit der Begründung abgelehnt, daß kein Bedürfnis vorliege. Die Betreuer wollen sich nun an das Ministerium wenden, von dem sie mehr sozialpolitisches Verständnis erwarten, als von den Freisinnigen und Liberalen; denn als vor einigen Jahren in Wünned die Stadtväter sich ebenfalls mit einer nichtfolgenden Begründung beharrlich weigerten, ein Gewerbegericht zu schaffen, ordnete das meiningische Ministerium über die Köpfe der Gemeinderäte hinweg die Errichtung eines Gewerbegerichts an.

Offizielle Zustände.

Zu Ostfriesland werden alljährlich eine Anzahl Landarbeiter von ihren „Herren“ erschossen, ohne daß diese zur Verantwortung gezogen werden. Es heißt stets, daß sie in der „Kotwehr“ die Tat begangen hätten. Infolgedessen haben auch die Gutbesitzer bei der geringsten Meinigkeit das Gewehr bei der Hand. In welcher ständischer Weise die Schleiherlei angeordnet ist, davon gibt die folgende Mitteilung der bürgerlichen Presse ein Bild.

In Woffshagen bei Drangfurt badeten einige junge Leute, darunter auch der Fleischergehele Profschowski aus Drangfurt. Sie

befanden sich auf dem Grund und Boden des Besitzers Malowski, und dieser ging daran, mit Hilfe seines Sohnes die Badenden zu verzeihen. Dazu nahmen sie sich einige Knüttel und das unvermeidliche Gewehr mit. Während der alte Malowski auf die Leute, die das Wasser verlassen hatten, einschlug, befahl er seinem Sohne, den Fleischergehele Profschowski, der besonders seinen Zorn erweckt hatte, niederzuschießen. Der junge Malowski gab auch tatsächlich einen Schuß auf den Fleischergehele ab. Die ganze Schrotladung drang dem unglücklichen Menschen in den Leib. Er wurde nach Königsberg gebracht und hier operiert, verstarb aber am Sonnabend. Der Besitzer Malowski soll erklärt haben, daß er nur in großer Aufregung gehandelt habe. Sein Sohn soll über die Tat untröstlich sein. Verhaftet sind beide noch nicht.

Das Ende der Berliner Antisemiterei.

Die beiden Berliner Antisemitblätter, die „Staatsbürger-Zeitung“ und das „Reich“, sind so weit heruntergewirtschaftet, daß sie trotz aller für sie vorgenommenen Sammlungen bei reichen Protektoren des Antisemitismus nicht mehr zu existieren vermögen. Sie sollen deshalb ganz in den Dienst des Konservatismus gestellt und künftig in der Druckerei der „Kreuzzeitung“ gedruckt werden. Den reinen Antisemiten geht dieses Ende der hauptsächlichsten antisemitischen Bewegung gegen den Strich. Es ist deshalb begreiflich, daß die Magdeburger „Sachenschau“ sich in ihrem Aerger folgenden schönen Retrolog leistet:

„Die Berliner Saurwirtschaft hat dahin geführt, daß nun die „Staatsbürger-Zeitung“ ihre Selbständigkeit völlig aufgibt. Wie jetzt erzählt wird, sollen die Schwesterblätter „Staatsbürger Zeitung“ und „Reich“ vom Oktober ab in der Druckerei der „Kreuzzeitung“ hergestellt werden... Daß es in Berlin soweit kommen konnte, dafür mögen sich die Antisemiten bei gewissen bekannten „Führern“, in erster Linie aber bei sich selbst bedanken. Was diese „Führer“, welche ehemals von den Gesinnungsgenossen in den Himmel gehoben wurden, an Wirtschaft geleistet haben, das ist auf keine Vullenhaut zu schreiben. Schließlich mögen sich die Gesinnungsgenossen die Hauptschuld selbst zuschreiben. Wer sand am meisten Schär und Unterjüngung? Immer die großen Schwadronneure, die den Massen etwas vorbismeln konnten, aber nicht die ruhigen, ehrlichen, verständigen Männer. Deshalb war es den ehrlichen Leuten nicht möglich, jene Schwadronneure auszumergen und die Bewegung solide aufzubauen. Jetzt geht die Ernte dieser Saurwirtschaft herrlich auf.“

Ordnung muß sein!

Vor dem Landgericht in Stade standen vorgestern acht Teilnehmer an einer gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht gerichteten Demonstrationssammlung. Sie sollten sich wegen gemeinsamen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verantworten. Der ganzen Staatsaktion liegen sehr harmlose Vorgänge zugrunde. Von einem „gemeinsamen Widerstande“ war keine Spur zu entdecken. Es hatten nur einige der Angeklagten der polizeilichen Aufforderung, sofort weiterzugehen, nicht gleich Folge geleistet.

Trotz dieser Harmlosigkeit des Vorkommnisses verurteilte das Landgericht einen Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis, zwei Angeklagte zu je einem Monat und zwei weitere Angeklagte zu zwei bzw. einer Woche Gefängnis. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Millionendefraudation und Morddiebstahl.

Bekanntlich sind bei den Lieferungen für die Marine in Kiel sehr erhebliche Defraudationen vorgekommen. Es befinden sich deswegen eine Anzahl Leute seit längerer Zeit in Untersuchungshaft, unter ihnen der Millionär Frankenthal. Vor einigen Tagen sind nun aus den Akten des Landgerichts, die diese Affäre betreffen, sechs wichtige Briefe verschwunden, durch die einige der Verhafteten schwer belastet wurden.

Infolge der eingeleiteten Untersuchung sind Mittwochmorgen der Gerichtsaktuar Zander und der Gerichtsdiener Falbach unter dem Verdachte verhaftet worden, den Diebstahl verübt zu haben.

Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Prinz Alwa-Prozess.

Vor einigen Monaten berichteten wir über einen Beleidigungsprozess mit kolonialpolitischem Untergrund. Es handelt sich um eine Klage des bekannten Regerprinzen Alwa, Sohn des Kameruner Oberhäuptlings, gegen den Kapitänleutnant a. D. Piersemann, der in der „Preussischen Korrespondenz“ einen Artikel „Zum Fall Puttkamer“ veröffentlicht hat, in dem es unter anderem heißt: „Der Urheber der Beschwerde (gemeint ist die Beschwerde der Kameruner Häuptlinge über den früheren Gouverneur v. Puttkamer), der famose Prinz Alwa, ist mir als ein ganz minderwertiges Subjekt bekannt, der mehrfach wegen grober Diebstähle in unseren Gefängnissen Aufenthalt genommen hat.“

Wegen dieser Behauptungen wurde Kapitänleutnant Piersemann vom Schöffengericht zu Hamburg zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, aber die Berufungsinstanz sprach Z. frei. Sie gelangte zu anderen Feststellungen, obwohl die Ausbeute gegen Alwa recht mager war. So soll dieser als sechszehnjähriger Bursche in einer Faktorei ein paar Zigaretten entwendet und andere Dinge begangen haben, wegen deren er in Afrika bestraft worden ist. Dagegen vermochte der Wahrheitsbeweis für die Behauptung, Alwa habe in deutschen Gefängnissen gefessen, nicht erbracht zu werden. Doch der Wahrheitsbeweis galt für erbracht.

Das Landgerichtliche Urteil, dem sich das Hanseatische Oberlandesgericht angeschlossen hat, enthält so viele „Schönheiten“, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Zweifellos, so wird unter anderem ausgeführt, seien die Sätze des Artikels objektiv beleidigender Natur, und der Angeklagte sei sich dieses Charakters seiner Äußerungen auch bewußt gewesen, aber er habe sie in der Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht. Der ganze Artikel des Angeklagten knüpfe an die von Alwa für seine Stammesgenossen vertratene, an den Deutschen Reichstag gerichtete Beschwerde des Kameruner Regerhäuptlings, die heftige Angriffe gegen den Gouverneur v. P. enthalte habe. In einzelnen ihrer Ausführungen seien auch absichtliche Entstellungen und Uebertreibungen enthalten gewesen, und es sei festgestellt, daß Alwa es nur darauf abgesehen habe, in Deutschland gegen die Kameruner Regierung zu heben. Wenn bei dieser Sachlage der mit den Verhältnissen in Kamerun vertraute Angeklagte, der wahrgenommen habe, daß sich in den deutschen Kolonien eine Revolte der Schwarzen vorbereite, es unternommen habe, das Verhalten des Gouverneurs zu rechtfertigen und die Unrichtigkeiten und Uebertreibungen der Beschwerde durch den Hinweis auf die moralische Minderwertigkeit des Anklägers auf ihren wahren Wert zurückzuführen, so habe er damit die Interessen eines jeden Deutschen und damit auch seine eigenen wahrgenommen. Eine beleidigende Absicht sei weder aus der Form noch aus den Umständen zu entnehmen. Auch habe Piersemann nicht wider besseres Wissen geurteilt. Alwa sei ein gänzlich unzuverlässiger und durchtriebener Mensch, dessen an sich schon minderwertiger Regercharakter durch die in Deutschland genossene falsche

Erziehung (Verkehr mit Grafenköhnen. Der Ref.) noch mehr verdorben sei. Eine strafbare Handlung liege also nicht vor.

Ein Soldatenschinder.

Der Unteroffizier Hannibal vom 196. Infanterie-Regiment in Stralsburg i. E. befahl drei Musiketieren, ihre Stiefel zu schmirren. Als der Unteroffizier nach einer halben Stunde Schmirrens immer noch an den Stiefeln anzusehen hatte, befahl er den drei Soldaten, 75 mal auf die Knie zu fallen und wieder aufzusteigen. Das taten denn auch die Soldaten mit dem Erfolge, daß sie am andern Morgen den Dienst vor Schmerzen nicht versehen konnten. Die „Strafe“, die der Soldatenschinder vom Kriegsgericht erhielt, lautete auf ganze 14 Tage Mittelarrest.

Oesterreich.

Auflösung des Reichsrats?

Wien, 2. September. Die polnische Blätter von informierter Seite erfahren, dürfte die Auflösung des Reichsrats und die Ausschreibung von Neuwahlen unvermeidlich sein, da die Regierung keine Aussicht hat, das bisherige Parlament arbeitsfähig zu machen.

Frankreich.

Seid untertan der Obrigkeit...

Paris, 2. September. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Toulouse ist bei dem Erzbischof von Auch, der zu 500 Frank Geldstrafe verurteilt, das Urteil nicht anerkennen wollte, gestern in Abwesenheit des Erzbischofs zur Pfändung des Mobiliars geschritten worden, das am 11. d. M. auf dem Marktplatz von Auch versteigert werden soll. Auch bei mehreren Priestern, die zugleich mit dem Erzbischof verurteilt wurden, sind Pfändungen vorgenommen worden. In Auch herrscht wegen dieser Vorgänge lebhafteste Erregung.

Eine neue Wingerbewegung.

Chalon sur Saône, 2. September. Der Allgemeine Wingerverein der Bourgogne läßt, wie der „Matin“ meldet, alle Abgeordneten und Senatoren der Bourgogne zu einer großen Protestversammlung ein, die am 9. September in Chalon sur Saône stattfinden soll, um gegen die vom Finanzminister vorgeführten Etikettierungsmahregeln zu protestieren. Der Verein betrachtet diese Maßnahmen als eine neue Steuer, die die ohnehin schon schwer geprüften Winger 25 Millionen Frank kosten würde.

Spanien.

Der Fortschritt der „Razifizierungs“arbeit in Barcelona.

Polizei und Klerus setzen in Barcelona ihre Razzia auf die Teilnehmer an den letzten Barcelonaeer Unruhen fort. Laut amtlicher Rote befinden sich infolge der letzten Ereignisse 150 Gefangene auf dem Montjuich, 440 in dem neuen und 400 in dem alten Gefängnis. Durch diese große Zahl — zusammen 990, wovon 600 Katalonier und beinahe 200 Valencianer, aber nur 13 Ausländer — sind alle Gefängnisräumlichkeiten derart überfüllt, daß weitere Gefangene nicht mehr untergebracht werden können und nach den Gefängnissen der Nachbarstädte geschafft werden müssen. Und unaufhörlich treffen neue Gefangenentransporte aus den Provinzen ein, denn der Klerus scheint eben eine gründliche Razzia abhalten zu wollen. Und wer von den ihm mißliebigen Persönlichkeiten nicht ins Gefängnis wandert, wird ausgewiesen, ein Schicksal, das namentlich die Lehrer der weltlichen Schulen trifft, die, wie schon berichtet, alle geschlossen wurden unter der Beschuldigung, daß sie die anarchistische Werbung förderten.

Besonders richtet sich die Wut der regierenden Clique gegen die Arbeitervereine. Alle Arbeitervereinigungen, die nicht religiösen oder reinen Fachcharakter haben, werden vom Gouverneur aufgelöst.

Rußland.

Ein mißlungener Ausbruchversuch politischer Gefangener.

Petersburg, 2. September. In der Schlüsselburg, dem Gefängnis für politische Verurteilte, ist es dieser Tage zu einem Ausbruchversuch gekommen. Als die Gefangenen unter Aufsicht von zwei Inspektoren ihre Arbeiten im Gefängnishof aufnahmen, trat einer auf den Inspektor Kawda zu und schlug ihn mit einem Hammer nieder. Damit war das Signal zu einer allgemeinen Revolte gegeben. Der zweite Inspektor schoß darauf seinen Revolver auf die Revollierenden ab. Durch die Schüsse wurden Truppen alarmiert, die die revoltierenden Gefangenen schnell bewältigten. Zehn Gefangene wurden erst, doch nicht lebensgefährlich verwundet. Wir haben erst dieser Tage an der Hand der erschütternden Darstellung eines gefangenen russischen Genossen die furchtbaren Leiden geschildert, die die politischen Gefangenen in den überfüllten und verpesteten Gefängnissen des Jaren und unter der brutalen Grausamkeit seiner Kreaturen erdulden.

Türkei.

Eine Anleihe in Amerika.

Konstantinopel, 2. September. Wie die „Turkule“ meldet, entsendet das Finanzministerium Delegierte nach Amerika, um über eine Anleihe von sechs Millionen Pfund zu verhandeln.

Eine Intente Ministerkrise.

Konstantinopel, 1. September. Eine Nachricht des Blattes „Fritigad“, Arbeitsminister Koradunghian habe demissioniert, ist unzutreffend. Der Minister, über dessen Prozeß gegen den Lanin, der ihn der Bestechlichkeit beschuldigte, wir gehen unter Leyte Depoischen berichteten, wohnte dem heutigen Ministerrat bei. Die Minister des Innern, der Finanzen und des Unterrichts verlangen die Demission Koradunghians, der sich aber weigert, abzutreten.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 1. September. General Dschabid bereitet eine neue Expedition gegen die aufständischen Albanesen vor. In Ipele und Dugowo sind bereits große Truppenmassen versammelt. Der Albanesenführer Isa Voketin soll nach Montenegro geflüchtet sein.

Velgrader Meldungen besagen, daß die Armee Dubeval Pashas kräftig gegen die Aufständischen vorgeht und sie von Ort zu Ort treibt. Ihre festen Häuser werden zerstört. Der letzte ernsthafte Widerstand der Albanesen hatte sich bei Dugowo und bei Ipele konzentriert. Auch dort siegten die türkischen Truppen, die Aufständischen wurden zerstreut, während die Armee nur geringe Verluste hatte.

Persien.

Thronfolge und Amnestie.

Rän, 1. September. Der „Ränischen Zeitung“ wird aus Teheran von heute telegraphiert: Der jüngere Bruder des Schahs, Mohammed Gassan, ist zum Thronfolger bestimmt worden. Gelegentlich des heutigen großen Feiertags wurde eine Amnestie für politische Verbrechen erlassen. Sie ist nur für Teheran gültig.

Teheran, 1. September. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) In Abwesenheit wurden zu Lebenslänglicher Verbannung verurteilt der Onkel des ehemaligen Schahs Kaib es Soltanach, der ehemalige Minister des Außenwarschlagur Scheng, der ehemalige Ministerpräsident und Finanzminister Saad es Dauleh sowie neun andere Anhänger des ehemaligen Schahs. Die Verurteilten befinden sich gegenwärtig in der türkischen oder der russischen Gesandtschaft.

Gewerkchaftliches.

Die Arbeiterorganisationen in den Industriegruppen.

Es läßt sich leider heute noch nicht nachprüfen, wie weit der Organisationsgedanke unter den Erwerbssüchtigen in den einzelnen Industriegruppen vorgeschritten ist, das darüber existierende Material ist noch zu lückenhaft. Und ein Vergleich mit den amtlichen Zählungen läßt sich nicht durchführen, weil die Erhebungsmethoden zwischen ihr und den gewerkchaftlichen Statistiken verschieden sind. Aber nach einer anderen Richtung hin läßt sich heute schon ein Vergleich ziehen, nämlich inwieweit die einzelnen Arbeiterorganisationen an den Gewerkschaftlern der einzelnen Industrien beteiligt sind. Vor einiger Zeit stellte die Generalkommission der Gewerkschaften eine Tabelle zusammen, in der die Gewerkschaften nach Industriegruppen getrennt waren, diese Zusammenstellung ist als Grundlage benutzt worden, aber so erweitert, daß die Gewerkschaften aller Richtungen, also außer den freien Gewerkschaften, noch die christlichen, die Kirch-Dunderschen, die unabhängigen, die gelben und die vaterländischen ebenfalls in die betreffenden Industriegruppen mit eingerechnet worden sind. So ergibt sich dann für jede Industriegruppe die absolute Zahl der Organisierten, allerdings mit einer Einschränkung, es gibt gelbe und auch vaterländische Gewerkschaften die nicht auf beruflicher, sondern auf örtlicher resp. einzelbetrieblicher Grundlage aufgebaut sind, diese, und es sind die weitaus größte Mehrzahl dieser beiden Gewerkschaftsrichtungen, konnten nur im Endresultat erscheinen. In den einzelnen Industriegruppen sind die Zahlen für die beiden genannten Gewerkschaften in Wirklichkeit um einiges höher, bei der im Verhältnis aber so geringen numerischen Bedeutung dieser Organisationen fällt dies nicht allzu sehr ins Gewicht. Des weiteren kommt noch hinzu, daß nicht für alle Gewerkschaftsrichtungen die gleichen Zahlen gewonnen werden konnten, das statistische Jahrbuch gibt für die freien und christlichen Gewerkschaften Jahresdurchschnittsziffern, für die übrigen Organisationen Jahresabschlussziffern, da die beiden zuerst genannten von den 2,4 Millionen überhaupt Organisierten rund 2,0 Millionen ausmachen, so ergibt sich auch nach dieser Richtung noch eine Differenz; sie wird aber aus all den genannten Gründen nie wesentlich über die mitgeteilten Resultate hinausgehen.

In der nachfolgenden Zusammenstellung sind nun die überhaupt Organisierten jeder der genannten Industriegruppe zusammengestellt und dann gleich Hundert gestellt, für die einzelnen Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen ergibt sich dann der entsprechende Prozentanteil. Unter „verschiedene Berufe“ sind einige Branchen zusammengestellt, die sich nicht in Industriegruppen eintangieren lassen, teils weil ihr Organisationsgebiet sich nicht mit einer Industriegruppe deckt, zum anderen weil sie nur ein Spezialgebiet darstellen.

Industrie- gruppen	Gewerkschaften						
	Organisier- te überhaupt	freie	Kirch- Dundersche	unab- hängige	gelbe	vater- ländische	andere
Langgewerbe . . .	385 975	89,7	0,2	10,0	—	0,1	—
Metallindustrie . .	475 601	84,6	8,0	5,5	1,4	0,4	—
Textilarbeiter . . .	161 081	72,3	3,9	23,4	—	—	0,4
Handels- und Transp.-Gew. . . .	253 474	51,5	7,3	11,4	29,8	—	—
Bergarbeiter . . .	204 784	54,8	1,0	37,1	6,1	—	1,0
Bekleidungs- industrie	105 361	87,2	9,2	3,6	—	—	—
Holzindustrie . . .	179 658	90,7	8,2	6,1	—	—	—
Nahrungsmitt- industrie	113 919	79,6	2,7	5,6	3,0	9,1	—
Gastwirts- gewerbe	32 557	80,8	—	—	67,1	2,1	—
Bäcker	5 663	84,8	1,2	14,0	—	—	—
Industrie der Steine u. Erden . .	66 708	87,7	2,8	9,0	0,5	—	—
Papier- und Lederindustrie . .	52 162	92,6	—	7,4	—	—	—
Polygr. Gew. . . .	63 392	93,0	1,3	4,5	0,3	0,4	—
Verschied. Gew. Fabrikarbeiter . .	151 451	89,9	10,1	—	—	—	—
Gemeindearb. . . .	45 172	62,3	2,6	34,4	0,7	—	—
Sämtl. Organi- sierte überhaupt	2 421 185	75,70	4,36	10,92	5,58	2,69	0,76

*) In dieser Zahl sind, wie schon oben bemerkt, auch die örtlichen Vereine und die Gewerkschaften enthalten, welche sich mit keiner Industriegruppe decken.

Die Schlussziffern zeigen das Stärkeverhältnis der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen zu einander, sie weisen aus, daß den freien Gewerkschaften mit 75,70 Proz. aller überhaupt organisierten Arbeiter, unbedingt und in jeder Beziehung der Name Arbeiterorganisation zukommt. Recht interessant ist es, daß nach den christlichen die unabhängigen Gewerkschaften kommen und nach ihnen erst die Organisationen Kirch-Dunderscher Richtung.

Wird der Stärkeanteil der einzelnen Farben betrachtet, so ergibt sich, daß die freien Gewerkschaften über 90 Proz. aller Organisierten in der Holzindustrie, der Papier- und Lederindustrie, und dem Polygraphischen Gewerbe unter ihren Fahnen vereinigen. Dehnt man die Grenze bis 75 Proz. aus, so sind es die Textilarbeiter, das Handels- und Transportgewerbe, die Bergarbeiter, das Gastwirtsgewerbe und die Gemeindefabrikanten, die noch weniger Anteil an den insgesamt Organisierten erhalten. Bei den Textilarbeitern sind es die Christlichen, bei den Transportarbeitern die unabhängigen Eisenbahner, bei den Bergarbeitern wieder die Christlichen, im Gastwirtsgewerbe unabhängige Köche- u. w. Vereine, bei den Gemeindefabrikanten christliche Krankenpfleger und Gemeindefabrikanten, die sich in den weitaus größten Teil der übrig bleibenden Quote teilen.

Die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften sind mit einer Ausnahme, den Fabrikarbeitern, nirgends mit mehr als zehn Prozent an der Gesamtsumme beteiligt. Mit Ausnahme der Metallindustrie, dem Handels- und Transportgewerbe und der Bekleidungsindustrie, sind sie immer nur mit wenigen Prozent beteiligt.

Die christlichen Gewerkschaften kommen in der Stärkequote an zweiter Stelle. Es sind, wie schon gesagt, besonders Textilarbeiter, Bergarbeiter, Gemeindefabrikanten und Gärtner, die eine nennenswerte Riffer erreichen, sonst sind es selten mehr als 10 Proz.

Die „unabhängigen“ treten als Eisenbahner und als Bäcker und Gastwirtsgehilfen in starker Zahl an, sonst werden sie wenig bemerkt. Charakteristisch ist dies deshalb besonders, weil gerade in den beiden genannten Berufen die freien Gewerkschaften noch nicht dominierend Fuß fassen konnten.

Verantw. Redakteur: Emil Kauer, Berlin. Insetentheil verantw.:

Die Bedeutung der Selben verschwindet bei dieser Zusammenstellung vollständig, wenn auch gesagt werden kann, daß sie numerisch in einzelnen Industrien recht stark ausfallen, die Umbildung in prozentuale Verhältnisse zeigt ihre geringe Stärke in richtiger Beleuchtung. Nur im Nahrungsmittelgewerbe erreichen die gelben Bänder eine Quote von fast 10 Proz.

Die vaterländischen Gewerkschaften erreichen bei den Bergarbeitern gerade ein Prozent; im ganzen sind es nur 0,76 Proz. mit denen sie beteiligt sind.

Wenn die Statistik auch nicht absolut bis in die letzte Einzelheit zutreffend sein kann, schon aus dem Grunde nicht, weil sie die Mängel der amtlichen Statistik mit übernehmen mußte, so zeigt sich doch recht klar, wie verschieden die Verteilung der Arbeiter in den einzelnen Organisationsfarben in den Industriegruppen ist.

Berlin und Umgegend. Solidarität!

Ueber 100 000 M. hat nun im Laufe weniger Wochen allein die Berliner Arbeiterschaft für die kämpfenden Brüder in Schweden aufgebracht. Die morgen im „Vorwärts“ erscheinende Quittung der Berliner Gewerkschaftskommission kann als bisherige Einnahme eine Summe von 103 376,94 M. feststellen.

100 M. Gefängnisstrafe sollen nach unserer gestrigen Notiz „Unternehmerterrorismus“ die Mineralwasserfabrikanten Berlins einem ihrer Kollegen subskribiert haben, der einen Aufseher nicht nach Scharfmacherwunsch verhungern ließ. Natürlich handelt es sich um einen Fehler. Es muß heißen: 100 M. Geldstrafe.

Deutsches Reich.

Ein „rocher de bronze“?

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker fühlt sich gemüht, folgende Kundmachung von sich zu geben:

Bekanntmachung.

Auf Grund zahlreicher Anfragen und nach Kenntnisnahme von Artikeln, die seitens der Tagespresse unter Bezugnahme auf den Generalausstand in Schweden über den zweifelhafte Wert der Tarifverträge im allgemeinen und den des Buchdruckgewerbes im besonderen veröffentlicht worden sind, hat das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker in seiner Plenarsitzung vom 23. August zu diesen Aufträgen und Publikationen Stellung genommen, soweit es sich hierbei um Angriffe und Schlussfolgerungen auf die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker handelt. Diesen Kundgebungen gegenüber erklärt das Tarifamt es für ausgeschlossen, daß vor dem ordnungsgemäßen Ablaufe des tariflichen Vertragsverhältnisses und infolge der nebenher bestehenden besonderen Verträge, die zwischen dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Buchdruckgewerbe abgeschlossen sind und die ausdrücklich Massenbindungen, Arbeitsniederlegungen und Aussperrungen ausschließen, tiefgehende Störungen im deutschen Buchdruckgewerbe eintreten können.

Berlin, den 24. August 1909.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.
Georg B. Bürgstein, 2. H. Cicjede,
Präsidenten, Geschäftsvorstand.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Wenn das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker zu einem alle Tiefen des gesellschaftlichen Lebens aufwühlenden Ringen wie dem Riesenkampf in Schweden nichts anderes zu sagen wußte, als daß es ordnungspolitisch seine wohlkauterierten Paragraphen über die Kündigungskrisen daneben hielt, so hätte es im Interesse des eigenen Ansehens besser geschwiegen. Berührt irgendwo ein Naturereignis Länder, so wird man nicht mehr fragen, ob die notgedrungene Einstellung der Betriebe oder die Arbeitsniederlegung auch in der vorgeschriebenen Form geschah. Ein gewaltiges politisches Ereignis oder eine große wirtschaftliche Katastrophe schwemmt ebenso alle Paragraphen beiseite. Als lange „vor dem ordnungsmäßigen Ablaufe des tariflichen Vertragsverhältnisses“, ja bald nach seinem Abschlusse eine der wichtigsten Bestimmungen „der nebenher bestehenden besonderen Verträge“ eine Abänderung erfährt, seufzte Herr Reghäuser im „Korrespondent“: „Die Verhältnisse sind eben mächtiger als die Menschen“. Und jetzt glaubt man gewaltige wirtschaftliche Massenaktionen durch Tarifamtsentscheidungen bannen zu können!

Zur Lohnbewegung in der Stettiner Herrenkonfektion.

Statt aller Antwort auf den Tarifentwurf der Lohnkommission der Arbeiter haben die Unternehmer einen Tarif ausgearbeitet, der bedeutende Lohnherabsetzungen enthält, auch die verschiedenen Branchen nicht berücksichtigt, und nach einem Schreiben des Arbeitgeberverbandes am 1. Oktober eingeführt werden soll. So leicht, wie die Unternehmer es sich vorstellen, wird die Sache allerdings nicht gehen. Eine kombinierte Mitgliedsversammlung des Schneiderverbandes und des Gewerkschafts (G.-D.) nahm gegen den Unternehmertarif entschiedene Stellung und erklärte in einer Resolution:

Bei Festlegung der Löhne durch einen Tarifvertrag in einem Berufe müssen sämtliche alle in demselben enthaltenen Branchen berücksichtigt werden. Da jedoch der Arbeitgeberverband es ablehnt, eine Tarifierung der Löhne für Näherinnen, Wäscher und Einrichter vorzunehmen, da ferner nur auf Grund des Arbeitgebertarifes verhandelt werden soll, welcher in vielen Positionen Lohnreduzierungen vorsieht, lehnt es die Arbeiterschaft in der Konfektion ab, auf Grund eines solchen einseitigen Tarifentwurfes zu verhandeln. Jedoch beauftragt die Versammlung die Lohnkommission, erneut Verhandlungen anzubahnen, eventuell ist das Gewerbeamt als Einigungsamt anzurufen, um auf friedlicher Basis zu einem geregelten Arbeitsverhältnis zu kommen.

Die Einmütigkeit der Konfektionsarbeiter wird ihren Eindruck auf die Unternehmer sicher nicht verfehlen und sie zu Verhandlungen auf der Grundlage des Tarifentwurfes der Lohnkommission geneigt machen. Jedenfalls ziehen die Arbeiter eine tariflose Zeit dem Lohnstarke des Arbeitgeberverbandes entschieden vor.

Die dem Staate besonders nützigen Elemente!

In Greifswald hat am Sonnabend der 29. Jahre alte böhmische Maurer Kaiter seine Logiswirtin, eine alte Witwe, ermordet und deren 13jährige Tochter lebensgefährlich verletzt. Die Tat verübte K., weil die Frau ihn an das schuldige Logisgeld gemahnt hatte. Kaiter ist einer der Streikbrecher, die anlässlich des 4wöchigen Kampfes der Greifswalder Banarbeiterschaft im Jahre 1906 herangezogen worden. Einer der größten Scharfmacher hat diesen „Selben“ bis jetzt beschäftigt; es war sein Liebling. Bei ihrem damaligen Einzug hatte man die ganze Schutzmannschaft aufgebieten, um diese Vurden zu schämen; selbst bei der Arbeit wurde diese Gesellschaft bewacht. Von städtischen Arbeitsplätzen, auf denen Kasseperre in aller Rechtsform arbeiteten, wurden letztere vertrieben. Greifswalder Maurer hat man auf Aufträgen betraglicher Streikbrecher ins Gefängnis geworfen, obwohl sie in dem 4wöchigen Kampfe nur Streikposten standen. Sogar Messerstiche mußte sich ein als sehr ruhig bekannter Maurer von dem einen dieser Vurden gefallen lassen, ohne daß der Staatsanwalt eingegriffen wäre. Der Mörder ist verhaftet worden, der eigentlich Schuldige aber ist das gewisse, lose Unternehmertum, das solche minderwertigen Elemente ins Land bringt.

Kleinbürgerlicher Lohnkampf. Ein interessanter Lohnkampf spielt sich jetzt in der Metropole der deutschen Sidereindustrie, in Plauen i. S., ab. Die in ihrer Mehrzahl bisher indifferenten, zum Teil noch den Liberalen nachlaufenden Sticker sind in Bewegung gekommen und stellen in großen Versammlungen ihre Forderungen. Den Anstoß dazu gaben die Lohnschiffenstickermaschinenbesitzer. Im dortigen Gebiet existiert zwischen den Großfabrikanten und den Stickern noch eine sehr große Schär Kleinvererblicher Unternehmer, eben die genannten Lohnschiffenstickermaschinenbesitzer. Sie arbeiten auf eigenen Maschinen und beschäftigen eine kleine Anzahl Gehilfen. Das Produkt liefern sie an den Fabrikanten. Diese kleinen Unternehmer haben nun vor kurzem den Fabrikanten durch ihre numerisch starke Organisation einen erhöhten Lohnstarke überreicht. Gleichzeitig kündigten sie an, daß, wenn der Tarif bis zum 15. September nicht bewilligt ist, sämtliche Maschinen, über welche sie verfügen, zum Stillstand gebracht werden sollen. Die Fabrikanten lehnten aber den eingereichten Tarif ab und nun lag es an den kleinen Unternehmern, am letzten Ende ihren vorher sehr trophigen Reden die Tat folgen zu lassen. Dazu brauchte man jedoch die Arbeiter, auch die nicht bei den kleinen Unternehmern beschäftigten Sticker hätten mit herangezogen werden müssen. Die im Textilarbeiterverband organisierten Sticker hatten an ihrer Vereinstätigkeit, den Lohnschiffenstickermaschinenbesitzern beizustehen, keinen Zweifel gelassen. Jetzt zeigte sich aber wiederum die mangelnde Verlässlichkeit Kleinbürgerlicher Elemente. Der in der Versammlung der Lohnschiffenstickermaschinenbesitzer von vielen Rednern gemachte Vorschlag, mit den Stickern gemeinsame Sache zu machen und alle Sticker aufzufordern, sich dem Deutschen Textilarbeiterverband anzuschließen, wurde von dem Syndikus des Maschinenbesitzervereins, einem Rechtsanwalt, mit dem Bemerkten zurückgewiesen, die Lohnschiffenstickermaschinenbesitzer seien doch in ihrer Mehrzahl nationalliberal und da könne ihnen nicht zugemutet werden, ihre Sticker zum Beitritt in eine sozialdemokratische Organisation aufzufordern. Dafür machte er den Vorschlag, die Durchführung der Sache den Leitern allein zu überlassen. Man möge dem Beschluß des Ausschusses zustimmen, wonach der Stichlohn der Sticker um 3 Pf. pro 1000 Stich gefürzt werden soll, wenn der Tarif von den Fabrikanten nicht bewilligt wird. Dadurch soll auf die Sticker ein Druck ausgeübt werden. Dieser Vorschlag wurde mit großer Majorität zum Beschluß erhoben. Das hat die Sticker in Gärung und Bewegung gebracht. Der Lohn der Sticker ist in der Zeit der Krise sehr gefallen. Vor dem wurde im Durchschnitt 18-20 Pf. pro 1000 Stich gezahlt, jetzt ist er bis auf 13 Pf. gesunken. Dazu kommen noch die großen im ganzen Stickergebiet üblichen Betrugsereien. Der Unternehmer gibt auf den Schablonen weniger Stiche an als das Muster enthält. Da der Sticker das beim Arbeiten nicht ohne weiteres nachprüfen kann, bekommt er die zu wenig angegebenen Stiche nicht bezahlt. So wurde in voriger Woche durch die vom Textilarbeiterverband in Falkenstein errichtete Stichzählstelle an einem Muster festgestellt, daß selbiges statt der angegebenen 66 000 Stiche 110 000 Stiche hatte. Der Arbeiter war also um den Lohn für 44 000 Stiche betrogen. Die Sticker haben nun beschlossen, jede Lohnreduktion mit allen Mitteln zurückzuweisen und, um den vorgenannten Betrug unmöglich zu machen, die Anbringung von Stichzählapparaten an den Maschinen anzutreten. Ob nun die Kleinbürgerlichen Elemente des Maschinenbesitzervereins wirklich versuchen werden, den gefassten Beschluß durchzuführen, bleibt abzuwarten.

Gerichts-Zeitung.

Strassenpolizeiverordnung gegen Geschäftsfreikame.

Auf einem Lichtschirm, den er in seinem Schaufenster aufgestellt hatte, ließ der Kaufmann Kölling in Erfurt kinematographische Bilder erscheinen, um auf diese Weise Neugier zu machen. Die Polizei verlangte wegen der Menschenansammlungen vor dem Schaufenster, daß K. den Lichtschirm und den Projektionsapparat aus dem Laden entferne. K. tat das nicht. Daraufhin wurde er in zweiter Instanz vom Landgericht wegen Verletzung der Strassenpolizeiverordnung zu einer Geldstrafe verurteilt. Und zwar sollte er die Bestimmung übertreten haben, wonach die polizeilichen Anordnungen Folge zu leisten ist, welche zur Erhaltung der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergehen. Diese Vorschrift sei anwendbar, wenn sich auch die Anstöß erregenden Vorrichtungen im Laden und Schaufenster befanden. Entscheidend sei, daß ihre Wirkung auf der Straße in einer Weise, die den Verkehr hindere, in die Erscheinung trat. Die Anwendung der Strassenpolizeiverordnung werde auch nicht gehindert durch § 2 des Reichs-Preßgesetzes, wonach dieses Gesetz auch auf Vervielfältigungen bildlicher Darstellungen anzuwenden sei. Denn kinematographische Projektionen seien keine Vervielfältigungen bildlicher Darstellungen. Der Angeklagte hätte die polizeiliche Aufforderung beachten müssen. — Der Ferienstrassenrat des Kammergerichts verwarf die gegen dies Urteil eingelegte Revision. Die Strassenpolizeiverordnung sei ohne Nachsicht auf den vorliegenden Tatbestand angewendet worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Endlich daheim.

Friedrichshafen, 2. September. (B. L. B.) „S. III“ ist nach einer ununterbrochenen Fahrt von 22 1/2 Stunden um 9 Uhr 30 Minuten hier eingetroffen und um 9 Uhr 40 Minuten nach glatter Landung in die Halle gebracht worden.

Riesenbrand.

Rhein, 2. September. (B. L. B.) Ein heute abend 7 1/2 Uhr ausgebrochenes Großfeuer überhitzte den Pionier-Pontonschuppen im benachbarten Deusch ein. Die Flammen schlugen haushoch und sind jetzt noch weit über dem Rhein sichtbar. In dem Schuppen befand sich vornehmlich ein großer Kriegsbestand an Pontons. Der Schuppen ist bereits bis auf die Umfassungsmauern ausgebrannt. Das brennende Holz verursacht große Hitze. Da starker Nordwestwind herrscht, hat auch das Feuer schon auf die benachbarten Häuser übergegriffen. Die gesamte Feuerwehre von Rhein ist zur Stelle, auch eine Maschinengewehrkompanie von Deusch ist bereits angekommen. Die Feuerwehre kann sich nur darauf beschränken, die benachbarten Wohnhäuser zu isolieren. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt, ebenso wenig ob Personen umgekommen sind. Um 8 1/2 Uhr dauerte der Brand noch fort. Die Bevölkerung von Rhein zieht zu Tausenden nach der Brandstelle und hält die Brücken besetzt.

Ein Marinekommandeur verurteilt.

Sébastopol, den 2. September. (B. L. B.) Das Marine-militärgericht verhandelte heute in der Angelegenheit des Zusammenstoßes des Unterseebootes Sambala am 12. Juni mit dem Panzerschiff Moskawa in hiesigen Hafen, bei dem der Chef der Unterseebootabteilung, Kapitän Jelikon, sowie zwei Deckoffiziere und 17 Matrosen ertrunken sind. Das Gericht sprach den Kommandeur Sapsin des Panzerschiffes Moskawa frei und verurteilte den Kommandeur Kaulonow des Unterseebootes zu einer sechsmonatigen Festungshaft und Kirchenbuße.

Sechste Internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen.

Paris, 31. August.

Morgenstimmung.

Yvetot-Frankreich, der den Vorsitz führt, fordert bei der Eröffnung der Sitzung die Delegierten auf, sich möglichst kurz zu halten, damit die Tagesordnung erledigt werden kann.

Nan-Norwegen begründet den zum Bericht des internationalen Sekretärs gestellten Antrag Norwegens:

„Als Grundlage für die jährlichen statistischen Berichte der Landesorganisationen an das Internationale Sekretariat sind solche Bestimmungen auszuwählen und solche Bezeichnungen festzusetzen, daß für die Angaben möglichst einheitliche Voraussetzungen geschaffen werden.“

Der Antrag wird ohne Diskussion angenommen. Legien ergreift zu dem von Deutschland gestellten Antrag das Wort:

„Die Konferenz beschließt, die gewerkschaftlichen Landeszentralen zu ersuchen, die Statistik einheitlich zu führen und sofern diese Statistik durch staatliche Behörden aufgenommen wird dahin zu wirken, daß die Aufnahme nach einheitlichen Grundlagen erfolge.“

Rebner bemerkt dazu, daß es vor allem nötig sei, jede Arbeitseinstellung, ganz unabhängig von der Zahl der daran Beteiligten als Streit zu zählen.

Der Antrag wird ebenfalls ohne Diskussion angenommen.

Zu einer langen Debatte gibt der folgende Antrag Deutschlands Veranlassung, der lautet:

„Die Konferenz wolle feststellen, welche Schritte von den einzelnen Landeszentralen unternommen worden sind, um den einstimmig gefassten Beschluß der letzten internationalen Konferenz in Kristiania 1907 zur Durchführung zu bringen, der da lautet: Die Konferenz ist der Meinung, daß Mitglieder solcher Verbände, die der gewerkschaftlichen Zentrale ihres Landes angeschlossen sind, wenn sie in einem anderen Lande zureisen und eine Arbeitsbescheinigung ihrer bisherigen Organisation vorlegen, als Mitglieder aufgenommen werden müssen. Soweit keine anderweitigen Abmachungen zwischen den einzelnen Berufsorganisationen bestehen, gelten folgende Uebertrittsbedingungen: a) Das in der bisherigen Organisation gezahlte Eintrittsgeld wird angerechnet. Sollte das von Ausländern erhobene Eintrittsgeld in der neuen Organisation höher sein als in der alten, so kann die Differenz erhoben werden. b) Bezüglich des Anspruchs auf Unterstützungen und andere Vorteile wird die Summe der in der bisherigen Organisation gezahlten Beiträge angerechnet, jedoch mit der Maßgabe, daß auf keinen Fall eine längere Mitgliedschaft angerechnet wird, als tatsächlich vorhanden ist. — Die antwortenden Delegierten verpflichten sich, diese Uebertrittsbedingungen der nächsten Sitzung der zuständigen Körperschaft vorzulegen und deren Annahme zu empfehlen.“

Sassenbach-Deutschland: Unseren Antrag haben wir besonders in Hinsicht auf die in England herrschenden Verhältnisse gestellt. In England werden gute Genossen, die in ihrem Heimatlande ihren Organisationen angehören, als Nichtorganisierte betrachtet, wenn sie sich bemühen, den englischen Organisationen beizutreten. England verschließt sich den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der anderen Länder. Deswegen haben wir schon in Kristiania die englischen Delegierten ersucht, dafür zu sorgen, daß in ihren Gewerkschaften die zureisenden Gewerkschaftsmitglieder anderer Länder anerkannt werden. Wir haben ihnen die Konzession gemacht, daß wenn ihre Beiträge höher sind, sie die Differenz erheben können. Die englischen Delegierten erklärten, einem direkten Beschluß der Konferenz sich widerlegen zu müssen, aber wenn sie nur ihre Meinung ausdrücken wollen, dafür zu sorgen, daß diese Frage den Organisationen unterbreitet würde. Zwei Jahre sind seitdem vergangen und wir haben nicht gehört, daß in England in dieser Hinsicht etwas geschehen ist. Wir wissen sehr gut die Schwierigkeiten zu schätzen, die bestehen, und wissen, daß alteingewurzelte Eigenschaften nicht so ohne weiteres abgeworfen werden können. Wir möchten jedoch wissen, was die englischen Delegierten getan haben, um den Beschlüssen von Kristiania Geltung zu verschaffen.

Appleton-England: Die Zentrale der englischen Gewerkschaften ist nicht imstande, den einzelnen Gewerkschaften bei diesen Angelegenheiten hineinzureden. Sie sind vollständig autonom und würden

jeden Versuch, diese Autonomie zu verletzen, scharf zurückweisen. Die Schwierigkeiten werden dadurch geschaffen, daß die englischen Gewerkschaften außerordentlich hohe Beiträge erheben. Wenn sich der Kongress der Trades-Unions mit dieser Frage nicht beschäftigt hat, so liegt das daran, daß das federale Komitee nicht das Recht hat, solche Anträge zu stellen. Das kann nur von einer angeschlossenen Gewerkschaft aus geschehen.

Raszai-Ungarn stellt den Antrag, daß die Landeszentralen den Mitgliedern, die ins Ausland gehen, Legitimationskarten geben, damit sie nicht nur das Verbandsbuch haben.

Sueber-Oesterreich: Die internationale Vertretung der Gewerkschaften erfüllt nur ihren Zweck, wenn sie die Freizügigkeit der Mitglieder für alle Länder wahr. Was wir von unseren Nachbarn verlangen, müssen wir selbst auch durchführen. Wenn die englischen Delegierten sagen, sie könnten als Zentralkommission die Initiative nicht ergreifen, so ist das vom englischen Standpunkt aus zu verstehen. Aber sie können doch ihrem Kongress über die Beschlüsse der internationalen Konferenz Bericht erstatten, daran würde sich dann sicher eine Debatte knüpfen. Wir haben kürzlich in Oesterreich eine ganze Anzahl internationaler Konferenzen gehabt und es hat sich herausgestellt, daß viele der englischen Delegierten über die Beschlüsse unserer internationalen Konferenzen nicht unterrichtet sind. Der Bericht über unsere Beschlüsse könnte doch auf die Tagesordnung des nächsten englischen Gewerkschaftskongresses gesetzt werden. Das wäre doch kein Eingriff in die Autonomie der englischen Gewerkschaften. Platonische Beschlüsse, die wir hier fassen, ohne reale Grundlage sind ohne Wert. Die Verbindung mit England ist sehr nötig geworden: das hat sich besonders in der letzten Zeit gezeigt. Früher hat der Kontinent England mit Streikbrechern versorgt, heute hat England schon eine genügende Reservearmee, um dem Kontinent Streikbrecher zu schicken. Unsere österreichischen Gewerkschaften sind mit jeder einzelnen deutschen Gewerkschaft vertraglich gebunden — nur durch die Grenzen sind wir getrennt, sonst bilden wir einen Kampfkörper. So muß auch die Verbindung mit allen anderen Ländern werden. Wenn England zu dem zur Diskussion stehenden Punkt keine Aenderung herbeiführen kann, so müssen wir uns auf der nächsten internationalen Konferenz fragen, ob die jetzt bestehende Verbindung überhaupt einen Zweck hat.

Dudegeß-Niederlande fragt die englischen Delegierten, ob sie wirklich über die Beschlüsse von Kristiania so ungenügend Bericht erstattet hätten, obgleich das ausdrücklich beschlossen worden wäre.

Appleton-England: Es ist uns unmöglich, unseren Arbeitern zu sagen: die internationale Konferenz hat das und das beschlossen, handelt danach. Wir sind ein demokratisches Volk. Die ausländischen Genossen kennen unsere Verhältnisse nicht genügend. Es wäre besser, wenn die einzelnen Gewerkschaften miteinander in Verbindung träten. Daß wir keinen Bericht erstattet hätten, ist falsch. Es ist auch nicht sein, uns die Streikbrecher vorzuwerfen, wo man weiß, daß diese in keinem Lande scharfer verurteilt werden als in England. Wir wollen alles tun, was möglich ist, aber wir können uns nicht binden.

Quymans-Belgien: Es ist recht seltsam, daß gerade von den Amerikanern und Engländern uns immer das demokratische Prinzip vorgehalten wird, da doch gerade sie als Führer auf ihre Organisationen besonnensten einen entscheidenden Einfluß ausüben. Die Konferenzen sind dazu da, um über die Durchführung der gefassten Resolutionen zu sprechen. Appleton meint, die kontinentalen Gewerkschaften sollten die Beschlüsse durchführen, was aber die englischen Gewerkschaften betreffen, so solle man sich mit jeder einzelnen der zwei- bis dreihundert englischen Gewerkschaften ins Einzelne setzen. Wenn er darauf hinweist, daß es schwer sei, bei der großen Mitgliederzahl von zwei Millionen solche Beschlüsse in England durchzuführen, so verweise ich auf Deutschland, das ebenfalls zwei Millionen Mitglieder hat. Und von Deutschland kommen die meisten Klagen. Ich bin überzeugt, daß, wenn es umgekehrt wäre, Legien dafür zu sorgen wüßte, daß die Deutschen den gefassten Beschlüssen nachkämen. Es bestehen ja schon eine Anzahl von Gegenseitigkeitsverträgen zwischen einzelnen Verbänden. Ich hoffe, daß die Engländer, die als Parlamentarier Präzedenzfälle lieben, sich daran ein Beispiel nehmen und dafür sorgen, daß die Beschlüsse endlich durchgeführt werden.

Jouhaug-Frankreich: Wir sind mit dem deutschen Antrage einverstanden. Für uns besteht aber der seltsame Fall, daß die meisten der ausländischen Arbeiter nicht in unsere Gewerkschaften eintreten wollen, ja daß sie nationale Organisationen neben der französischen gründen. Besonders bei den Deutschen ist das der Fall. Es besteht hier ein deutsches Gewerkschaftskartell. Die Deutschen sollten dafür sorgen, daß ihre Landsleute der U. S. L. beitreten, die alle Fremden willkommen heißt.

Legien: Wenn sich die Sache so verhält, so bin ich von den

hiesigen deutschen Genossen falsch unterrichtet. Ich dachte, ihre Organisation sollte lediglich dazu dienen, um die ankommenden deutschen Genossen, die der Sprache nicht mächtig sind, den französischen Organisationen zuzuführen. Wenn es nicht so ist, so werden wir die Verbindung mit dem hiesigen deutschen Kartell abbrechen. Denn wir können es nicht dulden, daß noch eine nationale Sonderorganisation neben der Zentrale besteht.

Jouhaug nimmt Kenntnis von der Erklärung Legiens und weist noch einmal darauf hin, daß wenige ausländische Arbeiter den französischen Gewerkschaften angehören.

Sueber fragt an, ob die im deutschen Kartell Organisierten nicht zugleich den französischen Gewerkschaften angehören?

Jouhaug weiß nichts Genaues, er weiß nur, daß die Mehrheit ihnen nicht angehört.

Dudegeß-Oesterreich will durchgeführt wissen, daß gemäß dem Beschluß von Kristiania die Berufsverbände nicht nur ihrem internationalen Verband, sondern auch ihrer nationalen Zentrale angeschlossen sind.

Das Internationale Sekretariat.

Es kommt nun Punkt 2 der Tagesordnung: Das Internationale Sekretariat zur Verhandlung. Es liegt folgender Antrag der Niederländer vor:

Die Konferenz ernenne einen besoldeten Beamten, der den Verkehr zwischen den verschiedenen Landeszentralen zu vermitteln hat; dazu wird ihm neben den allgemeinen Bureauarbeiten die Herausgabe eines Korrespondenzblattes oder die regelmäßige Redaktion von Zirkularen zugewiesen.

Dudegeß, der den Antrag begründet, sagt, daß der Vorsitzende der deutschen Gewerkschaftsorganisation, der die Arbeit des Internationalen Sekretariats ausübt, zu sehr überlastet sei. Die Anstellung eines besoldeten Sekretärs unter seiner Leitung sei wünschenswert. Der bisherige Informationsdienst, der hauptsächlich durch das deutsche „Korrespondenzblatt“ besorgt worden sei, habe nicht genügt.

Sueber macht darauf aufmerksam, daß die Personensfrage wie die Finanzfrage nicht so leicht zu lösen sei. Am besten wäre es, dem Internationalen Sekretär die Anstellung einer Hilfskraft zu überlassen. Die deutsche Generalkommission möge weiter ein Elaborat über die Errichtung eines Internationalen Sekretariats mit Berücksichtigung der Personen- und Budgetfrage der nächsten Konferenz vorlegen.

Legien: Schon die Amsterdamer Konferenz hat dem Sekretär 1200 Franc für Honorierung eines Hilfsarbeiters bewilligt, heute brauchen wir schon eine volle Arbeitskraft. Die Ausgabe eines besonderen Korrespondenzblattes scheint mir unnötig, da wir ohnehin mehr Gewerkschaftsliteratur haben als wir verdauen können. Ein Zirkular genügt.

Dudegeß ist damit einverstanden. Er wünscht nur häufigere Verwendung eines Zirkulars.

In diesem Sinn wird der holländische Antrag angenommen. Es liegt weiter ein Antrag Dänemarks vor, dessen erster Teil indes durch den eben angenommenen Antrag erledigt ist. Der zweite Teil besagt, daß bei Konflikten von internationalem Interesse die verschiedenen Landeszentralen auf Aufforderungen des Internationalen Sekretariats einen Delegierten zu einer Konferenz entsenden sollen.

Legien meint dazu, daß vorläufig wohl ein briefliches Einvernehmen genüge. Die internationale Verbindung sei noch nicht eng genug. Die Frage der gegenseitigen Unterstützungen ist ja jetzt noch den Landeszentralen überlassen, auch sind die Kosten zu groß. Auch die Informationsreisen des Internationalen Sekretärs in das Streikland sind zurzeit noch nicht durchführbar. Die skandinavischen Genossen mögen sich mit der Anregung begnügen.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nachmittagsstimmung.

Ein Begrüßungs schreiben der serbischen Gewerkschaften ist eingelaufen. Der Antrag Nordamerikas auf das Studium der Frage der Errichtung einer internationalen Arbeitskonföderation wird begründet von

Sompers: Wir wollen nichts, als daß unser Antrag beraten werde. Wir Amerikaner sind manchmal etwas eigen in unseren Anschauungen. Auch haben die Worte bei uns oft eine große Bedeutung. Der Name Internationales Sekretariat sagt uns nichts. Wir müssen einen anderen Namen und eine andere Organisationsform haben. In der internationalen Organisation wollen wir nicht einen Platz für akademische Erörterungen, sondern für ernste praktische Fragen des allgemeinen Wohlergehens der Arbeiterschaft haben. Wenn wir Amerikaner, wie ich dessen gewiß bin, ein Teil der Internationale werden, wollen

für das lippig überwuchernde Gerank seiner bunten Willenszweigen zusammengeleimte, ist ein schlechtlich ungenießbares Produkt aus Klammernhafter Posenphantasie und überflüssiger Schlierensentimentalität. Den malenden Gemütsaffekten, der die lolette Berliner Kommerziantochter Zulu von sich gibt, um der armen goldherzigen Kollegin Centa treu zu bleiben, würde sich unser Premierrepublikan in der strengeren Jahreszeit kaum gefallen lassen, zumal wenn die Hauptfiguren so geist- und ammutlos agiert werden, wie es durch Karl Grewing (Richard Waier Landberg), Julia Serda (Centa Dextere) und Hedwig Lange (Zulu Schorner) geschah. Gestern aber blieb man trotz allem bei guter Laune und spendete sowohl dem Stück als den Darstellern, unter denen Albert Heine in der Rolle des hysterischen Neurosenikers Roderich und Klara Gernod als hypermoderner Blauschulz Magime angenehm hervortraten, fremdlichen Beifall.

J. S. Im Kammerpieltheater setzt das Ensemble des Neuen Schauspielhauses sein Sommergaspiel mit Max Vernheins: „Die Sünde“ fort. Das bereits früher in Berlin zur Aufführung gelangte Lustspiel, an dem der Einschlag mährchenhaften Humors und eine wirklich auf äußerliche Kontraste gestellte Wache das beste sind, vermag die Zuschauer immerfort aufs angenehmste zu erweitern — dank einer durch prächtige Dekorationen unterstützten Regiekunst, die Geschlossenheit anstrebt, sowie vortrefflicher Leistungen einzelner Hauptdarsteller. Ernst Arndt als alterrenommistischer Schmierenskomödiant Humdusch schießt da den Vogel ab. Die Rolle des Paul Voh, einst von Harry Walden „kreiert“, wurde von Erich Kaiser-Litz ansprechend gegeben. Artur Reychach Staatsanwalt war eine gut unrisse Karikatur, die einem Nadel wie Charlotte Müller (Klara Goriade) nicht wohl behagen konnte. Albert Worée stellte den Rentier Pröll in Mode und Gebahren typisch hin. Die Stellnerin Nest (Da Frey) bewegte sich dialektisch. Die Uniform des Gardemars war aber nicht ganz bayerisch; es fehlte der blaue Streifen auf den Kermelauffschlägen. Der Beifall hätte stärker geflungen, wenn der kleine Raum der Kammerspiele besser gelichtet wäre.

e. k. Das Neue Theater eröffnete am Mittwoch seine Wintergesellschaft mit Lessings wichtig-padernder Tragödie „Emilia Galotti“. Zum vollen Erfolge, den das bewährte Stück auch diesmal errang, trug die stimmungsvolle Inszenierung nicht wenig bei. Die Dekorationen gaben schöne, fein abgetönte Bilder von intimem, skandinavischem Reiz. Gespielt wurde im großen und ganzen flott und gut. Anna Kubner war eine wirksame und glaubwürdige Titelheldin, Walter Schmidhaller vertropfte in vollendeter Kunst den intrigentischen Schurken Marinelli; den Prinzen hätte Otto Stöckel mit ein wenig mehr Lebensmut und Wärme ausstatten können. Schließliche wäre auch ein milderer, doch polsternder Tonus, mit dem Edwin Reuß den Vater Galotti überreich bedacht hatte, wirksamer für diese Rolle gewesen.

Kleines feuilleton.

Parseval geht zur Flugmaschine über. Diese Absicht hat der deutsche Luftschiffer, der den großen Fliegerwettkämpfen von Reims beizuwohnen, gegenüber einem Interviewer des „New York Herald“ geäußert. „Offen gestanden“, so sagte Major Parseval, „ich hatte keine Vorstellung davon, daß die Flugmaschine so gut und so lange fliegen könne. Die Voisin- und die Wright-Maschine hatte ich bereits gesehen, aber noch nie einen Eindecker. Die Antoinette und die Blériot-Apparate waren für mich eine Offenbarung. Die Flugmaschine und die großartigen Refordflüge haben mich überwältigt.“ Der Luftschiffer hält die Zeit noch nicht für gekommen, um beurteilen zu können, welches System der Flugmaschinen das beste ist. Die Hauptfrage ist der Motor, meinte er; ein guter Motor würde selbst einem mangelhaften System zum Fluge verhelfen, während ein schlechter Motor das beste System an wertvollen Erfolgen verhinern würde. Als Parseval nach seiner Ansicht über die Flugmaschine der Zukunft gefragt wurde, antwortete er, daß nach seiner Ansicht sowohl die Eindecker wie die Zweidecker sich bewähren würden. „In Frage der Schnelligkeit scheint das Monoplan in dieser Woche seine Ueberlegenheit bewiesen zu haben, jedoch wenn auch die Voisin und die Wright-Maschinen langsamer sind als Antoinette und Blériot, so ist damit der Zweidecker keineswegs verurteilt angeht der außerordentlichen Geschwindigkeit, die Courtis entwickelte.“ Parseval hält den Apparat von Courtis für die beste Maschine in Reims und räumt ihre absolute Zuverlässigkeit. Vom ästhetischen Standpunkt gebührt dem Apparat von Latham die Palme; dessen Eindecker wirkt in seiner Grazie und Eleganz wie eine Verkörperung des Fluggedankens. Parseval läßt zurzeit in Berlin eine Flugmaschine konstruieren, die sich an die Modelle von Antoinette und Blériot anlehnt. Er hält die Voisin-Maschine für die bequemste; die Steuerung der Wright-Maschine sei außerordentlich anstrengend und ermüdend, weil man unangenehm steuern und die Hebel bewegen muß. Nach Parsevals Ansicht wird die Flugmaschine in Zukunft zum Reisen mehr bevorzugt werden als die Luftschiffe, die schwerer zu handhaben sind und für die Fällung und Entleerung zu viel Zeit beanspruchen. „Die endgültige Entwicklung der Luftschiffahrt kann niemand voraussehen, wenngleich sicher ist, daß die Flugmaschinen, wie allgemein ihr Gebrauch auch werden mag, immerhalb von Städten kaum verwendet werden können. Andererseits ist kein Grund zum Zweifel, daß sie in einigen Jahren allgemein benutzt werden können, ganz abgesehen von der Schnelligkeit, die sie als Beförderungsmittel ermöglichen. Ich bin hierher gekommen, um die neuesten Fortschritte kennen zu lernen, und habe gesehen, daß ich mit meinem Ballon weit zurück bin. Von nun an werde ich mich den Flugmaschinen widmen.“

Der bedrohte Tempel von Philae. Durch die neuen Stauanlagen am Nil ist bekanntlich der Tempel von Philae bedroht. Wie der Regierungsbaumeister Tholens im Zentralblatt der Bauverwaltung ausführte, beruht die Hauptgefahr auf der durch die Stauanlagen hervorgerufenen periodischen Erhöhung und Senkung des Wasserpiegels, der den Tempel bald überflutet, bald wieder der Luft aussetzt. Bei dem Wasserlande, der während der günstigsten Reisezeit, Januar bis März, in Ägypten herrscht, muß man im Boot den steigenden sogenannten Nilos besuchen. Zu Wasser gelangt man weiter durch den unvollendeten Säulenhof des Haupttempels unter dem mächtigen Balon hindurch in den Haupttempel. Diese Tempel werden durch die Stauerhöhung bei Asuan noch um sieben Meter mehr überflutet werden. Ja, der Tempel des Rastanebo II, die Säulenhalle vor dem ersten Balon, der Hathor und der Isis Muret werden nach 1912 in jedem Jahre von Anfang Januar bis Ende März vollständig überflutet werden, während der erste und zweite Balon, der große Tempel der Isis und der Nilos der Trojan in dieser Zeit noch teilweise aus dem Wasser herausragen werden. Eine Einsturzgefahr infolge unzureichender Gründung besteht nicht. Aber die Zeit muß lehren, wie lange die Außenflächen der Sandsteinempel mit ihren Inschriften und ihrem Bildwerk dem Wechsel von Naß und Trocken, den Wirkungen der auswitternden Salze, dem Leiden der Wellen widerstehen werden.

Theater.

Berliner Theater: „Das Lebensfest“, Lustspiel in drei Akten von Karl Müllner. — Die Theateraison kommt auch in diesem Jahre nur langsam in Fluß. Die Direktoren halten aus naheliegenden Gründen anfangs ihre Trümpfe zurück und begnügen sich damit, erst einige Fächer vorsichtig auszustreuen. Kovitäten, zu deren Aufführung man sich in schwacher Stunde kontraktlich verpflichtet hat, und alte biedere Ladenhüter, bei denen nicht viel zu riskieren ist, werden als erstes Kanonenerfutter ins Treffen geschickt. Auf der Bühne und im Parterre herrscht noch mildfröhliche Ferienstimmung. So durfte am vorgestrigen Mittwoch als Eröffnungsgstück ein Schwanz bieten, den man vor Jahren, als er neu war, nur auf sommerlichen Gastspielreisen zu präsentieren wagte und den sein Autor inzwischen durch wertvollere Arbeiten überholt hat. Der vorerfliche Köhler ist einer der wenigen unaffektierten und ganz wahrgelebten Vorkommens unter den zeitgenössischen deutschen Literaten und er kennt das Milieu und die Kreise, die er in seinem Münchener Moler-Vorhause zu schildern versucht, sehr genau. Als origineller Beobachter hat er seinen Kommodienten immerhin manchen neuen Zug verliehen und als echter, nicht nur geist-, sondern auch humorvoller Poet prägte er manches feine und fein charakterisierende Wort. Aber er brachte doch keine plastisch gezeichneten, lebendigen Menschen zustande, und die eigentliche Handlung, die er als dürftige und wackelige Stütze

Wir im vollen Verantwortlichkeitsgefühl an Ihrer Arbeit teilnehmen. Wir sind eine Bewegung der Tat, der Arbeit, des Kampfes. Vielleicht arbeiten wir nicht so sehr, mit weniger Worten und Theorien, aber die amerikanischen Arbeiter sind für das Handeln und fordern praktische Leistungen. Als Personen beschäftigen wir uns ja auch gern mit Zukunftsträumen. Öffentlich haben Sie die Vorurteile, die Sie geltend gegen uns zu haben schienen, schon beseitigt. Wir wollen nicht nur Verbesserungen für heute und morgen, sondern auch die Emanzipation der Arbeiterklasse, wenn wir auch nicht wissen, wie sie aussieht wird.

Der Vorsitzende Dvoretzki bemerkt, daß eine Diskussion nach dem gestrigen Beschluß nicht statthaft sei und erklärt sich im übrigen von den Ausführungen Comperes befriedigt.

Der belgische Antrag, der gleichen Inhalt hat, wie der amerikanische, wird zurückgezogen.

Internationale Arbeiterkongresse.

Es kommt nun Punkt 4 der Tagesordnung zur Verhandlung; der französische Antrag auf Abhaltung von internationalen Arbeiterkongressen.

Jouhaux begründet ihn. Schon 1900 hat die C. G. T. die Einberufung von internationalen Gewerkschaftskongressen durchzuführen versucht, doch ohne Erfolg. Seitdem ist die Frage immer lebendiger geblieben, zuletzt auf dem französischen Gewerkschaftskongress in Paris. Die Gegenstände eines Beschlusses geworden. Der Antrag ist die logische Konsequenz der C. G. T. beherrschenden Anschauungen. Die internationalen Konferenzen genügen uns nicht zur gründlichen Diskussion der Arbeiterinteressen. Auf den Kongressen sollen alle Interessen der Arbeiterklasse beraten werden. Wir wollen nicht, daß Fragen, die die Arbeiterklasse betreffen, Organisationen zugewiesen werden, die außerhalb der Arbeiterklasse stehen. Die Haltung der Engländer, die erst ihre Organisationen fragen wollen, ob sie die hier gefassten Beschlüsse durchführen werden, wäre auf einem Kongress unmöglich, da dessen Beschlüsse sofort durchführbar wären. Wir wollen, daß dieselbe föderalistische Organisation, die wir in der C. G. T. haben und die die wahre Vertretung der in der Arbeiterklasse vorherrschenden Tendenzen ist, auch in der Internationale zur Durchführung komme. Die Konferenzen reflektieren nicht die wirklichen Meinungen der Organisationen. Wenn manche Gewerkschaften die Sozialistenkongresse beschiden, so bleiben diese eben doch politische Kongresse. Wir müssen uns aber streite auf dem Boden der gewerkschaftlichen Bewegung stellen. Wir wollen nicht das Sekretariat und die Konferenzen abschaffen, sondern, wenn Sie unsern Antrag annehmen, noch erweitern. Wir fordern von den Delegierten, daß sie ihre politischen Anschauungen hier beiseite lassen und nur vom Standpunkt der Arbeiterinteressen sprechen.

Hueber: Im Namen der Landeszentralen von England, Belgien, Norwegen, Dänemark, Holland, Spanien, Italien, Ungarn, Österreich und Kroatien habe ich folgende Erklärung abzugeben: Wir achten die Begründung des Antrags der Franzosen. Wir begreifen, daß Sie in Frankreich Gründe haben, uns solche Vorschläge zu erstatten. Aber wir meinen, daß schon jetzt die internationalen Konferenzen genug Schwierigkeiten bieten. Die Einberufung internationaler Kongresse halten wir für eine Unmöglichkeit. Schon hier hat es sich gezeigt, daß Entschcheidungen gegen den Willen einzelner Zentralen unmöglich sind. Die Kongresse würden in die Gefahr des Zerfallens geraten. Um dem Proletariat schwere Enttäuschungen zu ersparen, müssen wir von der Abhaltung von Kongressen absehen. Aber wir haben noch einen anderen Grund: wir stehen auf dem Standpunkt des gemeinsamen politischen und gewerkschaftlichen Kampfes. Beides sind Arme des Körpers, der vom Kopf des organisierten Proletariats geleitet wird. Wir müssen den Kampf mit dem linken und dem rechten Arm führen. Solange die Kapitalistenklasse die Arbeiterklasse politisch und gewerkschaftlich unterdrückt, wäre es ein Verbrechen gegen das Proletariat, getrennt zu marschieren.

Legien: Die deutschen Vertreter haben sich der Erklärung Huebers nicht angeschlossen. Nicht weil sie ihren Sinn nicht billigen, sondern weil sie meinen, das Anhören der Meinung der anderen Nationen sei notwendig. Wir glauben, daß man die Frage der Zweckmäßigkeit der Kongresse sehr gut diskutieren kann. Ich komme allerdings zu Huebers Resultat, wenn auch aus anderen Gründen. Die Teilnehmer der Konferenzen werden zugeben, daß es schon schwierig ist, die ihnen vorliegenden gewerkschaftlichen Fragen zu diskutieren und nun sollen wir diese schwierigen Gegenstände, bei denen es sich oft um ein Wort handelt, vor Hunderten, ja Tausenden Delegierten verhandeln. Wollen wir Kongresse, wo man nur Reden hält? Solche Kongresse haben wir schon. Für Organisationsarbeit sind die Konferenzen der richtige Boden. Da werden keine Reden gehalten, sondern es wird gehandelt. Die Genossen sind klar darüber, wie weit sie gehen dürfen. Wir wollen auf den Konferenzen am Ausbau unserer Organisationen, der festeren Vereinigung der nationalen Gruppen arbeiten. Für die Frage der allgemeinen Arbeiterbewegung haben wir die internationalen Sozialisten-Kongresse. Schließen sich die Franzosen von ihnen aus, so haben wir kein Recht, ihnen deshalb Vorstellungen zu machen. Die meisten hier vertretenen Kameraden sind auch dort vertreten. Die Voraussetzung von Kongressen wäre eine geschlossene, ausgearbeitete, leistungsfähige und opferwillige gewerkschaftliche Organisation. Die französischen Genossen mögen es mir aber nicht übel nehmen, wenn ich sie daran ermahne, daß sie gerade in bezug darauf an letzter Stelle stehen. Wenn sie zeigen, daß sie die wünschenswerte gewerkschaftliche Energie und Zusammenhalt haben, dann wollen wir erwägen, ob wir die gewerkschaftlichen Kräfte zu einem Block zusammenfassen und auch Kongresse einberufen sollen. Die dann nicht Schauplatz von Redebourneen sein, sondern über praktische Fragen des Proletariats entscheiden sollen.

Dvoretzki: Frankreich: Man hat die ganze Frage auf ein falsches Terrain gebracht. Wir wollen haben, daß nicht nur von Zeit zu Zeit Konferenzen der nationalen Sekretäre stattfinden zur Besprechung von unbestreitbar wichtigen Verwaltungsdritten, sondern, daß internationale Kongresse stattfinden, in der die Delegierten der einzelnen Länder das Gesamtergebn ihrer nationalen Bewegungen darlegen. Man will, daß wir zweiarig organisiert sind. Schon, wenn Sie die Gewerkschaften als den rechten Arm betrachten. Hueber aber meint mit dem rechten Arm die sozialistische Partei und nur mit dem linken die Gewerkschaften. Da machen wir nicht mit. Ich befürchte zu sehr angegriffen zu werden, wenn ich Ihnen das sagen würde, was ich über die politische Tätigkeit denke, die der Arbeiterklasse schon so vielen Schäden gebracht hat. Die Arbeiterbewegung hat mit den politischen Parteien nichts zu tun. In den letzten Jahren haben wir Leute gesehen, die die Arbeiterklasse lediglich benutzt haben, um in die Höhe zu kommen, und wenn sie dann am Ziel waren, verrieten sie die Arbeiterklasse. Die französischen Arbeiter vermögen zwar keine Geldspende zu bringen, weil sie kein Geld haben, aber sie bringen um so mehr andere. Die französische Konföderation will den Nutzen des internationalen Sekretariats nicht bestreiten, aber daneben behalten internationale Kongresse ihre volle Bedeutung. Legien sagt, die Franzosen ständen hinterdran; nun die Streikstatistik beweist, daß wir an zweiter Stelle kommen. Wenn wir kein Geld haben, so besitzen wir doch um so mehr Enthusiasmus. Wir wollen die Deutschen nachahmen in ihrer Disziplin, ihren gefüllten Kassen, aber unsere Kampfmethoden wollen wir uns wahren, selbst wenn sie gewalttätig ist. Sagen Sie, ob eine Regierung vor ihren Arbeiterorganisationen solche Angst hat, wie die französische vor der unserigen. Jede Regierung, jeder Kapitalist, den Sie befragen, wird sagen, daß die Taktik der französischen Gewerkschaften die beste ist. Was Legiens Vorwurf betreffe, den Franzosen fehle eine geschlossene Organisation, so weise er darauf hin, daß Frankreich das einzige Land sei, in dem nur eine Zentrale bestehe. Wenn Meinungsverschiedenheiten darin vorkämen, so liege das weniger an den Arbeitern, als an den Führern. Geld

haben wir keines, aber um so mehr Solidaritätsgefühl. Wenn eine Aktion kommt, werden wir dabei sein. Französischer Streikbrecher im Ausland gibt es nicht. Noch einmal: Sie wollen einen gewerkschaftlichen und einen politischen Arm, wir wollen einen ökonomischen und einen gewerkschaftlichen Arm haben. Unsere so oft ironisch erwähnte action directe wird uns auf die Dauer weiter führen als die Ihre. An internationalen Sozialistenkongressen werden die französischen Gewerkschaftler nicht teilnehmen, die gehen sie nicht an. Deshalb verlangen wir internationale Gewerkschaftskongresse und wir fordern als Vertretungssystem den Proporz. Durch die Tatsache, daß die Arbeiter dann Delegierte für diese Kongresse wählen, sich also mit den internationalen Fragen beschäftigen müßten, würde auch dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter über die internationalen Beziehungen besser informiert sind.

Jouhaux-Frankreich hält es für nötig, die Erklärung Dvoretzki noch zu ergänzen. Die Rede Huebers sei zwar sehr schön literarisch, aber der Kern fehle ihr. Zwischen den französischen Gewerkschaften und den ausländischen befänden weniger taktische Unterschiede als organisatorische. Die französischen Gewerkschaften sind föderalistisch aufgebaut und bevorzugen die Zentralisation, die es den Führern erlaubt, zu kommandieren. Die Arbeiter sollen ein starkes Bewußtsein ihres Wertes haben und die Verantwortung für ihre Unternehmungen selbst tragen. Im übrigen mache ich darauf aufmerksam, daß sich in den Händen Huebers eine Protokollliste befand, ehe unser Antrag auch nur diskutiert war. Ich will auf die Rolle einzelner Delegierten nicht eingehen, die hier eine doppelte Rolle spielen. Jedenfalls hätte es die elementarste Courtoisie erfordert, daß man uns vorher angehöret hätte. Wer hat denn die Einigkeit der französischen Partei herbeigeführt? Doch der internationale Kongress von Amsterd. Warum soll ein solcher Kongress nicht auch für die Gewerkschaften dieselbe Zielung haben? Was die Zahl der Delegierten betrifft, so wäre sie wohl nicht so groß als man befürchtet. Aber es ist nun einmal so, wenn die französische C. G. T. einen Antrag einbringt, heißt es gleich, er sei gegen die politische Partei gerichtet. Niemals haben wir aber den Arbeitern gesagt, daß sie nicht zu den Sozialisten gehen sollen, wenn sie Lust dazu besitzen. Die französischen Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß allein die gewerkschaftlichen Organisationen die Arbeiter zum Sieg führen können. Unsere Forderung, internationale Gewerkschaftskongresse einzuberufen, ist nicht gegen die sozialistische Partei gerichtet. Die sozialistische Partei hat in den Arbeiterkongressen nichts zu tun. Die Auswärtigen lieben es, die französischen Gewerkschaftsbewegung als kleines Kind zu schildern, das erst gehen lernen müsse, während die übrigen Organisationen musterhaft sind. Wir haben aber zum mindesten schon ebenso große Resultate erzielt wie die anderen. Ich will nicht glauben, daß die gewerkschaftliche Internationale nur eine Fassade ist, hinter der die Sozialisten operieren. Mögen die Delegierten über unseren Antrag urteilen als Arbeitervertreter, nicht als Abgesandte von Organisationen, die sich von den Sozialisten kommandieren lassen.

Dvoretzki-Niederlande: Was ich hier von den französischen Genossen höre, habe ich vor sechs, sieben Jahren in Holland gehört. Das sind alte Dinge, die von der großen allgemeinen Bewegung schon längst abgetan sind. Wenn die Franzosen immer von verhassten und verurteilten Führern sprechen, um ihre Aktionsfähigkeit zu beweisen, so läßt sich das auch für Österreich und Deutschland sagen. Und Streikbrecher liefern auch Serbien, Oesterreich, Holland, die Schweiz nicht. Die sozialistischen Kongresse sind die Kongresse für die Arbeiterbewegung aller Länder. Wenn es in Frankreich so viele Renegaten gibt, so ist die Bewegung wohl selbst daran schuld. Es wäre uns lieber, wenn die französischen Genossen mit eben so guten Berichten aufwarten könnten, wie die Delegierten anderer Länder. Wir sind gegen ihren Vorschlag.

Legien-England: Ich verstehe die Aufregung über den französischen Vorschlag nicht. Seit Jahren besuche ich die internationalen Textilarbeiterkongresse. Da wird doch nur ein ganz bestimmter, ganz verschwindender Teil der die Arbeiterklasse betreffenden Interessen besprochen und doch brauchen wir eine volle Woche. Ein internationaler Gewerkschaftskongress, wie ihn die Franzosen vorschlagen, würde mindestens drei Wochen oder einen Monat brauchen, wenn er nur einigermaßen gründliche Arbeit liefern wollte. Dazu fehlen uns englischen Gewerkschaften die Mittel. Es steht den Franzosen ja frei, jederzeit den internationalen Konferenzen ihre Vorschläge ökonomischer Natur zu unterbreiten. Politische Dinge gehen uns hier nichts an. In unserem Land betrachten wir die gewerkschaftliche Bewegung als die notwendigste. Aber wir werden nie den Arbeitern sagen, daß sie nicht stimmen sollen. Ich hoffe, daß die Franzosen uns in Zukunft besser begründete Anträge stellen, als es heute mit dem vorliegenden der Fall ist. Was heute hier verbleibt wurde, ist vollständig ungenügend. Wir protestieren nicht gegen die Diskussion des französischen Vorschlags, sondern sind im Prinzip gegen ihren Antrag.

Dvoretzki sagt in einer zweiten Rede u. a., daß die schwedischen Kameraden noch andere taktische Methoden anwenden dürften. Wenn Sie den Vorschlag, Gewerkschaftskongresse abzuhalten, nicht für zeitgemäß halten, nehmen Sie ihn wenigstens im Prinzip an. Legien: Nicht aus Antipathie gegen die C. G. T., sondern aus praktischen Erwägungen lehnen wir die Kongresse ab. Wir werfen den Franzosen nicht ihre Armut vor. Die Franzosen wollen das Temperament in die Bewegung bringen. Wir, als verantwortliche Leiter der Organisation, halten uns für verpflichtet, zu bremsen, wenn wir auf Seiten der Arbeiter nicht genügend Kräfte vorhanden sehen, um zu siegen. Wir wollen nicht ohne Zwang Arbeiterblut aufs Spiel setzen, wir haben ohne Gewaltanwendungen Resultate aufzuweisen, und bei unserer Taktik wollen wir bleiben. Auch ich glaube, daß der Ausbau der Organisation die Einberufung von internationalen Kongressen unabweislich machen wird. Wir können also den Antrag der französischen Genossen annehmen, die Frage auf dem nächsten Kongress zu diskutieren.

Dvoretzki erklärt seine Genugtuung und hofft auf Annahme des Prinzips der Kongresse.

Hueber betont dagegen, daß er sowohl praktisch als prinzipiell gegen die Einberufung von Kongressen sei. Auch wendet er sich dagegen, jetzt schon die Tagesordnung der nächsten Konferenzen festzustellen. Diese sollen nach den jeweiligen Bedürfnissen bestimmt werden. Die Annahme des Compereschen Antrags gibt uns genug Arbeit.

Dvoretzki: Wenn Sie fürcht vor den internationalen Sozialistenkongressen haben, so gilt das nicht für uns Franzosen, da wir uns nur für gewerkschaftliche Fragen interessieren. Die Franzosen verlangen namentliche Abstimmung über das Prinzip.

Legien macht darauf aufmerksam, daß die voraussetzliche Ablehnung die Frage für diese Konferenz erledige. Darauf zieht Dvoretzki den Antrag zurück und bittet die Delegierten, den Antrag gleich jenen Comperes wohlwollend zu prüfen.

Aus der Partei.

Bernsteins Feststellungen.

Durch „zwei Feststellungen“ sucht Bernstein zu erweisen, daß ich ihn aus der „Neuen Zeit“ hinausgeschoben habe. Beide sind Zitate aus Auerischen Briefen.

Das eine Zitat gibt dem Kerger über meine Polemik mit Bernstein Ausdruck, in der ich „sagt nur Personalien zum besten“ gegeben habe. Ob diese Beurteilung meiner kritischen Arbeiten über das Bernsteinsche Buch gerechtfertigt ist, kann ich ruhig dem Urteil meiner Leser überlassen. Wie immer aber man über jene Arbeiten denken mag, es wird wohl niemand auf den kuriosen Gedanken kommen, ich hätte sie verfaßt, um Bernstein aus der „Neuen Zeit“ „hinauszuweisen“! Was soll also die Verurteilung aus Auers Artikel darüber?

Und nun die zweite „Feststellung“. Ich hatte erklärt, die einzige Beschwerde, die Bernstein gegen meine Redaktionsführung richtete, sei vom Parteivorstand einstimmig als unberechtigt zurückgewiesen worden. Dagegen wendet sich Bernstein.

„Das stimmt nicht. Nicht als „unberechtigt“ wurde die Beschwerde zurückgewiesen, sondern auf Grund eines bestimmten, von Kautsky abgegebenen Versprechens.“

Hier gibt Bernstein selbst zu, daß seine Beschwerde zurückgewiesen wurde. Hätte man das getan, wenn man sie als „berechtigt“ erkannte hätte? Was soll da nicht stimmen?

Ja, der Parteivorstand soll die Klage Bernsteins erst zurückgewiesen haben, nachdem ich ein „Versprechen“ abgelegt! Und worin bestand dieses Versprechen, in dem Bernstein offenbar eine Art Genugtuung für ihn sieht, eine Konzession an ihn, zu der ich gezwungen wurde? Ich hatte „versprochen“, meine eigenen, von mir selbst aufgestellten redaktionellen Grundsätze, die mich zur Ablehnung des Bernsteinschen Artikels veranlaßten, auch künftig einzuhalten! Das Bezeugt für Bernstein deutlich, daß seine Beschwerde nicht als unberechtigt zurückgewiesen wurde, wenn auch der Parteivorstand mir recht gab.

Daß Bernstein sich durch diesen Gedankengang von Auer trösten ließ, betrifft, welche Auer Menschenkennner dieser war. Für die Fabel von dem „Hinausweisen“ Bernsteins beweist dieses Zitat aber ebenfowenig als das andere.

Und damit hoffe ich, ist die „Hinausweisungslegende“ ebenso begraben wie die „Aushungerungslegende“.

A. Kautsky.

Auer und Bernstein.

Zu dem Thema über das „Hinausgeschobenwerden“ Bernsteins aus der „Neuen Zeit“ habe ich mich bisher nicht geäußert, weil Kautsky „der Nächste dazu“ war; nunmehr aber, da Auer in den Streit gezogen wird, halte ich mich für verpflichtet, einige Bemerkungen dazu zu veröffentlichen.

Nachdem die Polemik wegen Bernsteins Revisionismus bereits Jahre lang gewährt hatte, war Auer weit entfernt davon, anzunehmen, daß die Redaktion der „Neuen Zeit“ daran denke, Bernstein „hinauszubringen“. Im Sommer 1899 hatte ich Bernstein in der „Neuen Zeit“ gegen Angriffe Liebknechts verteidigt, worauf mir Auer am 19. Juli desselben Jahres brieflich dankte und hinzufügte:

„Der arme Ede tut mir herzlich leid. Ich bin gewiß an Auerhand gewöhnt, aber wenn ich denke, daß ich mich von Parvus, Ledebour und Schönlan, unter Beifall der Mehrzahl der Genossen, als Abtrünniger aus der Partei hinausraulen lassen soll, so weich ich nicht, was ich bei der Gelegenheit machen würde. Nun schmerzt Ede besonders, daß er gewissermaßen als „Gezeichnet“ aus der „Neuen Zeit“ ausgemerzt werden soll. Sollte sich denn das nicht vermeiden lassen? Doch Ede nicht mehr namens der Redaktion in der „Neuen Zeit“ schreiben kann, ist ja klar. Aber als Mitarbeiter müßte er doch Platz haben. . . . Ewig wird das Verhältnis auf keinen Fall dauern. Wie alles ein Ende nimmt, so wird dies auch mit der Mitarbeiterschaft Edes der Fall sein. Ja, ich bin überzeugt, daß das Verhältnis zwischen Ede und der „Neuen Zeit“ längst gelöst sein wird, ehe der große Kladderadatsch kommt. Nun haben Sie ja wohl offiziell bei der Sache so wenig mitzureden wie ich, aber ganz ungehörig würde Ihre Stimme gewiß nicht verhallen. Besonders Kautskys Ohr besitzen Sie. Es wäre des Schmeißers der Eblen wert, über die ganze Geschichte ohne Eklat wegzufommen.“

So ungerecht nun auch der Vorwurf ist, den Auer gegen Parvus, Ledebour und Schönlan erhebt, so geht doch aus diesem Briefe hervor, daß Auer weit davon entfernt war, in der Redaktion der „Neuen Zeit“ irgendeine Neigung zum „Hinausbringen“ Bernsteins vorauszusetzen. Nun sagt man vielleicht: Ja, das war am 23. Juli 1899, aber am 24. April 1900 lag die Sache anders. Nun freilich lag die Sache anders, aber nicht, weil die Redaktion der „Neuen Zeit“ sich an Bernstein veräußerte, sondern weil Auer im September 1899 auf dem Parteitag in Hannover eine Niederlage erlitten hatte, die auf lange Zeit hinaus sein Urteil über Parteigenossenheiten stark trübte. Es heißt keinen Schatten auf den toten Genossen werfen, dessen Leben so ganz und gar mit dem Leben der Partei verflochten war, wenn ich sage, daß er durch die starke Opposition gegen seine Wiederwahl in den Parteivorstand auf viele Monate sozusagen das seelische Gleichgewicht verloren hatte. Einen durchschlagenden Beweis dessen besitze ich in einem Briefe, worin er mir, obwohl ich ihm keineswegs nahe stand, am 28. Oktober 1899 sein Herz ausschüttete. Er fiel darin über die „beiden Alten“ in einer Weise her, die noch weit ungerader war, als das Urteil, das er über Kautsky nach Bernsteins Angabe in derselben Zeit gefällt hat.

Für mich hat einmal die Versuchung nahe gestanden, den Brief zu veröffentlichen, nämlich als Auer auf dem Dresdener Parteitag in einer mich schwer verletzenden, aber, wie gerade dieser Brief zeigt, objektiv unzutreffenden Weise über meine und seine Beziehungen gesprochen hatte. Ich habe dieser Versuchung widerstanden, aus Gründen, die ich keinem Genossen auseinandersetzen brauche. Genosse Bernstein aber kennt solche Rücksichten nicht. Wie er einmal aus einem vertraulichen Briefe Kautskys eine verärgerte Äußerung über Parvus in die Öffentlichkeit warf, um Kautsky zu verheizen, so veröffentlicht er jetzt eine verärgerte Äußerung, die Auer in einem vertraulichen Briefe über Kautsky getan hat, um diesen einer verwerflichen Handlungsweise zu beschuldigen. Das tut derselbe Genosse Bernstein, der in den Wufen derselben „Berliner Volkszeitung“, die einmal über Ledebour und mich den insamen Hungerhohlot verhängt hat, sinnige Beträchtungen schüttet über den geistigen und leiblichen Dungen, der ihn in der Partei bereitet wird.

Wer, wie ich, Zeuge der schmerzlichen Seelenkämpfe gewesen ist, in denen sich Kautsky von seiner langjährigen Freundschaft mit Bernstein losgerissen hat, immer wieder neue Anknüpfungen suchend, die immer wieder durch neue Rechthaberien zurückgestoßen wurden, der kann nur lebhaft bedauern, daß Genosse Bernstein diesen Konflikt auf den Boden kleinlichen Geizs und niedriger Verdächtigung herabzuziehen bemüht ist.

Steglich, 2. September 1900.

J. Rehring.

Soziales.

Menschenhandel.

Der „Düsseldorfer Generalanzeiger“ brachte dieser Tage folgendes bezeichnendes Inserat:

(Hier Abbildung einer Kuh.)

Gerren Landwirte!

Belomme täglich von meinen Agenten aus Holland un-
verdorbene Viehwärter, nur traume Melker, welche ich
unter halbjähriger Garantie bestens empfehle. Provison nach
zwei Monaten bei zufriedener Leistung der Leute.
Peter Stüber.

Stellenvermittler, Düsseldorf, Kölnstr. Straße 330.

Telephon 2940.

NB. Habe fortwährend 15 bis 20 Schweizer zur Verfügung.
Recht christlich-bürgerlich anmachend und brutal! An-
preisung der „Ebenbilder Gottes“ wie jeder beliebigen Ramsch-
ware. Göttliche Weltordnung.

Von der chemischen Industrie.

Der Bericht der Vernetzungsindustrie der chemischen Industrie gibt ein kleines Bild von den Zuständen in diesem Industriezweige, der in Deutschland zu ungeahnter Entwicklung gelangte.

Erblich belastet — verurteilt.

Eine Reihe verschiedenartiger Verfehlungen im Dienste führte gestern den früheren Postboten Richard St. unter der Anklage des Amtsvergehens vor die Ferienkammer des Landgerichts III. Der Angeklagte war der Postanstalt auf dem Stettiner Bahnhof zugeteilt, zu deren Bezirk auch Bittenau gehört. Einige vorgekommene Unregelmäßigkeiten veranlaßten eine Hausdurchsuchung bei ihm und da fand man eine ganze Anzahl von Postsendungen vor, die er nicht ausgegeben, sondern einfach mit nach Hause genommen und dort liegen gelassen hatte. Es wurde festgestellt, daß er auch einen Soldatenbrief nicht bestellt, sondern geöffnet hatte, wie angenommen wurde, weil er Geld darin vermutet haben mochte. Der Angeklagte bestritt jede verbrecherische Absicht und behauptete, daß seine Verfehlungen lediglich eine Unvorsichtigkeit darstellten, die auf seine krankhaften Gemütszustände zurückzuführen sei. Der Angeklagte ist insofern einig in der Anstalt Bittenau auf seinen Geisteszustand beobachtet worden. Nach dem Gutachten des Oberarztes Dr. Wray liegt die Anwendbarkeit des § 51 St.-G.-B. auf den Angeklagten nicht vor, doch ist dieser erblich belastet und zweifellos geistig nicht ganz vollwertig. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu 3 Monaten und 1 Woche Gefängnis.

Ein „Schmerz“.

Einen bedenklichen „Schmerz“ hat sich der Kürschner Bernhard Hessel, ein aus Dänemark hier eingewandertes Mann, geleistet. Er stand infolge dieses „Schmerzes“ gestern vor der 4. Ferienkammer des Landgerichts I, um sich wegen unbefugter Annahme eines öffentlichen Amtes und Verlangen Betruges zu verantworten. Soß da in der Nacht zum 11. Juli ein Schneider auf einer Bank am Leipziger Platz und machte ein Räderchen. Er wurde aus seinen Träumen, die nach dem zufriedenen Ausdruck seines Gesichtes sehr lieblich gewesen sein müssen, jäh gerissen, denn plötzlich fühlte er, daß ihn jemand rüttelte und als er die Augen aufschlug, stand der Angeklagte vor ihm und herrschte ihn an: „Hier darf man nicht schlafen! Ich bin Kriminalbeamter! Wo haben Sie Ihre Papiere? Falls Sie solche nicht haben, haben Sie eine Mark zu zahlen!“ Der biedere Däne, der sich auf diese Weise Geld machen wollte, hatte aber ein untaugliches Objekt vor sich: Der schlaftrunkene Schneider war ein heller Berliner, der nicht auf den Kopf gefallen war, das Räderchen sofort durchschaute und den „Kriminalbeamten“ zunächst dringend um Vorzeigung seiner Erkennungsmarke ersuchte. Nun gab der Angeklagte Herzfeld, er wurde aber festgenommen und zur Polizeiwache gebracht. Er suchte die ganze nächtliche Szene als einen in der Trunkenheit verübten „Schmerz“ hinzustellen. Der Staatsanwalt nahm die Sache aber so ernst, daß er 6 Monate Gefängnis beantragte, mit der Begründung, daß solche nächtlichen Abenteuer eine ernste Gefahr für das Publikum darstellen. Der Gerichtshof erkannte auf drei Monate Gefängnis und gab dem Angeklagten den Rat, sich so bald als möglich nach Dänemark zurückzugeben, da wir hier solche Leute nicht gebrauchen können.

Die lokale Anwendung des Vereinsgesetzes.

Wegen eines Vergehens gegen das Vereinsgesetz hatte sich der Schriftföhrer S. vor dem Schöffengericht in Köpenick zu verantworten. Es wurde ihm vorgeworfen, gelegentlich des Ausfluges des Jugendausflusses einen nicht genehmigten Aufzug auf den Straßen von Nieder-Schöneeweide geleitet zu haben. Der Angeklagte bestritt dies; er hatte sich lediglich dem Ausfluge der Jugendlichen angeschlossen und war plötzlich und grundlos zur Polizeiwache festgesetzt worden. Dagegen beklagten drei Gendarmen, daß der Angeklagte einen Aufzug geleitet habe. Sie hätten durch den Landrat den Befehl erhalten, auf den Ausfluge der Jugendlichen aufzupassen. Diese seien in vielen geschlossenen Zügen in Schritt und Tritt sektionsweise durch Nieder-Schöneeweide marschiert und in dem einen Zug sei der Angeklagte an der Spitze gewesen; er habe auch, als er festgesetzt worden sei, den anderen zugerufen, sie sollten weitermarschieren. Diese Behauptungen genügen dem Amtsanwalt; er beantragte 20 M. Geldstrafe, wobei er betonte, daß es sich nicht um einen harmlosen Ausfluge, sondern um die Gewinnung der Jugend für politische Bestrebungen gehandelt habe, lediglich zur Umgehung des Vereinsgesetzes sei die Form des Ausfluges gewählt worden, und der Angeklagte müsse um so schwerer bestraft werden, da man die anderen Leiter der Aufzüge nicht fassen konnte. Der Verteidiger, Dr. Kurt Rosenfeld, beantragte die Freisprechung, weil vor allem nicht nachzuweisen sei, daß der Angeklagte den Zug geleitet habe. Es wäre wahrscheinlich nicht das geringste passiert, wenn die Gendarmen sich mehr zurückgehalten hätten. An der Spitze können auch solche Personen marschieren, die mit der Leitung des Zuges nichts zu tun hätten, und wenn der Angeklagte seinen Freunden zugerufen habe, sie sollten weitergehen, so beweise dies nur, daß der Angeklagte einen Aufzug habe vermeiden wollen.

Das Gericht gab dies auch im ganzen zu, legte aber entscheidendes Gewicht darauf, daß der Jugendausfluge in der Veranlassung des Ausfluges den Ausdruck „marschieren“ gebraucht habe. Daraus soll hervorgehen, daß Aufzüge geplant worden seien. Die Gendarmen hätten den Angeklagten als Führer eines solchen Aufzuges angesehen, also müsse er als solcher bestraft werden. Die Strafe lautete auf 20 M. Auch dies Urteil beweist wieder, wie sehr die Gerichte geneigt sind, den Ansichten der Gendarmen zu folgen. Von der verprochenen lokalen Anwendung des Vereinsgesetzes ist nichts zu merken.

Witterungsüberblick vom 2. September 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke. Rows include Stockholm, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Daparna, Petersburg, Sibir, Aberdeen, Paris.

Weiterprognose für Freitag, den 3. September 1909. Etwas wärmer, vorwiegend heiter bei mäßigen westlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis. Landtagswählerverein. Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Vater Frenz Fehrmann, Weidenweg 6 gestorben ist. Seine feierliche Beerdigung findet am Sonntag, den 4. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

FRAUENV. Hygienische. Blumen- und Kranzbünderri von Robert Meyer, n. r. Mariannen-Straße 2. Dr. Schünemann. Spezialarzt für Haut- und Harnnieren, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Säulengasse. Sprechstunden 10-2. 5-7.

erhöhung der Steuer und mehr tragen müßte. Die Versammlung erwartet von der Industrie, daß den durchaus berechtigten Wünschen der Händlerschaft Rechnung getragen wird, um so mehr, als die Industrie nach unseren Erfahrungen wohl in der Lage ist, die durch die neue Steuer bedingte Erhöhung selbst tragen zu können. Die Versammlung beauftragt die Organisationsvertreter der Händlerschaft, weitere Verhandlungen mit der Zigarettenindustrie zu führen und erwartet einen gezielten Abschluß derselben.

Industrielle Umwälzung.

Keine Industrie wird durch die industrielle Umwälzung gespart. Von der Allgemeinheit oft gar nicht beachtet, vollzieht sich eine Umwälzung in der Produktionstechnik. Die Lithographie und der Steindruck ist zurzeit eine treffliche Illustration dafür. Besonders beachtenswert erscheint dabei, daß zum Teil die amerikanische Tarifreform mittelbare Ursache der Änderungen war. Nach den Vereinigten Staaten lieferte die deutsche graphische Industrie in bedeutender Menge farbige Postkarten. Die Tarifreform hat den Zoll für die Einfuhr von Postkarten in Amerika um mehrere hundert Prozent gesteigert. Anfolgedessen ist in Deutschland das Postkartengeschäft wie gelähmt. Das Schlimmste bei der Sache ist, daß der deutsche Arbeiter die Besatz tragen muß. Eine große Berliner Firma, bei der vor einem Jahre noch 80 und mehr Lithographen arbeiteten, hat zurzeit nur noch ein Dutzend Mann beschäftigt, von denen in der nächsten Zeit noch mehrere entlassen werden sollen. Durch Einführung eines neuen Verfahrens wollen die Unternehmer ihren Profit auf der bisherigen Höhe halten. Auch die Steindruckerei wird durch eine industrielle Umwälzung aus ihrem alten Fahrwasser gedrängt. In Berlin ist jetzt eine amerikanische Schnellpresse aufgestellt worden, die die alte Steindruckpresse aus ihrer dominierenden Stellung aller Hochschneiderei nach verdrängen wird. Die alte Presse leistete 3000 bis 4000 Druck pro Tag, die neue druckt pro Stunde 3000 Exemplare! Und es ist nur eine Frage der Zeit, daß sie auch Chromarbeiten druckt. So sehen wir in einer alten Industrie, wie auch da die Umwälzung durch äußere Dinge beeinflusst oder aus sich heraus das Getriebe packt und immer in neue, größere Produktionsmöglichkeiten hineintribt.

Gründung in der russischen Holzindustrie. Der frühere Gehilfe des russischen Finanzministeriums und Leiter der Petersburger Handelsbank, Kowalewski, gründet mit dem Ingenieur Salakowski ein großes Holzindustriunternehmen. Es ist beabsichtigt, die unter dem Namen „Astorinski Magal“ bekannten, im Gouvernement gelegenen Wälder des Kaza Achmed Chans abzuholzen. Das Grundkapital ist auf acht Millionen Rubel normiert worden.

Die größten Kaffeehändler und Kaffeemärkte der Welt.

Die Kaffeeproduktion ist in den Südstaaten Brasiliens ziemlich konzentriert und über die Ausfuhr aus den beiden Haupthäfen Santos und Rio de Janeiro werden zuverlässige Aufstellungen gemacht. Von beiden Hafenplätzen kommt die größte Bedeutung dem Hafen Santos zu, über den die Ausfuhr aus dem Hauptkaffeeende der Welt, dem brasilianischen Staate Sao Paulo geht. So betrug im Erntejahre 1908/09, das jetzt als abgeschlossen gelten kann, die Gesamtexport von Kaffee aus Santos 9 381 867 Sack. Die Exporte über Rio betragen nur einschließlich des dortigen Konsums 2 817 716 Sack. Die Ausfuhr aus den anderen brasilianischen Häfen, Bahia, Victoria und einigen kleineren, ist nur unbedeutend. Der Gesamtexport Brasiliens an Kaffee belief sich auf 12 943 066 Sack. Nur für Santos werden die verschiedenen am Export beteiligten Handelsfirmen angegeben. Es sind dies:

Table with 2 columns: Firm name, Amount in Sacks. Includes Theodor Wille u. Co., Prado, Chaves u. Co., Michaelson, Bright u. Co. Ltd., Raumann, Gepp u. Co. Ltd., Hard, Rand u. Co., Societe Franco-Brasilienne, E. Johnson u. Co. Ltd., Baldwin u. Co.

Der Rest der Santos-Ausfuhr verteilt sich auf 35 kleinere Firmen. Die Haupthäfen, nach denen der Kaffee verschifft wurde, sind

Table with 2 columns: Port name, Amount in Sacks. Includes New York, Hamburg, New Orleans.

Die übrigen Weltplätze haben weniger als eine Million Sack Kaffee bezogen und bleiben hinter diesen drei Märkten wesentlich zurück. Die nächste Stelle hinter New Orleans nimmt Rotterdam ein, dann folgt Havre. Die englischen Hauptempfangsplätze Southampton und London stehen ziemlich weit unten auf der Liste.

Oesterreich und die deutschen Binnenschiffahrtsabgaben.

Die Frage der Wiedereinführung der durch die Verfassung des Deutschen Reiches und korrespondierende Staatsverträge abgeschafften Schiffsabgaben auf offenen Strömen hat in Oesterreich große Verwirrung erzeugt. Die Handelskammern und freien wirtschaftlichen Verbände derselben haben zu der Angelegenheit wiederholt Stellung genommen, und an den Beratungen deutscher Interessentenkreise beteiligten sich auch Vertreter österreichischer Schiffsabgabensinteressenten. Die Erklärungen der österreichischen Regierungen lauteten immer sehr bestimmt und entschieden dahin, daß man auf der vertragsmäßig zugesicherten freien Schifffahrt auf der Elbe beharre. Allein Preußen hat es verstanden, die Widerstände der Bundesstaaten und Städte wesentlich abzuschwächen, und wenn auch die Mehrzahl der industriell-kommerziellen Korporationen dem Projekte ablehnend gegenübersteht, so wird doch in den interessierten Kreisen als wahrscheinlich angenommen, daß Preußen sein Ziel: die Kosten der Kanal- und Strombauten sowie deren Erhaltung abzuwälzen, erreichen wird. Daß dabei die österreichischen (und niederländischen) Schiffe keine Ausnahme bilden werden, ist klar. In Oesterreich fürchtet man daher die Konsequenzen der preussischen Schiffsabgabepolitik, die in ihren Wirkungen sowohl die Schifffahrt als auch die Industrie und den Handel schädigen würden. Man vergleicht die Monopolisierung der Schiffsabgabe auf Kanälen und Flüssen und die Erhebung von Abgaben oder gar die Monopolisierung der gesamten Binnenschifffahrt insbesondere auf der Elbe mit der Wirkung, die der Verlust von Trieste für die österreichischen Handelsinteressen hätte. ... Unser Ausfallort nach Nordwesten, liegt es in einem kürzlich ausgegebenen Berichte der Wiener Handelskammer, in die Hände unserer wirtschaftlichen Konkurrenten gegeben. In Verbindung mit der Zollpolitik und der Tarifpolitik der preussischen Staatsbahnen würde eine analoge Schiffsabgabepolitik unseren Export nach Deutschland und nach Hebrer via Nordseehäfen und den Import wichtiger Rohmaterialien, kurzum die vitalen Interessen der österreichischen Volkswirtschaft auf das schwerste gefährden.

Der Elbweg, der da vornehmlich in Betracht kommt, gewährt aber nicht bloß Oesterreich die Möglichkeit, in einer ganzen Reihe von Artikeln in Deutschland selbst und auf dritten Märkten mit Deutschland erfolgreich zu konkurrieren; er ist auch für die deutschen Industriellen und Konsumenten von Wichtigkeit; denn nach Deutschland werden von Schanda jährlich über 3 bis 3,5 Millionen Tonnen (davon über zwei Millionen Granatohle) angeführt. Die Durchbrechung des Prinzips der Abgabefreiheit der Flussschifffahrt könnte aber auch in Donaugebiete zu Verhältnissen führen, die für Oesterreich und Deutschland sehr unerwünscht sein müßten. Die Donauuferstaaten würden sich die Binnenschifffahrtspolitik nicht gefallen lassen und mit entsprechenden Gegenmaßnahmen antworten, die wiederum die Produktion und den Konsum in empfindlicher Weise zu treffen geeignet wären.

Deutscher Arbeiter-Abkündigten-Bund. Ortsgruppe Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: General-Versammlung. Vortrag des Genossen Otto Berg: „Aus der Entwicklungsgeschichte unserer Organisation.“ Informativell vorantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verfichert sind in Deutschland zurzeit 8000 Betriebe dieser Art, welche insgesamt 209 199 Arbeiter (Vollarbeiter zu 300 Arbeitstagen gerechnet) beschäftigen.

Gegen das Jahr 1907 ist die Zahl der Betriebe um 81 oder 0,94 Proz., die Zahl der versicherten Arbeiter um 1405 oder 0,72 Prozent gestiegen. In früheren Jahren betrug laut Bericht die Zunahme mehr als 6-7 Proz.

Der Durchschnittslohn eines Arbeiters beträgt 1127 M. pro Jahr. Zu bemerken ist aber, daß die Lohnsumme auch das Gehalt der mitversicherten Betriebsbeamten einschließt. Die Jahreslöhne der Arbeiter selbst werden daher weit unter 1100 M. betragen. Besonders hat die Genossenschaft 8 Millionen Mark.

Die Zahl der Rentenempfänger betrug am Schlusse des Berichtsjahres 13 492, darunter 1194 Witwen und 1792 Kinder.

Das sind die Opfer der chemischen Industrie, soweit sie eben in den Genuss der Unfallrente gelangten. Nicht man aber in Betracht, daß wohl die meisten Unfälle sich als Vergiftungsfälle darstellen, die durch unsere „herrlichen“ Gesehgebung und Rechtsprechung nicht als Betriebsunfälle entschädigt werden, so ist die Zahl der Opfer bedeutend höher.

Gemeinbet wurden im Jahre 1908: 12 115 Unfälle, gegen 12 039 im Vorjahre.

Ueber die Dauer der Erwerbsunfähigkeit dieser Unfälle gibt uns nachstehende gefürzte Tabelle des Berichts näheren Aufschluß:

Table with 8 columns: Anzahl der Unfälle, Dauer der Erwerbsunfähigkeit (weniger als 3 Tage, 3 Tage bis 1 Woche, über 1 Woche bis 4 Wochen, über 4 Wochen bis 13 Wochen, über 13 Wochen bis 1 Jahr, über 1 Jahr bis 5 Jahre, über 5 Jahre bis 10 Jahre, über 10 Jahre bis 20 Jahre). Rows for 1908 and In Proz.

Auf 1000 Versicherte entfielen durchschnittlich 55,91 Unfälle, in Sektion VII (Frankfurt a. M., Höchst usw. sogar 80,78), während nur 5,01 Unfälle mit Rente auf 1000 Arbeiter kommen.

Gegen die Annahme, daß der „feuchtschlächtige“ Montag die meisten Unfälle zeitigt, spricht eine Aufstellung des lesenswerten Berichts über die Tage der Unfälle. Danach ereigneten sich:

Table with 2 columns: Day, Anzahl Unfälle oder Proz. Includes Sonntags, Montags, Dienstags, Mittwochs, Donnerstags, Freitags, Sonnabends.

Das Lob der chemischen Industrie sang der Vorsitzende der Genossenschaft laut Bericht bei der Einweihung des neuen Verwaltungsgebäudes zu Berlin wie folgt:

„Was immenrich der Auffassung des wirtschaftlichen Lebens zeitweilig in langsamerem Tempo sich vollzieht, so bietet doch unsere Industrie, nur wenig berührt von den Schwankungen wechselnder Konjunkturen, seit einem Menschenalter das Bild rastlosen stetigen Fortschreitens, weil kaum irgend ein Zweig gewerblicher Tätigkeit so vielseitig und so innig mit der wunderbaren Entwicklung der modernen Forschung auf dem Gebiete der Naturwissenschaft verknüpft ist, wie gerade die chemische Technik. Mit der Natur selbst wetteifernd, erzeugen ihre Betriebsstätten stetig neue Produkte, die an Duft- oder Farbenpracht die Kinder der Flora weit überbieten; mit dem schimmernden Gepränge der Seidenstoffe wetteifert ein Produkt chemischer Fabrikation; aus dem unerforschlichen Vorrat unseres Luftmeeres holen die Chemiker die Stoffe, um die Ergiebigkeit unserer Ernten zu vervielfältigen und der Bevölkerung reichere Nahrung zu geben. Mit Hilfe der von ihnen erzeugten Sprengstoffe öffnen sie dem durch schwer erreichbare Gebirge getrennten Verkehr die Wege und ermöglichen dem Bergmann das Eindringen in die Tiefe des Erdinneren, um die darin schlummernden Schätze zu heben. Sie liefern andererseits die Stoffe, vermögen deren der Mensch beschützt wird, das Luftmeer zu durchschiffen. Der lebenden Menschheit bieten sie krankheitsverhütende, schmerz lindende und schlafbringende Mittel. Ja selbst der alte Traum der Alchimisten vom Stein der Weisen und der Umwandlung der Metalle scheint nicht mehr außerhalb des Gebietes des dem Chemiker Erreichbaren zu liegen.“

Gelobt wird ferner das Entgegenkommen der Unternehmer, die angeordneten Maßnahmen zu treffen, um Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter zu schützen. Niemand hat gelacht, als der Redner weiter renommierte, daß durch die Berufsgenossenschaft sich auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihrem Verkehr ohne Schaden der Disziplin einander näher gerückt sind.“

Die Berichte der 8 technischen Aufsichtsbeamten der Genossenschaft sind recht vorsichtig gehalten: die Zahl der vorgekommenen Mängel wird gar nicht angegeben. Auch wurden keine Beschwerden der Versicherten den Beamten entgegengebracht. Kein Wunder. Am häufigsten gaben die „mangelhaften oder fehlenden Schutzvorrichtungen an Arbeitsmaschinen“ zu Beanstandungen Anlaß. In vielen Fällen fehlt die Sicherung von Transmissionsen, Zahngetrieben — die Prüfung der Hebezeuge läßt noch häufig zu wünschen übrig.“ Cratelschaft ist der Satz: „In der Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeiter an gefahrvollen Maschinen hat sich gegenüber den Vorjahren nichts geändert.“ Als bemerkenswerte Neuerung wird im Bericht erwähnt, daß die Farbwerke zu Höchst a. M. zur „magnetischen Beförderung von Eisenspänen, die täglich in vielen Waggonsladungen zur Reduktion von Nitrosäuren gebraucht werden“, gekommen ist. Eine Abbildung zeigt uns den Vorgang. Die Vorrichtung ist ganz einfach, besteht aus einem an der Lauffläche eines Laufwerks hängenden Elektromagneten, welcher bei jedem Hub 300 Kilo Späne aus dem zu entladenden Eisenbahnwagen entnimmt.“ Dadurch wird an Arbeitskräften gespart, die Beförderung sehr verbilligt, denn das Abladen geschieht durch Stromauschaltung. „Der Magnet läßt die beträchtlichen, den Spänen beigemengten Schmutzungen im Wagon zurück und erspart auf diese Weise zugleich einen Teil der Siebarbeit.“

Aus Industrie und Handel.

Händler gegen Fabrikanten.

Eine Protestversammlung der Zigarettenhändler, die am Mittwoch bei Heller in der Kopenstraße abgehalten wurde, nahm Stellung zu der von den Zigarettenfabrikanten beschlossenen Preiserhöhung der Zigaretten. Die Versammlung war von drei Berufsorganisationen der Zigaretten- und Tabakhändler einberufen. Wie der Referent, Herr Straßer, ausführte, haben die Händlerorganisationen versucht, sich über eine etwaige Preiserhöhung, die durch die Steuererhöhung bedingt wäre, zu verständigen; sie fanden jedoch bei den Fabrikanten kein Entgegenkommen. Diese beschloßen auf ihrem Verbandstage, die Zigaretten im Preise zu erhöhen, und zwar über das Maß der Steuererhöhung hinaus. Der Referent erklärte, die Fabrikanten brandeten die Preise überhaupt nicht zu erhöhen, denn die Produktionskosten in der Zigarettenindustrie seien durch Einführung der Maschinenarbeit so stark heruntergegangen, daß die Industrie die jegliche Steuererhöhung allein tragen könne, ohne die Händler und die Konsumenten damit zu belasten. — Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung erklärt den Beschloßen des außerordentlichen Verbandstages der Zigarettenindustriellen in Dresden, betreffend die durch das neue Tabaksteuergesetz bedingte Erhöhung der Zigarettenpreise auf die Händlerschaft abzuwälzen, sogar noch über die Steuererhöhung hinausgehende Preisaufschläge zu fordern, ihre Zustimmung verweigern zu müssen. — Die Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß die Steuererhöhung in den billigen Preislagen nicht auf die Konsumenten abgewälzt werden kann, also gegebenenfalls die Händlerschaft wieder, wie vor drei Jahren, die gesamte Preis-

Verantwortlicher Redakteur: Emil Anger, Berlin. Für den

W. WERTHEIM G. m. b. H.

Friedrichstraße 110-112

Passage-Kaufhaus

Friedrichstraße 110-112

Von der Preisermäßigung sind einige wenige Artikel ausgenommen.

In allen Abteilungen
Waren aus den von der Passage-Kaufhaus-Betriebsgesellschaft übernommenen Beständen
zu enorm billigen Preisen.

Auch die zur Vervollständigung der Auswahl neu eingetroffene Ware wird zu entsprechend billigen Preisen verkauft.

Freitag und
Sonnabend

Lebensmittel

zu besonders
billigen Preisen

soweit Vorrat:

FRISCHES FLEISCH

Prima Hammelfleisch

Keule, im ganzen	Pfd.	80 Pf.
„ geteilt	„	85—90 Pf.
Rücken	„	1.00 M.
dicke Rippe	„	85 Pf.
Dünnung	„	65 Pf.

Prima Kalbfleisch

Keule im ganzen	Pfd.	90 Pf.
„ geteilt	„	95 Pf.
Rücken	„	1.00—1.10
Bug	„	85—90 Pf.
Kamm	„	75—80 Pf.
Brust	„	75—80 Pf.
Spitze	„	90—95 Pf.

Prima Ochsenfleisch

Schmorfleisch o. Kn.	Pfd.	1.00 M.
„ m. Kn.	„	90 Pf.
Kamm	„	75—80 Pf.
Brust	„	75—80 Pf.
Fehlrippe	„	80 Pf.
Querrippe	„	70—75 Pf.
Pökelbrust	„	90—100 Pf.
Pökelzungen	„	1.50 M.

KOLONIALWAREN

Ia Raffinade zum Einmachen, in ganzen Broden,		
	20—22 Pfd. schwer,	Pfd. 22 Pf.
Einmache-Essig 5 Liter	1.00,	10 Liter 1.90
	(exkl. Glas)	
Ia Haushalt-Schokolade	garantiert rein, Pfd.	60, 70 Pf.
Ia Deutscher Kakao (lose)	Pfd.	75, 85 Pf.

WEINE UND LIKÖRE

	Flasche	10 Flaschen
Roussillon (Dtisch Rotwein)	80 Pf.	7.50
Medoc. Bordeaux	95 Pf.	8.50
Medoc. Margeaux	1.15	10.50
Portwein	75 Pf.	7.00
Old Portwein	95 Pf.	9.00
Madeira	1.15	10.50
Feiner alter Madeira	1.45	13.50
Treiser 1908	60 Pf.	5.50
Treiser 1907	75 Pf.	6.50
Trarbacher 1907	90 Pf.	8.50
Dänischer Korn (Tafel Akvavit)	Fl.	1.00
Original-Bären-Bitter	Fl.	1.50

WURSTWAREN

Cervelatwurst (Holsteiner)	Pfd.	1.05
Salamiwurst	„	1.05
Rügenwalder Cervelatwurst	„	1.25
Teewurst	„	1.10, 1.25
Braunschweiger Mettwurst	„	85 Pf.
Kaiser Jagdwurst	„	85 Pf.
Mausschinken, 2—3 Pfd. schwer	„	1.10
Delikat. Schinkenspeck	„	1.00
Feine Leberwurst	„	90 Pf.
Landleberwurst	„	85 Pf.
Hallesche Pastetenleberwurst	„	1.20
Trüffelleberwurst	„	1.20
Zwiebelleberwurst	„	45 Pf.
Thüringer Rotwurst	„	70 Pf.
Rotwurst	„	45 Pf.
Pommersche Gänsebrust	„	1.50
Feinste Kräutersülze	„	75 Pf.
Eisbein in Gelée	Stück	55 Pf.

Täglich von 11 bis 1 Uhr
sowie von 4 Uhr nachm. ab:

Warmer Schinken nach Prager Art,
in Brotteig gebacken.

Preiselbeeren

Pfd. 17 Pf.

Prima

Ananas Pfd. 78 Pf.

1 Waggon

ital. Weintrauben

Pfd. 16 Pf.

in Kisten ca. 9 Pfd. 1.35

Rettichbirnen

Pfd. 8 Pf.

Tomaten Pfd. 8 Pf.

FRUCHT-KONSERVEN

	1/2 Dose	3/4 Dose
Aprikosen	90 Pf.	50 Pf.
Melange	80 Pf.	45 Pf.
Erdbeeren	85 Pf.	45 Pf.
Kaiserkirschen mit Steine	65 Pf.	38 Pf.
Mirabellen	63 Pf.	35 Pf.
Stachelbeeren	65 Pf.	35 Pf.
Birnen	60 Pf.	35 Pf.
Heidelbeeren	58 Pf.	—
Preißelbeeren	58 Pf.	33 Pf.

GEMÜSE-KONSERVEN

	1/2 Dose	3/4 Dose
Dünner Stangen-Spargel	1.45	—
Stangen-Spargel II	1.10	60 Pf.
Stangen-Spargel III	90 Pf.	50 Pf.
Bruch-Spargel Ia	1.00	—
Bruch-Spargel ohne Köpfe	65 Pf.	—
Schoten extrafein	75 Pf.	38 Pf.
Schoten mittelfein	60 Pf.	—
Schoten I	45 Pf.	25 Pf.
Suppenerbsen	36 Pf.	22 Pf.
Schoten m. Karotten	55 Pf.	30 Pf.

FISCH-KONSERVEN

	1/2 Dose	3/4 Dose
Sardinen Amieux frères	1.60	90 Pf.
Sardinen Glorioles	1.20	65 Pf.
Sardinen Liberte	—	55 Pf.
Sardinen Etienne	Dose	38 Pf.
Gabelbissen 1/3 Dose 70, 1/2 Dose 60, 3/4 Dose 40		
Appetit-Sild 1/2 Dose 60, 3/4 Dose 30		
Katerfrühstück	Dose	38 Pf.
Heringe in Gelee	Dose	30 Pf.
Forellen-Heringe	Dose	65 Pf.
Roll-Mops	Dose	38 Pf.

SEEFISCHE

Cabljau	Pfund	15 Pf.
Schollen 1—3 Pfund schwer	„	25 Pf.
Rotzungen	„	25 Pf.

GEFLÜGEL

Pa. junge Gänse	Pfund	58, 65 Pf.
Pa. ungar. Milch-Mast-Poulets	Stück	95, 1.05, 1.15

FLUSSFISCHE

Spiegel- u. Schuppen-Karpfen	Pfund	75 Pf.
------------------------------	-------	--------

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Die Fortsetzung der am 22. August verbotenen Generalversammlung findet am Sonntag, den 5. September, 12 Uhr mittags, bei Keller (Inhaber Freyer), Kopenstraße 29, statt.

Tagesordnung:

- 1. Fortsetzung der Diskussion über den Vortrag des Genossen Ströbel.
2. Partei- und Verbandsangelegenheiten.

Der Versand der Delegiertenkarten an die Kreise und die sonst Berechtigten ist erfolgt.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Wilmersdorf. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. R. Rosenfeld über „Jugenderziehung“. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Wichtigkeit des Vortragsthemas bedingt die Anwesenheit aller Genossen.

Bergzell Französisch-Buchholz. Sonntag, den 5. September, findet ein gemeinsamer Besuch der Arbeiterwohlfahrts-Ausstellung in Charlottenburg, Fraunhoferstraße, statt. Abfahrt vom Bahnhof Wlankenburg mittags 12.06 Uhr bis Jungfernbeide. Um pünktliches und vollständiges Erscheinen ersucht Die Bezirksleitung.

Eichwalde, Zenthen, Mierdorf. Sonntag, den 5. September, früh 8 Uhr: Flugblatt- und Handzettelverbreitung. Den Parteigenossen wird zur Pflicht gemacht, recht pünktlich und zahlreich in den bekannten Lokalen zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Jungvögel

Rüsten jetzt allgemein zum Fortfliegen nach dem Süden. Die niedrigen Temperaturen, die in diesen Tagen allmorgentlich das Thermometer anzeigt, mögen, im Verein mit dem fast unablässig wehenden kalten Sturm, sie zu einem zeitigeren Fortflug als gewöhnlich veranlassen. In den Vororten Berlins, und wohl auch inmitten der Stadt auf baumbepflanzten Plätzen, kann man die Abschiedsrüstungen gegenwärtig besonders bei den jungen Staren beobachten. Die Kränzen und Pfäumen, an denen sich diese jugendlichen Vögel gern gütlich tun, sind jetzt meist abgeerntet. Da gibt es nichts mehr zu schnabulieren, also auch nichts mehr, was die geflügelten Feindschmecker noch bei und halten könnte. In den dichten Kronen alter, buschiger Kastanien halten sie deshalb jetzt häufiger denn sonst ihre Zusammenkünfte ab. Bei denen geht es immer überaus lärmend zu. Mit schrillen Gepiep, das laut das der Spähen überläutet, zanken sie viertelstundlang herum. Schließlich aber müssen sie doch zu irgend einer Einigung kommen, denn urplötzlich hebt sich gewöhnlich von einem solchen Versammlungsbäum eine große, schwarzgrün gefiederte Wolke, die fast schmerzerade aufsteigt, um in beträchtlicher Höhe den Kurs nach Süden zu nehmen. Gewöhnlich sind es mehrere Hundert Tiere, die auf diese Art gemeinsam die Reise beginnen. Auf einem einstündigen Spaziergang in baumbestandener Gegend kann man gegenwärtig diese Erscheinung mehrere Male beobachten.

Sindfreie Darlehen werden aus einigen Stiftungen gegeben, die von der Stadt Berlin verwaltet werden. Zu ihnen gehört ein Stiftungsfonds, der die Bezeichnung „Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitssamer“ führt, und die damit verbundene „Wiedererwe-Stiftung“. Dem neuesten Jahresbericht beider Stiftungen, den der Magistrat jetzt veröffentlicht hat, entnehmen wir, daß im letzten Jahr die Verwaltung etwas tiefer in ihren Beutel gegriffen hat. Die Friedrich-Wilhelms-Anstalt hatte im Etatsjahr 1907 nur 308 Darlehensfächer betriebligt und im ganzen nur 29 615 M. Darlehen gewährt, im Etatsjahr 1908 aber betriebligtigte sie 344 Darlehensfächer und gewährte im ganzen 32 200 M. Darlehen. Die Wiedererwe-Stiftung hatte in 1907 nur 70 Darlehen im Gesamtbetrage von 4445 M. hergegeben, in 1908 aber gab sie 100 Darlehen im Gesamtbetrage von 6665 M. her. Gegenüber der Zeit vor 1907 sind freilich diese Zahlen immer noch recht niedrig, mindestens bei der Friedrich-Wilhelms-Anstalt. In den letzten fünf Jahren, 1904—1908, gewährte die Friedrich-Wilhelms-Anstalt 506, 460, 394, 308, 344 Darlehen mit 52 565 M., 44 655 M., 38 320 M., 29 615 M., 32 200 M. (durchschnittlich 104 M., 97 M., 96 M., 94 M.); die Wiedererwe-Stiftung 108, 97, 80, 70, 100 Darlehen mit 6880 M., 6210 M., 5060 M., 4485 M., 6665 M. (durchschnittlich 65 M., 64 M., 63 M., 63 M., 67 M.).

Wundern wird sich mancher, warum die Friedrich-Wilhelms-Anstalt gerade jetzt — in einer Zeit weit verbreiteter Arbeitslosigkeit — so sehr viel weniger Darlehen gewährt als vor drei oder vier Jahren. An Ritteln fehlt's ihr nicht, denn ihre Vermögen ist recht beträchtlich, und es mehren sich noch fortgesetzt, regelmäßig durch einen Teil der Zinsen, oft auch durch neue Zuwendungen. Auch im letzten Jahre hat diese Stiftung wieder 21 500 M. als „überflüssige Warmittel“ — so nennt sie der Bericht — dem Kapital zuzuschlagen können, weil so wenig Darlehen gewährt worden waren. Statuengemäß sollen betriebligtigte werden von der Friedrich-Wilhelms-Anstalt solche Einwohner Berlins, die durch Krankheit, Unglücksfälle, Strafverbüßung arbeitslos geworden sind, von der Wiedererwe-Stiftung solche, die ohne ihr Verschulden in ihrem Erwerb zurückgekommen und vorübergehend beschäftigungslos geworden sind, namentlich verheiratete Handwerker, verheiratete Arbeiter, selbständige Arbeiterinnen. Die Darlehen müssen selbstverständlich in einer bestimmten Frist zurückgezahlt werden, aber es kommt recht oft vor, daß infolge andauernder Not des Darlehensnehmers die Rückzahlung sehr viel langsamer von hatten geht oder schließlich überhaupt unterbleibt. Die Friedrich-Wilhelms-Anstalt hatte im Etatsjahr 1908 Rückzahlungen in Höhe von 30 438 M. Als Reste wurden 48 721 M. in 1909 mitübergenommen, außerdem fanden am Schlusse des Etatsjahres auf dem Schuldkonto noch 24 423 M., deren Einziehung bisher trotz aller Versuche nicht gelungen war, aber später aufs neue versucht werden soll. Die Wiedererwe-Stiftung hatte 4186 M. Rückzahlungen, nahm 8482 M. Reste hinüber, betrielt 1593 M. als zunächst uneinziehbar auf dem Schuldkonto. Die Einziehungsversuche werden auch von diesen Stiftungen mit allen nur denkbaren Mitteln betrieben, sie werden unterstützt durch Klage, durch Anspandung, durch Nötigung zum Offenbarungseid usw.

Der Wegfall des Ankunftsstempels durch die Post hat schon zu vielen Unannehmlichkeiten Veranlassung gegeben und verschiedene Handelskammern veranlaßt, bei der Reichspostverwaltung um Wiedereinführung des Ankunftsstempels vorstellig zu werden, bisher ohne Erfolg. Durch die Maßnahmen läßt sich in streitigen Fällen vielfach nicht feststellen, an welcher Stelle eine Verzögerung der Briefbestellung vorgekommen ist. Das mußte dieser Tage ein

Leser unseres Blattes erfahren, der sich beschwerdeführend an die Oberpostdirektion gewendet hatte, weil ein am 14. August in Genthin abgestempelter Brief erst am 17. August, also nach drei Tagen, in seine Hände gelangte. Der Bescheid lautete dahin, daß nicht festgestellt werden könne, wo der Brief solange gelegen hätte und wo die Verzögerung sich habe zuschulden kommen lassen. Das wird noch in vielen Fällen so gehen, solange der Ankunftsstempel fehlt. Für viele Prozesse ist das Vorhandensein dieses Stempels von großer Wichtigkeit.

Die Verwendung von Feuerwehrlenten bei Umzügen will trotz wiederholter Klagen kein Ende nehmen. Hierzu liegt uns wieder folgende Meldung vor:

„Bei der Firma Bullkopf, Fabrik für vorgezeichnete Stickerie, Neue Friedrichstr. 3, arbeiten seit 14 Tagen täglich zwei bis vier Feuerwehrlente, welche der Firma beim Umzug helfen. Die Fabrik bleibt im selben Hause, nur wird nach der unteren Etage verzogen. Es ist festgestellt worden, daß bezeichnete zwei bis vier Mann Feuerwehrlente sind, welche täglich wechseln. Der Umzug hat am Dienstag 14 Tage gedauert. Am Montag zog die Firma vier Feuerwehrlente zu Hilfe.“

Eine andere Mitteilung, die in das gleiche Gebiet gehört, lautet: „Ein Oberfeuerwehrmann Richter arbeitet an seinen freien Tagen als Maurer bei dem Maurermeister Große, Wolkestr. 40, born 3 Tr. Auch in seiner Freizeit hatte er bei Obengenanntem gearbeitet, zuletzt im Monopol-Hotel.“

Wir haben wiederholt auf das Unzulässige der Beschäftigung der Feuerwehrlente bei Umzügen usw. hingewiesen und dargelegt, daß die freie Zeit der Feuerwehrlente der Ruhe gewidmet sein soll, um dem schweren Dienst auch gewachsen zu sein. Und so sehr wir jedem Verdienst gönnen, so scheint unseres Erachtens diese Beschäftigung der Feuerwehrlente nicht im Allgemeininteresse zu liegen, zumal in einer Zeit, wo es freie Arbeiter genügend gibt, die die genannten Arbeiten gern übernehmen.

Wegen Sebanfeier geschlossen. Außer den Schulkindern, die sich des freien Tages freuen, denken jetzt wohl nicht allzuviel Menschen daran, daß am 1. September 39 Jahre seit dem „glorreichen“ Sebantage verlossen sind. Einer anderen Gruppe deutscher Reichsangehöriger wurde dies aber gestern in recht unangenehmer Weise fühlbar: Den Militärinvaliden, die schon aus ihrer Friedensdienstzeit eine Probe davon erhielten, was ihnen eventuell ein Krieg bringen kann, und die für ihre verlorenen Glieder bzw. ihre teilweise geschwundene Erwerbsfähigkeit eine kleine Rente — meist nicht über 10 M. monatlich — erhalten. Diese wird ihnen in den ersten Tagen des Monats ausbezahlt, und ein großer Teil der Leute begab sich auch gestern nach der Militärpensionskasse in der Königgräber Straße, um die paar Mark, die so notwendig gebraucht werden, zu holen. Sie fanden aber verschlossene Türen und eine Tafel mit der Aufschrift: Kasse geschlossen! Weder eine Erklärung über den Grund hierfür war beigegeben, noch war ein Mensch zu sehen, der Auskunft darüber erteilen konnte. Manche Frau — diese holen meist das Geld für ihre Männer ab — mußte nach langem Warten wieder nach Hause gehen, und mit den Klagen über das herausgeworfene Bargeld und die verlorene Zeit vernüßte sich manch derbes Wort gegen den Staat, der den in seinem Dienst zum Krüppel Gewordenen noch in dieser Weise umstände und Kosten bereitet.

Unter dem Verdacht vieler Schwindeleien ist der Rechtsanwält a. D. Louis Wubrus verhaftet worden. Wubrus machte seinerzeit durch sein „Silberfest“ viel und unlieblich von sich reden. Er war für eine große Veranstaltung bei Kroll, deren Ueberbruch dem Kaiserpaare zur silbernen Hochzeit für eine wohlthätige Stiftung zur Verfügung gestellt werden sollte. Es ergab sich aber, daß er in seinen Aufträgen und Einladungen die Namen großer Künstler und anderer hervorragender Personen mißbraucht hatte. Alles rückte von ihm ab und aus dem Silberfeste wurde nichts. Seit Mai vergangenen Jahres gehört Wubrus der Rechtsanwaltschaft nicht mehr an. Trotzdem nannte er sich an der Plakatur eines Bureaus, das er seit Juni d. J. im Erdgeschoß des Hauses Gartenstraße 102 besaß, Rechtsanwalt am Landgericht I, II und III. Das Bureau bestand aus einem Laden mit großer Scheibe und dürftiger Einrichtung. An der Ladenscheibe prangte die Aufschrift: „Rechtsbureau Justitia, Detektivzentrale, Vertretung vor Gericht, Ehesachen, Strafsachen, Alimentation, Nützige Honorare; Teilzahlung gestattet“. Durch Anzeigen suchte nun Wubrus Bureauvorsteher, die sich gegen entsprechende Einlagen auch am Geschäft beteiligen konnten. Im den Bewerber die Armlosigkeit seiner Einrichtung nicht zeigen zu müssen, empfing er sie unter dem Vorwande, daß er in seiner Zeit sehr befristet sei, in irgendeiner Kneipe und nahm ihnen dort gleich die Einlage von 200 bis 300 M. ab. Erst wenn die Leute dann ihre Stellung antraten, sahen sie, daß sie getäuscht worden waren. Sie blieben meist nur wenige Tage und forderien vergeblich ihre Einlagen zurück. Teilzahlungen auf das Gehalt, die er nicht umgehen konnte, leistete Wubrus dem einen Bewerber von der Einlage eines anderen. Für Vermittlung von Stellen, über die er gar nicht verfügte, nahm Wubrus anderen Leuten 20 bis 50 M. Gebühren ab. Dreißig bis vierzig Mann bestärkten sein Bureau mit der Behauptung, daß er sie auf diese Weise betrogen habe. Auf dem Hauptflur und auf der Straße gab es oft einen Lärm, daß die Wirtin schon daran dachte, die Polizei zu Hilfe zu rufen. Ein Gesprecher schlug dem Rechtsanwält die Türscheiden ein. Wubrus war trotz seiner Lage so dreist, einen der Dränger wegen Hausfriedensbruches anzuzeigen. Andere aber gingen gegen ihn vor. Nachdem die Hauswirtin wegen Mietschulden und des fortwährenden Lärms bereits die Räumungslage angestrengt hatte, erschienen vorgestern nachmittag drei Kriminalbeamte im Bureau und nahmen Wubrus wegen der Schwindeleien fest. Der Beschuldigte wurde gestern dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Freibad Baumwerder endgültig geschlossen. Nach einer amtlichen Verfügung ist nunmehr das Freibad auf der Insel Baumwerder endgültig geschlossen worden, und die Polizei hat weiter angeordnet, daß Personen im Badeanzug auf der Insel nicht mehr gebadet werden können.

Aus der Fürsorgeanstalt in Camin sind sieben Fürsorgezöglinge auf einmal entwichen; es soll sich zumeist um Berliner Zöglinge handeln.

Entgleisung am Ringbahnhof Landsberger Allee. Gestern mittags um 12 Uhr 10 Minuten entgleisten auf dem Ringbahnhof Landsberger Allee mehrere Wagen eines Güterzuges. Der Zug, der zum größten Teil aus leeren Wagen bestand, kam vom Viehhof in langsamer Fahrt in den Bahnhof Landsberger Allee eingefahren. Auf dem Gleise, das der Güterzug passierte, war vor wenigen Tagen eine neue Weiche eingebaut worden. Dort sprang aus bisher nicht aufgeklärtem Grunde der erste Wagen hinter der Lokomotive aus dem Gleise. Ein Beamter, der sah, daß der Wagen sich hob, gab dem Lokomotivführer sofort ein Zeichen. Die Lokomotive wurde durch Bremsen und Gegen Dampf zum Stillstehen gebracht. Trotzdem wurde der zweite Wagen quer über die Schienen geworfen. Der dritte Wagen blieb auf dem Gleise stehen, während der vierte ebenfalls aus den Schienen gehoben wurde. Die Lokomotive ist unbeschädigt. Die beiden ersten Wagen sind aber fast vollständig zertrümmert worden. Menschen sind nicht verletzt worden. Um 1 Uhr traf auf dem Bahnhofe Landsberger Allee ein Hülfszug mit Mannschaften ein, um das beschädigte Gleis zu reparieren.

Ein lange gesuchter Schwindler und Fälscher, der mit einem besonderen Kniff arbeitete, wurde gestern in der Person des 40 Jahre alten früheren Handlungsgehilfen Max Lessowsky ermittelt und festgenommen. Lessowsky, der wegen Betrügereien aller Art schon zwölf Jahre Zuchthaus verbüßt hat, suchte aus dem Adreßbuch Namen und Wohnung von Leuten heraus, die ein Bankkonto haben. Diesen Leuten, meist kleineren Geschäftsinhabern und Handwerkern, stellte er sich dann als Beauftragter der städtischen Gaswerke vor. Er brachte eine Quittung über 35 M. bis 1 M. mit, zahlte diese Beträge als angeblich zu viel erhoben aus, ließ sich die Quittung unterschreiben und steckte sie ein. Da solche kleine Ueberhebungen wohl vorkommen können, so dachte sich bei dem einfachen Vorgang niemand etwas Böses. Lessowsky aber opferte gern diese paar Pfennige, um mehr zu ergaunern. Ihm kam es nur darauf an, von den Geschäftsleuten eine Quittung mit richtiger Unterschrift zu erhalten. Die Aufschrift hatte er mit Bleistift oder leicht zu beseitigender Tinte hergestellt. So war es ihm leicht, ganz etwas anderes daraus zu machen. Nachdem er dann einen Betrag von einigen Hundert Mark eingezogen hatte, legte er die Quittung der Bank vor und erhielt auf das Konto des Unterzeichneten das Geld. Dieser Schwindel wurde schon seit April dieses Jahres verübt, ohne daß es gelang, den Täter zu fassen. Die Kriminalpolizei benachrichtigte nun alle Banken und bat, auf den übereinstimmend beschriebenen Menschen zu achten. Gestern kam Lessowsky zu einem Geschäftsmann in der Charlottenstraße und erhielt wieder eine Quittung. Jetzt versuchte er, auf der Deutschen Bank 1000 M. zu bekommen. Obgleich er auch noch ein Begleitschreiben vorlegte, war man doch so vorsichtig, bei dem Geschäftsmann durch den Fernsprecher erst anzufragen. Jetzt ergab sich, daß man es mit dem gesuchten, bisher unbekanntem Schwindler und Fälscher zu tun hatte, und ließ ihn festnehmen. Der Verhaftete behauptet, er habe die Quittungen nicht selbst gefälscht, sondern von einem Unbekannten zum Ueberreichen erhalten. Er ist aber in vollem Umfang überführt und wurde nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht.

Selbstmord eines Berliner Opernsängers. Mittwoch nacht hat sich der Tenorist Konradin Krotter, der seit Beginn dieser Spielzeit der hiesigen Komischen Oper angehört, erschossen. Der jugendliche Selbstmörder ist identisch mit dem vorher an verschiedenen Berliner Bühnen als Schauspieler tätig gewesenen Kurt Krotter, der zuletzt im vorigen Sommer im Rahmen des Deutschen Theater-Ensembles Proben seiner schauspielerischen Begabung abgelegt hat. Schon damals äußerte Krotter seine Absicht, zur Oper überzugehen, und wurde nach eifrigem Studium erst kürzlich von Direktor Gregor für die Komische verpflichtet. Dort trat er seit Mitte August unter dem Namen Konradin Krotter als Peter Schlemihl in „Hoffmanns Erzählungen“ mit erfreulichem Erfolge auf. Nach vorgestern abend spielte er seine Rolle, ohne daß seiner Umgebung eine Veränderung in seinem Gemütszustande aufgefallen wäre. Was den jungen Künstler in den Tod getrieben hat, darüber fehlen zurzeit noch alle Anhaltspunkte.

Vom Bangerüst abgestürzt. Ein Opfer des Berufs wurde gestern der Bauarbeiter August Bach, Schulstraße 21 wohnhaft. Er war auf dem Neubau Bildenbrucherstraße 20 beschäftigt. Als er auf dem Gerüst mit dem Hochziehen der Frontmauer beschäftigt war, stürzte er, das Gleichgewicht verlierend, aus der Höhe des zweiten Stockwerks in die Tiefe. Er zog sich einen komplizierten Schenkelbruch und anscheinend innere Verletzungen zu, so daß seine Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus notwendig wurde.

Deutschnationale Verrat.

Zu den „christlichen Gewerkschaftsjährern“, die ihre Mitglieder bei der Beratung der sogenannten Reichsfinanzreform verraten haben, gehört bekanntlich auch der Abgeordnete Schach, der Vorsteher des antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Unter dem aufklärten Teil der Mitglieder des antisemitischen Verbandes herrscht jetzt große Erregung über das Verhalten dieses Handlungsgehilfenführers. In ihren Zeitungen wie in Flugschriften versuchen die Führer jetzt ihre rebellisch gewordenen Schäfchen wieder zu beruhigen, indem sie wieder den roten Lappen schwenken, und den Versuch machen, in jeder Weise zu verkleumben. Um die Aufklärung über den schmachvollen Verrat des antisemitischen Handlungsgehilfenverbandes in immer weitere Kreise dringen zu lassen, veranstaltet der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in den Bürgerkälen, Nixdorf, Bergstr. 147, eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Georg Liko mit den deutschnationalen Verrätern abrechnen wird. Es steht zu erwarten, daß die Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen für Massenbesuch dieser Versammlung Sorge tragen werden.

Union-Theater nennt sich ein Unternehmen, daß als ein großes Kinematographentheater am Alexanderplatz am Sonnabend eröffnet wird. 800 Personen sollen darin Platz finden.

Gespreizt ist der Kreuzdamm der Tille Wardenbergstraße und des Hansaferks befuß Neupflasterung für Fußrwerke und Weiter.

Neue Forschungen über den Mond und den Mars bilden das Thema, welches am Sonntag, den 5. September, nachmittags 5 Uhr, Direktor Dr. J. S. Archenhold in der Dreptan-Sternwarte in einem Vortrag behandeln wird. An demselben Tage, abends 7 Uhr, wird derselbe über den Planeten: „Mars, seine Kanäle und Eisfelder“ sprechen. Beide Vorträge sind für den Laien durchaus verständlich gehalten. Am Montag, den 6. September, abends 9 Uhr, hält Dr. Archenhold einen Vortrag über: „Ein Tag auf dem Monde“. Die Ergebnisse der Forschungen werden in zahlreichen Lichtbildern vorgeführt. — Im Anschluß an die Vorträge haben die Besucher Gelegenheit, den Mond und den Planeten Mars in dem großen Fernrohr der Dreptan-Sternwarte, an welchem jetzt tagsüber die Sonne gezeigt wird, zu beobachten. Außerdem können an kleineren Fernrohren Doppelsterne, Sternhaufen und andere beliebige Himmelsobjekte beobachtet werden.

Feuerwehrbericht. Wegen eines größeren Wohnungsbrandes wurde gestern vormittags um 8 Uhr die 4. Kompanie nach dem Alexanderufer 7 am Humboldthafen gerufen. Möbel, Gardinen, Betten usw. brannten dort, so daß kräftig Wasser gegeben werden mußte. Das Feuer soll durch Unvorsichtigkeit entstanden sein. Der 12. Löschzug mußte nach Wlumedhof 8 ausrücken, wo ebenfalls in einer Wohnung Feuer ausgekommen war. Unter großer Qualmentwicklung brannte in der Wlbelmsstraße 33 Teer. Kellerbrände beschäftigten die Berliner Feuerwehr in der Steglitzer Straße 87, Gartenstraße 66 und an anderen Stellen. Küchenbrände wurden aus der Bergmannstraße 91, Wlbfhauser Straße 4, Nordorfer Straße 68 und anderen Stellen gemeldet. Ohne Erfolg wurde ein Sauerstoffapparat bei einem Kranken in der Dunderstraße 17 benutzt. Ferner wurde die Berliner Feuerwehr nach der Poststraße 31, Schönhauser Allee 33/34, Schulstr. 20, Kasanien-Allee 75 und anderen Stellen gerufen, wo es aber nur wenig zu tun gab.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeutete nach Ansicht des hiesigen Polizeipräsidenten ein von dem Musikverein „Einigkeit, Friede voran zu Rixdorf“ geplanter Aufzug, an dem sich eventuell Sozialdemokraten beteiligt hätten. Genannter Verein suchte zu diesem Aufzug die Genehmigung bei

dem Polizeipräsidenten nach. Er erhielt hierauf folgenden Bescheid:

Der Polizei-Präsident.
Tagebuch-Nr. I A 2800/00.

Rixdorf bei Berlin, den 28. August 1900.

Dem Rixdorfer „Einigkeit, Frisch voran zu Rixdorf“ wird die nachgesuchte Genehmigung zu dem am Sonntag, den 29. d. Mts., in Aussicht genommenen Aufzuge verweigert, weil aus der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist.

Wie in Erfahrung gebracht ist, beabsichtigt der 10. und 11. Bezirk des sozialdemokratischen Wahlvereins zu Rixdorf sich mit seinen Mitgliedern dem Aufzuge des Rixdorfer „Einigkeit, Frisch voran zu Rixdorf“ anzuschließen. Ob dies mit oder ohne Willen des erwähnten Wahlvereins geschehen soll, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls muß ein gemeinsamer Aufzug der beiden Vereine bei der weitläufig überwiegenen Anzahl des sozialdemokratischen Wahlvereins als ein sozialdemokratischer Aufzug betrachtet werden. Ein solcher wird aber bei der herrschenden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung notorisch feindseligen Gesinnung der Sozialdemokratie ebenso aufreizend auf diejenigen Teilnehmer und Zuschauer des Aufzuges, die ihrer Gesinnung nach zur Sozialdemokratie gehören, wie verletzend und provozierend auf denjenigen Teil des Aufzuges und des Publikums, der auf dem Boden der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung steht. Bei dem zu erwartenden Umfange des Aufzuges und des Sonntagstraßenverkehrs muß nun damit gerechnet werden, daß die gegenseitige Verbitterung Formen annehmen wird, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit befürchten läßt.

Der eingereichte Stempelbogen folgt anbei zurück.

J. B.: Stehler.

Dem Polizeipräsidenten ist der Bescheid sicher nicht schwer geworden, lehrt doch in demselben die allenthalben angewandte Stereotype Form wieder, die von der bekannten „feindseligen Gesinnung der Sozialdemokratie gegenüber unserer herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung“ handelt. Doch wie der Polizeipräsident in der so ausgeprägten und in ihrer übertriebenen Wechheit aus Sozialdemokraten bestehenden Arbeiterkassette Rixdorfs in einem solchen Aufzuge eine aufreizende, verletzende und provozierende Wirkung auf die der Sozialdemokratie etwa noch fernstehende Passanten usw. befürchten kann, wird im Ernst niemand verständlich sein.

Solche Gründe für die Ablehnung des Aufzuges ins Feld zu führen, wirken denn doch schon mehr komisch wie ernst. Wäre es nicht da viel besser, wenn der Polizeipräsident ein anderes Mal mit einem kategorischen Nein antwortete? Er ersparte sich dabei die Mühe und Zeit, nach Gründen zu suchen, und was die Hauptsache ist, er fände auch sofort das nötige Verständnis für seine Ablehnung.

Charlottenburg.

Zwei Schülerelbstmorde.

Das Kapitel der Schülerelbstmorde ist abermals um zwei Fälle vermehrt worden. Im vorliegenden Fall handelt es sich um Schüler des Charlottenburger städtischen Gymnasiums. Der Unterprimaner Kurt Skalla hat sich vorgestern in der Speisekammer seiner elterlichen Wohnung, Stuttgarter Platz 18, erhängt. Die tödlich entblühende Leiche des Knaben wurde von dem Vater wenige Minuten nach dem eingetretenen Tode vorgefunden. Fast um die gleiche Zeit septe der Obersekundaner Adolf Brück aus der Wilmersdorfer Straße 106 seinem jungen Leben ein vorzeitiges Ziel, indem er sich ebenfalls in der elterlichen Wohnung in einem Kleiderschrank erhängte.

Welche Ursachen diesen beiden Schülerelbstmorden zugrunde liegen, steht noch nicht genau fest. Bei Brück wird behauptet, daß er an einer unheilbaren Krankheit gelitten habe, die ihn oft in übergroße nervöse Reizung versetzte, während man bei Skalla noch vor einem unheilbaren Nüffel steht.

Von einem Automobil überfahren und getötet wurde am Mittwochvormittag das sechsjährige Söhnchen des in der Schillerstraße 78 wohnhaften Briefträgers Rossetat. Der Kleine hatte mit mehreren anderen Kindern vor dem elterlichen Hause gespielt und lief plötzlich auf den Fahrdamm, gegen eine Kraftdroschke. Der Knaube wurde umgerissen und geriet unter das Rad, dessen Räder über ihn hinweggingen. Der Führer der Droschke brachte den schwerverletzten Knaben zu einem in der Nähe wohnenden Arzt und von hier nach dem Krankenhaus Bestand, der Verunglückte starb aber bereits auf dem Transporte. Nach dem Bericht von Augenzeugen trifft den Chauffeur an dem bedauerlichen Unglücksfall keine Schuld.

Schöneberg.

Der Betriebsbahnhof der Untergrundbahn auf dem städtischen Gelände zwischen Ring- und Wannseebahn, der zunächst als ein Provisorium, bestehend aus einem einseitigen Tunnel mit anschließender Rampe, mit einem Kostenaufwande von annähernd 235 000 M. gedacht war, muß bei der Verlängerung der Untergrundbahn in das Siedelgelände entfernt und durch eine andere, definitive Anlage ersetzt werden. Die Bebauung des Wegeländes gelangt voranschreitlich früher zum Abschluß, als angenommen, so daß auch die Bebauung des Siedelgeländes und somit der frühere Ausbau der Untergrundbahn vor sich gehen wird; daher sollen die bedeutenden Ausgaben für die provisorische Anlage gespart und dafür jetzt schon mit dem Ausbau der später doch notwendigen definitiven Anlage begonnen werden. Die Mehrkosten dieser Anlage gegen die provisorische betragen 801 880 M. Diesen Mehrkosten stehen beim Untergrundbahnbau schon jetzt Ersparnisse gegenüber, so daß man die ganzen Mehrkosten aus den Ersparnissen zu bestreiten gedenkt. Es wird nunmehr eine definitive Tunnel- und Rampeanlage gebaut werden, sowie die dadurch bedingten Änderungen an dem Betriebsbahnhof zur Ausführung gelangen.

Lichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. Zu der in der Zeit vom 8. bis 11. September dieses Jahres in Jülich stattfindenden Tagung des „Vereins für öffentliche Gesundheitspflege“ beschloß die bürgerliche Mehrheit von einer Delegation Abstand zu nehmen, trotzdem der Magistrat zwei Vertreter entsendet und die Tagesordnung diesmal mehr wie je von allgemeinem Interesse ist. So stehen zum Beispiel folgende Punkte auf der Tagesordnung: Fürsorgestellen für Lungenkranke, Konserven als Volksnahrung, Hygiene der Heimarbeit, kommunale Wohnungsfürsorge usw. Beschlossen wurde lediglich, daß es einem der beiden ärztlichen Stadtverordneten freistehen solle, den Kongress als Vertreter zu besuchen. Sanitätsrat Dr. Wolf lehnte ab, Herr Dr. Bofoszer nahm dankend an. Das hat eine gewisse Pikanterie. Derselbe Herr war im vorigen Jahre als Delegierter zum Gesundheitskongress in Wiesbaden in Vorschlag gebracht worden. Gleichzeitig fand in Königsberg der preussische Städtekongress statt, der sich durch ein sehr reichhaltiges Programm auszeichnete. Und unser Mediziner erklärte, der Gesundheitskongress habe für ihn kein Interesse, er wolle lieber Königsberg besuchen und er war Teilnehmer der Festlichkeiten. So kam es denn, daß damals zum Gesundheitskongress zwei Sozialdemokraten entsandt wurden, die für diese Vergünstigung auf ein Mandat zum Reichstapel nach Königsberg verzichteten. Und nun sieht die bürgerliche Intelligenz den Arzt nach Jülich, den im vergangenen Jahre der Gesundheitskongress gar nicht interessierte konnte.

Zu dem am 20. und 21. September in Rixdorf stattfindenden Brandenburgischen Städtekongress wurde beschlossen, drei Stadtverordnete zu delegieren. Folgender, von der sozialdemokratischen

Fraktion gestellter Antrag: „Der Städtekongress ersucht alle Stadtbewohner, zu der Frage des kommunalen Wahlrechts Stellung zu nehmen und beim preussischen Abgeordnetenhaus die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle Kommunalwahlen zu beantragen“, wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Nur drei Herren der sogenannten liberalen Fraktion stimmten mit für unseren Antrag. Der Führer der Bürgerlichen, Rechtsanwalt Schachtel, erklärte frei und offen, es gerabe als ein Unflut zu betrachten, wenn der Antrag angenommen würde. Andere Genossen ermannten nicht, die freisinnig-liberalen Herrschaften als Wahlrechtsfeinde an den Schandpfahl zu nageln. Aber das ließ diese Rügandaneen kalt, sie wollten in der Kommune unbeschränkt herrschen.

Eine Vorlage des Magistrats, betreffend Abänderung der festgesetzten Straßenzüge auf dem zwischen Mollenberg-, Scheffelstraße und Eisenbahn gelegenen Stadteil, wurde angenommen. Bei der hierbei von unseren Genossen erfolgten Anfrage, ob der Magistrat gedenke, die auf diesem Stadteil geplante Volksschule wegzulassen, wurde vom Magistrat geantwortet, daß sei allerdings beabsichtigt, weil, wie der neue Stadtbaurat meint, die Gefahr bestehe, daß bei dicht zusammenliegenden Volksschulen und dem Gymnasium zwischen der Schuljugend leicht — „Straßenkämpfe“ entstehen könnten. Nachdem von uns diese mehr wie lächerliche Begründung zurückgewiesen worden war, kam das „enfant terrible“ des Magistrats in seiner bekannten Offenheit mit dem wahren und von uns bereits vermuteten Grund des Weglassens der Volksschule heraus. Er erklärte nämlich, daß, da in Lichtenberg viele Fabrikbesitzer und höhere Beamte wohnen, es notwendig wäre, für diese steuerkräftige Bevölkerung einen Ortsteil zu schaffen, in welchem sich diese wohlfühlen könnte. Nach diesem Geständnis kann man allerdings verstehen, weshalb die Volksschule da nicht passend gelegen sein soll. Im Verlaufe der Debatte sah sich der Herr Stadtbaurat genötigt, seine provozierende Begründung dahin zu interpretieren, daß er nur an ein starkes Zusammenstößen von Schülern nach Schluß der Schulstunden gedacht habe. Auf die von unseren Genossen erhobene Einwendung, daß man nun die Volksschule in der Gegend erbauen wolle, die von den bürgerlichen Herren früher als gefährlich gesundheitschädlich bezeichnet worden sei, hatte man nur die windige Antwort, die Schule erhalte ihren Platz in günstiger Windrichtung.

Bei der folgenden Vorlage betreffend Bewilligung der Kosten für Bauarbeiten der Reichenhalle auf dem neuen Friedhof in Marxahn wurde von unseren Genossen das eigenmächtige Vorgehen einzelner Delegierten, wie überhaupt des Magistrats, scharf getadelnd bemerkt. — Der geforderten Räumung des Teils der Wagnerstraße zwischen Ruchstraße und Wagnerplatz wurde zugestimmt und dafür die Anlage einer neuen Straße, der Straße 74, von der Normannenstraße bis zur nördlichen Fahrstraße am Wagnerplatz beschlossen. Der mit der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin abgeschlossene Vertrag wird dahingehend abgeändert, daß die projektierte Zubringerbahn nicht wie erst geplant, durch die Jungstraße geführt wird, sondern durch die Weichselstraße, und zwar von Weichsel- bis Scharnweberstraße, abdann durch die Scharnweberstraße, bis zur Gürtelstraße und von da die Gürtelstraße entlang bis zur Frankfurter Chaussee. Es machte sich dies notwendig, da die Gemeinde Kummelsburg die Bedingung gestellt hat, daß die Bahn durch die Holteystraße geführt wird. — Bei dem folgenden Punkt der Tagesordnung, Einrichtung einer Krankenstation im Anschluß an die Rettungswache, war es interessant, zu hören, daß die von uns wiederholt festgestellte Tatsache, es sei sehr häufig nicht möglich, schwerkranke Lichtenberger Einwohner in einem Krankenhaus unterzubringen, jetzt selbst vom Magistrat zugegeben werden mußte. Die Vorlage selbst wurde daraufhin einstimmig angenommen. — Bezüglich der Wochenmärkte wurde beschlossen, daß beide, der in Neu-Lichtenberg sowohl wie der am Trabesplatz, Mittwochs im Sommer von 7 Uhr, im Winter von 8 Uhr bis mittags 1 Uhr und Sonnabends nachmittags von 3 Uhr bis zum Eintritt des für offene Verkaufsstätten festgesetzten Ladenschlusses stattfinden. Zum Schluß wurde noch einem Abkommen mit der Stadt Berlin, betreffend die Gewährung von Lößhilfen durch die Berliner Feuerwehre, zugestimmt.

Ober-Schönevide und Nieder-Schönevide.

Der Jugendausschuß veranstaltet am Sonntag, den 5. September, einen Ausflug nach dem Zoologischen Garten. Treffpunkt ist Restaurant Raabe, Wilhelmshofstr. 43, 8 Uhr morgens. Abfahrt 8 Uhr 35 Min. vom Bahnhof Nieder-Schönevide nach dem Görlitzer Bahnhof.

Die Genossen obengenannter Orte werden ersucht, ihre jugendlichen Angehörigen auf diese Veranstaltung hinzuweisen.

Der Jugendausschuß.

Pankow.

Aus der Gemeindevertretung. In der ersten Sitzung nach den Ferien, am 31. August, wurden die Mitglieder der Kommission gewählt, welche die Koreinschätzung zur Einkommensteuer zu erledigen hat. Dann wurde über einen Bedauungsplan verhandelt, welcher die Erschließung des Geländes zwischen Spandauer und Wollan- resp. Kreuzstraße dient. Dieser Plan sieht die Ausgestaltung der Spandauer Straße am Bürgerpark zu einer breiten mit Promenade und Rasenstreifen versehenen Straße vor. Da aber die Verhandlungen mit den Besitzern des Hinterlandes noch nicht abgeschlossen sind, wurde die Beschlussfassung vertagt. Ferner wurde die Anlage einer Straße und Brücke in der Richtung Schulstraße—Wegräbnisplatz—Schönholzer Heide vertagt, weil bei der jetzigen Finanzlage die Deckung der Kosten, annähernd 60 000 M., erhebliche Schwierigkeiten verursachen würde. Für das Projekt wurde geltend gemacht, daß von der Erwerberin der Schönholzer Heide, der Firma Worch u. Co., die Regulierung der Straße am Pankower Begräbnisplatz beabsichtigt sei, und daß damit endlich die bauliche Genehmigung zum Bewohnen des Inspektorenwohnhauses auf dem Begräbnisplatz zu erlangen sein würde. Ein weiterer Plan, die Stegerstraße bis zur Wollanstraße durchzulegen, wurde von der Gemeindevertretung angenommen. Dabei wurde auch die Ausführung eines weiteren Anschlusses an die Berliner Wasserleitung in Aussicht gestellt. Angeblich sind die Höhlen in der Wollanstraße nicht weit genug, um hinreichend Wasser aus der Berliner Wasserleitung nach Pankow zu leiten, so daß der Wassermangel an den heißen Tagen unvermeidlich war. Wirksame Abhilfe wird erst durch den Bau des neuen Wasserwerks geschaffen werden. Daran sollte mit möglicher Beschleunigung gearbeitet werden, zumal die Baukosten schon durch Anleihen bereitgestellt sind. Einstweilen beschloß sich aber die Gemeindevertretung erst nochmals mit dem Vortag über den Kauf des Wasserwerkgrundstückes an der Havel bei Stolpe. Dem Rittergutbesitzer v. Veltheim zu Schönfließ, welcher der Gemeinde das Grundstück verkauft hat, haben die Aignaten nicht die Zustimmung zu verschiedenen Punkten des Vertrages gegeben, namentlich insofern es sich um in das Grundbuch des Rittergutes einzutragende Lasten handelt, zum Beispiel in gewisser Entfernung von dem Pankower Wasserwerk keine andere derartige Anlage zu errichten. Demgemäß wurde der Kaufvertrag abgeändert, auf Wunsch des Verkäufers auch der Anschluß der Gutshöfe zu Stolpe und Schönfließ an die Wasserleitung gegen Zahlung von 16 Pf. für 1 Kubikmeter Wasser genehmigt. Der Stiftung von Freibetten im Gemeindekrankenhaus wurden 34 000 M. überwiesen. Bekanntlich haben die Separationsinteressenten zugunsten dieser Stiftung auf diejenigen Einnahmen verzichtet, welche der Verkauf der zugewiesenen Gräben einbringt. In einem Falle hat es ein Grundbesitzer wegen der vorgenannten Summe auf einen Prozeß ankommen lassen, diesen aber verloren. Die Anstellung eines zweiten Desinfektors wurde beschlossen und der Betrag von 310 Mark zur Beschaffung einer Ausrüstung für denselben bewilligt. Da er nebstbei noch den Kosten eines Gemeindevorwärters bedürftig ist, wird man sich die Desinfektion mit Rücksicht beurteilt werden müssen. Schließlich wurde noch mitgeteilt, daß vom 1. Oktober ab die Straßenbahnlinie 5 — Gerichtsring — einzieht und durch eine neue Linie 45, Pankow—Hafenheide, ersetzt wird.

Vermischtes.

Die Heimreise des „J. III.“

Die am Mittwochabend angetretene Heimfahrt des „J. III.“ ist, soweit aus den bisherigen Meldungen zu ersehen, ohne Unterbrechung verlaufen.

Das Luftschiff nahm sofort seinen Kurs nach Süden und fuhr in ruhiger und sicherer Fahrt in der Richtung nach Leipzig. Um 2 Uhr 15 Minuten passierte es Wittenberg und kam um 4 Uhr 15 Minuten in Leipzig in Sicht. Trotz der kalten Witterung hatten sich auf den freien Plätzen und den Dächern der Häuser Hunderte von Menschen angesammelt, die das Luftschiff bei seinen Manövern über der Stadt beobachteten. Zwei Stunden später kreuzte der „J. III.“ bereits über Pegau und wurde um 6 Uhr 55 Minuten in Zeitz gesichtet. Um 8 Uhr 15 Minuten befand sich das Luftschiff über dem Rathhauerturm in Gera und hatte gegen heftigen Westwind zu kämpfen, so daß es längere Zeit manövrieren mußte. Dann schlug der „J. III.“ die Richtung nach Greiz ein, wo er kurz vor 9 Uhr in Sicht kam. Das Wetter hatte sich wieder aufgeläutert und das Luftschiff konnte bei Sonnenschein und völliger Windstille seine Fahrt in der Richtung auf Plauen fortsetzen. Um 9 Uhr 40 Minuten wurde Plauen in schneller Fahrt passiert. Nach weiteren 50 Minuten war Hof in Bayern erreicht. Um 11 Uhr 45 Minuten überflog das Luftschiff in langsamer Fahrt die Stadt Nürnberg und traf um 12 Uhr 45 Minuten über Bayreuth ein. Kurz vor 2 Uhr passierte es Pottenstein, um 2 Uhr 15 Minuten Göttschhausen, gegen 2 1/2 Uhr Gräfenberg und um 3 Uhr 15 Minuten fuhr es im Osten von Nürnberg auf den Dudensteich zu, machte dort angelangt 3 Uhr 30 Minuten eine Schwenkung und flog mit geneigter Spitze um die Burg und dann über ganz Nürnberg hinweg nach Südwesten weiter, ohne zu landen.

Um 5 Uhr 25 Minuten passierte der Ballon Ostheim, die Mitte der ersten Zwischenlandung auf der Hinreise nach Berlin. In Nordlingen wurde er um 5 Uhr 50 Minuten gesichtet.

Das Grubenunglück im Saarrevier.

Nach einer Meldung aus Saarbrücken vom gestrigen Tage waren von den auf der Grube Comphausen Verunglückten bis vorgestern Abend 6 Uhr zwei Mann geborgen. Die übrigen sechs Mann liegen im Schacht unter einer Seilmasse von ungefähr 720 Metern. Wann sie geborgen werden können, ist noch nicht abzusehen; die Bergungsarbeiten werden eifrig betrieben. Alle Verunglückten waren noch junge Leute, der älteste zählte 33, der jüngste 21 Jahre. Zwei der Verunglückten waren verheiratet. Die Mauerbröhne ist etwa 90 Meter abgestürzt. Der Dampfessel, an dem die Wähne mittels Stahlbrähne befestigt war, ist zerstört. Der einzig Überlebende von den im Schacht Befindlichen, der sich aber nicht auf der abgestürzten Mauerseite befunden hatte, wurde gestern Morgen gegen 3 Uhr mittels Haspels aus dem Schacht herabgezogen. Die Abseilung des Schachtes wird von der Firma Wattenberg in Essen (Ruhr) ausgeführt, deren Arbeiterschaft die Verunglückten größtenteils angehört.

Die angebliche Entdeckung des Nordpols.

Mit wachsendem Interesse wird die Nachricht, es sei dem amerikanischen Forscher Dr. Cook gelungen, den Nordpol zu entdecken, erörtert. Bereits gestern Abend brachten Blätter Nachrichten aus New York auf den Svalbard-Inseln, denen der Charakter zweifellos gewöhnlich beigegeben wurde. Doch angesichts der jahrhundertelangen Bemühungen um die Erreichung des Nordpols sind solche Nachrichten nur noch mit gewisser Vorsicht aufzunehmen. „New York Herald“ veröffentlicht eine Zuschrift, die er von Cook selbst über seine Nordpolreise erhalten habe. Cook erklärt darin, daß er nach langem beschwerlichen Kampfe gegen Hunger und Kälte den Nordpol erreicht habe.

Wir haben, so heißt es in dem Bericht, einen neuen Weg und ein sehr wildreiches Gebiet entdeckt, das das Jagdgebiet der Eskimos wie der europäischen Jäger erweitern wird. Wir entdeckten ein Land, auf dem die Felsen ruhen, die den nördlichsten Teil der Erde bilden. Wir haben dreißig Quadratkilometer neues Land erobert.

Die Typhusepidemie in Altwasser, worüber wir schon im Juni berichteten und die damals einen ganz gewaltigen Umfang angenommen hatte und viele Opfer forderte, ist nach uns zugegangenen Nachrichten aus Altwasser immer noch nicht zu Ende. Noch kürzlich sind zwei Schwelstern, die sich in aufopferungsvoller Weise der Krankenpflege widmeten, Opfer ihres schweren Berufes geworden.

Bergsturz infolge eines Erdbebens. Wie aus Trient gemeldet wird, veranlaßte ein Erdbeben in den Grenzgebirgen von Südwest-Tirol einen Bergsturz im Camonicatal, wodurch auch die Bahnstrecke verschüttet wurde.

Ein Parlamentsgebäude vom Feuer zerstört. Wie aus Toronto (Canada) berichtet wird, entstand im dortigen Parlamentsgebäude Feuer, das einen Schaden von 1 Million Dollars verursachte. Das Dach des Westflügels stürzte ein und fiel in die Bibliothek.

Die Cholera in Rotterdam. Nach einer Bekanntmachung des Rotterdammer Bürgermeisters befinden sich 20 Cholerafranken in den Baracken. Die Oberpflegerin der Cholerafranken in den Baracken ist plötzlich gestorben. Das Befinden von zwei Kranken ist sehr ernst, von zwei anderen leicht und bei den übrigen befriedigend. Alle isolierten Personen sind gesund. Die Ursache der Erkrankung liegt hauptsächlich in dem Genuß von unfiltriertem Flußwasser.

Vom Feuer bedroht. Wie das Pariser Journal aus Louzon meldet, bedroht ein Brand, der die großen Wäldungen in der Gegend von Kanakuelle (Departement Var) ergriffen hat, diesen Ort selbst. Es war notwendig, 50 Meter von den Häusern entfernt ein Gegenfeuer anzuzünden, das die Ortschaft bedroht. Der Mangel an Wasser läßt eine Katastrophe befürchten.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 49. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Hunger- und Hungerpein. — Ein ungewöhnlicher Tag. Von Hjalmar Branting. — Der Bauer als Erzähler. Von H. Jöfer (Schlaggraben). (Schluß). — Nochmals die amerikanische Statistik. Von Karl Kautsky. (Schluß).

Das Ergänzungsheft Nr. 6, welches dieser Nummer beigegeben ist, enthält: Artprüfung und Antimalarie des Begriffs der Seele. Von Paul Lafargue. Uebersetzt von Luise Kantisch.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Bestellungen stellen jederzeit zur Verfügung. **Stichtagskalendarium Kalender für 1910.** Umfängliche Zeichnung von Th. Th. Helm. Gebunden 1 M. Verlag von Albert Langen in München.

Antiker Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Milch: Zufuhr knapp, Geschäft regt, Preise gut. Weizengröße: Zufuhr nicht ausreichend, in München gering, Geschäft lebhaft, Preise fest. Roggen: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise anziehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert.

A. JANDORF & Co

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Freitag
Sonnabend
Sewell Vorrat

2 Pakete pa. Zündhölzer 25 Pf.

Gebensmittel

Pa Zervelatwurst Pfund 1.15
Pa Salamiwurst Pfund 1.15
Teewurst Pfund 1.15
Thür. Knoblauchwurst Pf. 1.15

Gänsebrust (Spickgans) ... Pfund 1.45
Schinkenspeck Pfund 1.10
Rotwurst Pfund 45 Pf.
Zwiebelleberwurst.... Pfund 45 Pf.

Tafelbirnen Pfd. 10, 14 Pf.
Kürbis (zum Einmachen) Pfd. 5 Pf.
Musäpfel 5 Pfd. 45 Pf.
Tomaten Pfund 8 Pf.
Zitronen Dutzend 19 Pf.

Ia. Gänse Pfund 58, 65 Pf.
Ia. Hühner 1.35, 1.95, 2.25
Tauben 50 Pf.
Ia. Enten 1.90, 2.25, 2.45

Kaffee Mischung " " " Pfund 90, 1.00, 1.15
Tilsiter Käse Pfd. 48 Pf.
Brie Käse Pfund 48 Pf.

Preisselbeeren 5 Pfund 78 Pf.

Italienische Gold-Trauben i. Körben, Brutto für Netto, Pfund 15 Pf.

Deutscher Kakao Pfund 85 Pf. | Haushalt-Schokolade Pfund 65 Pf. | Kronen Kakes Pfund 55 Pf.

Verkaufsstelle für Abonnements-Marken der Grossen Berliner Strassenbahn und der Allgemeinen Berliner Omnibus Aktien-Gesellschaft

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Fette junge Gänse, nur erste Qualität
Gänserümpfe, 1/2 Gänse.

Enten,
Reifhock und fett, von Hart 1.80.

Hühner,
fette Cappenhühner, jge. Brathühner
in besonders schöner Auswahl.
Wegner, 80. Mariannenstr. 34.

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch lohnt zu dauernder Kundenschaft.

Original-Blériot-Flugmaschine Nr. 9



Der erste Original-Drachensflieger von Blériot, Paris, der bis heute nach Deutschland gelangte, ist

bis auf weiteres in unserem Hause ausgestellt.

Besichtigungsgebühr 50 Pf., für Militär und Kinder 20 Pf.

KAVFHAVS
DES WESTENS
BERLIN

ALLEINIGE VERKAUFSTELLE DER WARENHAUSE FÜR DEUTSCHE BEAMTE
TAVENTZENSTRASSE 21-24. GMBH

Los nur 1/2 Mark!

Ziehung am 10. Sept. 1909

Schneidemüller
Automobil- u. Pferde-
Lotterie

3103 Gewinne i. W. v. zus. M.

100000
Hauptgew. 1 Automobil i. W. v. M.

15000
10000
5000
3000
2000

4 Komplett bespannte 4-, 2- und 1spännige Equipagen in W. v. M.

11 Lose sort. 5 M.
2. verschied. Tausenden
Porto u. Liste 20 Pf. extra durch
das General-Debit

H. G. Kröger, Berlin W. 8
Friedrichstrasse 193a,
sowie alle durch Plakate
kennlich, Verkaufsstellen.

Ohne jede Anzahlung
verkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(9mal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 30jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

AUTODROSCHKEN-
NUMMER
zu kaufen gesucht.
Angebote unter Z. 3 be-
fordert die Exped. d. Bl.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schäferjess vorzüglich gelegene,
billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit
auch ohne Bad, Ballon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-
Bromnade, Bringer Straße, Mühl-Strasse, Ostländer- und Thuner Straße.

44 eigene Fischdampfer.
Seefische haben hohen Nährwert!
Von frischen Fängen unserer Dampfer
empfehlen wir in Ia Qualität als ganz besonders billig:
1a große fette Schollen pro Pfund mit 25 Pf., 4 Pfd. für 90 Pf.
Scholle gekocht oder gebraten ist eine Delikatesse!
Außerdem empfehlen wir:
Kabeljau im Anschnitt 25 Pf. # Schellfisch im Anschn. 30 Pf.
Seelachs im Anschnitt 25 Pf. # Bratschellfisch 25 Pf.
Deutsche Hochseefischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Größte Hochseefischerei. — Seefisch-Großhandlung.
Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse 8/9. Telephon III, 8804.
Verkaufsstellen in Berlin:
O., Bahnhof Börse, Bogen 8-10. O., Madaistraße, Bogen 8-9, NW. Wilmacker Str. 57.
N., Invalidenstr. 131. S., Fruchtstraße gegenüber. Charlottenburg: Wilmers-
O., Große Frankfurter Str. 85. W., Potsdamer Straße 112c. dorfer Straße 111.
Spandau: Breite-Strasse 54.
In allen Verkaufsstellen gleiche Preise!
Seefischkochbücher gratis!

Soeben erschienen:
Führer
durch das preussische
Einkommensteuer-Gesetz
von
Rud. Wissell,
Arbeitersekretär.
Das Schriftchen entspricht einem
dringenden Bedürfnis und kann
jedem Arbeiter zur Orientierung
bestens empfohlen werden.
Der Preis beträgt 30 Pfennig.
Expedition des „Vorwärts“
BERLIN SW.,
Lindenstr. 69 (Laden).

**Wohlfahrts-
Lotterie**
Ziehung 13. und 14. Oktober 1909.
Gesamtbetrag der Gewinne i. W. v. Mark
85000
Hauptgewinne M.
30000, 20000
10000, 5000 etc.
etc.
Lose à 3 Mark, Porto und Liste 50 Pfennig extra, zu haben in allen
Lotterie- und Zigaretten-Geschäften sowie beim Generaldebit Paul
Steinberg & Co., G. m. B. H., Bankgeschäft, Berlin C., Rosenthaler Str. 11-12.

Vorjährige
hochelegante Anzüge und
Palotots aus feinsten
Maßstoffen, früherer Preis
60-90, jetzt 20-40,
werden täglich im
Kavalier-Klub
Unter den Linden 61, II
verkauft.

Vom Bierkrieg.

Obwohl in einigen Orten der Kampf gegen die Bierverteuerung schon wieder dem friedlichen Schürfen des Gerstenstoffs Platz gemacht hat, weil Brauer und Wirte von der beabsichtigten...

Wird diese Parole von dem Gros der Bevölkerung in der gewünschten Weise befolgt — und davon ist kaum zu zweifeln, auch der Bierkrieg vom Jahre 1906 wurde in Chemnitz scharf durchgeführt...

Vollkommene Abstinenz. Die Kieler Arbeiterschaft hat am Mittwoch in fünf großen Versammlungen beschlossen, die Wirte zu boykottieren und sich des Bier- und Schnapsgenusses vollkommen zu enthalten...

Eisenbahndirektion und Bierpreise. Auf Eingaben aus Wirtkreisen in Hannover, in denen um Zulassung kleinerer Schankgefäße in den Bahnhofswirtschaften gebeten wurde, hat die kgl. Eisenbahndirektion in Hannover erwidert...

Ablehnung der beabsichtigten Preiserhöhung. In einer Volksversammlung in Osnabrück gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Anwesenden erklärten, daß sie die von den Brauereien und Wirten projektierte Bierverteuerung ganz entschieden ablehnen...

Aus der frauenbewegung.

Kinderschutz, eine soziale Aufgabe der Genossinnen.

Die Folgen, die für die Kinder selbst wie auch für die nachkommende Generation aus der Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte entstanden sind und weiter entstehen, schreien zum Himmel...

Noch in keiner Bevölkerungsschicht sind die schädlichen Folgen der Kinderarbeit richtig erkannt. Auch bei den Arbeitern bringt man dieser Frage im allgemeinen viel zu wenig Interesse entgegen.

Dieser Kinderausbeutung muß die Arbeiterschaft energig entgegengetreten. Besonders den Frauen und Müttern muß es klar gemacht werden, wie schwer sie an ihren Kindern sündigen, wenn sie sie zu früh ins Joch der Arbeit spannen...

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 5. September, vormittags 10 Uhr: Vortrag und Führung durch das Märkische Museum.

Verschärfung des Bierkrieges in Chemnitz. Nachdem die Verhandlungen zwischen dem von den Konsumenten in großen öffentlichen Versammlungen gewählten Aktionsausschuß und den Vertretern der verschiedenen Gast- und Schankwirtvereine...

Von heute ab muß jeder Bierkonsum ein gestellt werden!

HERMANN TIETZ

ALEXANDERPLATZ

Leipziger Str.: Versand-Abteilung

FRANKFURTER ALLEE

Freitag, Sonnabend

Sowohl Vorrat

12 aussergewöhnlich billige Artikel

Table with 4 columns and 3 rows listing various porcelain items like Speiseteller, Kaffeeassen, Satz-Salatiere, etc. with prices in Pfennigs.

Hervorragend preiswerte Wirtschaftsartikel

Table listing household items like Emaillie-Eimer, Mülleimer, Toiletteneimer, Aluminium-Kochgeschirre, Zink-Waschfässer, etc. with prices.

Table listing dining items like Alpaka-Esslöffel, Essbestecke, Alpaka-Essmesser, Alpaka-Kaffeelöffel with prices.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
(Bezirk 143.)
Todesanzeige.
Am 31. August verstarb unser
Mitglied, der Herr
Ernst Hoffmann
(Hafenstraße 13).
Seine letzten Wünsche
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 3 Uhr von der
Leichenhalle des Heilig-Kreuz-
Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
211/7 Der Vorstand.

Nach zehnmonatlichen schweren
Leiden verschied am 1. September
mein innigstgeliebter Mann, der
Vater
Franz Fehrmann
im 61. Lebensjahre.
Dies geht tief betrübt an
Die trauernde Witwe
Albertine Fehrmann
geb. Kiehling.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, 4. September, nachm.
3 Uhr, auf dem Friedhof
in Friedrichsfelde statt. 12588

Hiermit die traurige Nachricht,
dass unsere gute Mutter, Schwieger-
und Großmutter
Dorothea Baack
geb. Giese
nach langem schweren Leiden ver-
schieden ist.
Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen: **Paul Obiglio**
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, 3. September, nachm. 5 Uhr,
von der Leichenhalle der Elisabeth-
Gemeinde, Prinzenallee, aus statt.

Hiermit die traurige Nachricht,
dass meine liebe Frau
Ilse Goyer geb. Säume
nach langem, schwerem Leiden am
Mittwoch, den 1. September, sanft
entschieden ist.
Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen:
Ernst Goyer,
Königsplatz 32.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.

Danksagung.
Allen Verwandten, Freunden, Be-
kannnten, Kollegen und Gön-
nern für die Teilnahme bei der
Beerdigung meines lieben Mannes,
Vaters, Sohnes usw.
Gustav Drömert
Hierdurch unseren tiefsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Marie Drömert.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme anlässlich des Hinscheidens
meines lieben Mannes, meines guten
Vaters, des Gastwirts
Franz Kleineidam
sagen wir unseren tiefempfundenen
Dank. 22983
Hugues Kleineidam und Tochter.
Warschauer Straße 48.

Für die herzliche Teilnahme und
Kranzspenden bei der Beerdigung
unseres lieben Sohnes
Wilhelm Guderjahn
sagen wir allen, welche ihm die letzte
Ehre erwiesen, unseren herzlichsten
Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die rege Teilnahme und schönen
Kranzspenden bei der Beerdigung
meiner lieben Frau sage ich allen
Beteiligten meinen besten Dank.
12558
A. Wolgast.

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein**
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren
am Sonntag, 5. September.
1. Abt. 4 Uhr: Lindenallee. 1 Uhr:
Litzow (Brenn).
2. Abt. 4, 9 Uhr: Budow. 5, 3 Uhr:
Budow (Schweizerhaus). 1 Uhr:
Hennigsdorf.
3. Abt. 7 und 12 Uhr: Königs-
Bucherhausen (Altes Schützenhaus).
4. Abt. früh 8 Uhr: Petersdamm
(Giese).
5. Abt. 2 Uhr: Orstgarten (Wil-
helmshof).
6. Abt. 6 Uhr: Streckfänge durch
den Rodden. 12, 1 Uhr: Uehdorf.
7. Abt. 6 Uhr: Tempel. 1 Uhr:
Orstgarten.
8. Abt. 6 Uhr: Rauhen (Voll-
garten). 1 Uhr: Staaken („Zum
braunen Orst“).
9. Abt. 1, 1 Uhr: Fickelmeider.
10. Abt. 6 Uhr: Beetz. 1 Uhr:
Zehendorf (Raed). 11/16
Start an den bekannten Stellen.

**Fahrrad-Haus „Frisch auf“,
Walter Wittig & Co.,**
Hauptgeschäft: Berlin N. 31, Brunnenstr. 35
Niederlage: Köpenicker Str. 9,
empfehlen „Frisch auf“-Fahrräder
owie sämtl. Radfahrer-Bedarfsartikel.
Reparatur-Werkstatt mit elek-
trischem Kraftbetrieb. 106/3

Leitergerüstbauer.
Unsere letzte Branchen-Verammlung vom 25. Juli fasste den ein-
stimmigen Beschluss, dass von jetzt ab regelmäßig jeden 2. Sonntag im
Monat unsere Branchen-Verammlung stattfinden soll. Demgemäß findet am
Sonntag, den 12. September, vormittags 10 Uhr,
Branchen-Verammlung
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27a, statt. 62712
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Ausgabe der Legitimationskarten.
4. Vorträge. 5. Wir erwarten einen recht zahlreichen Besuch. Karten
für die Unterführungsliste können in der Verammlung entgegengenommen
werden. Die Sektionsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15,
Saal 4 (Arbeitslosen-Saal):
Sitzung der Ortsverwaltung.

Jugendauschuss für Groß-Berlin.
Sonntag, den 5. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engelauer 15:

Große Jugendversammlung.
Vortrag des Schriftstellers **Heinrich Schulz** **Jugendideale**
über:
Nach dem Vortrage: **Gesellige Unterhaltung.**
Zu dieser Versammlung sind alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und
Arbeiterinnen eingeladen. 287/18

Drei Tropfen
Kaol
machen das
schmutzigste Metall
spiegelblank.
In Flaschen von 10-50 Pfg. überall
zu haben.

Kredit * Möbel auf
Teilzahlung
bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht
bei Krankheitsfällen **E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**
und Arbeitslosigkeit.

South African Territories Ltd.
London.

Mitteilungen werde ich von jetzt an in den Besprechungen
der Teilhaber (shares = Besitzer) zur Kenntnis bringen. Teil-
haber sind diejenigen, die in den Büchern der Gesellschaft in
London als solche eingetragen sind.
Die Emission der shares der Kharas Exploration Company
findet nicht statt, weil ein Unternehmen, das sich die Erforschung
der Bodenschätze zum Ziele setzt, den öffentlichen Geldmarkt
nicht in Anspruch nehmen soll.

Die Kharas Exploration Company ist bereit, unbeschadet
ihrer eigenen Tätigkeit, von anderen auf Territorien-Gebiet be-
reits entdeckte Mineralien-Funde in Gemeinschaft mit ihnen
auf Abbaufähigkeit zu untersuchen und zu diesem Zweck Ge-
sellschaften zu bilden.

Wie schon früher mitgeteilt, bin ich Besitzer von über
150 000 shares der South African Territories. Der Wert der
shares dieser Gesellschaft hängt nicht von den Kurschwankungen
an der Börse ab, wo der Verkauf oder Einkauf von wenigen
hundert shares auf den Markt Einfluss ausübt, sondern von
dem Vorhandensein der Bodenschätze, Land- und Geldebesitz und
sonstigen Rechten.

Die Kurschwankungen sind nicht die Folge meiner Ver-
öffentlichungen, sondern die Folge von Blanko-Angebot und
Blanko-Ankauf.

Ich habe mich überzeugt, dass die englische Verwaltung
der South African Territories den Glauben an die Richtigkeit
der gemeldeten Diamantenfunde haben musste. Die Nicht-
bestätigung derselben hat die englische Verwaltung ebenso
überascht, wie die Shares-Besitzer. Als zwei Stunden nach
Unterzeichnung des Abkommens über die Abtretung der
Minenrechte das Kabeltelegramm mit der Nichtbestätigung der
Funde eintraf, stellte mir die englische Verwaltung frei, den
Vertrag zu annullieren, was ich nicht tat.

Die Repräsentanten in Deutschland für die South
African Territories Ltd., London, und die Kharas Ex-
ploration Company Ltd., London, sind:

Westdeutsche Thomsophosphat-Werke
G. m. b. H.
Berlin W., am Karlsbad 17.

Weder die South African Territories noch die Kharas
Exploration Company haben mit der Anglo-German Terri-
tories Ltd., London irgend etwas gemein.

Man kann sich als guter Deutscher dem nicht entziehen,
dass es ratsam ist, die Erfahrungen der Engländer zu benutzen,
um unkultivierte Länder gewinnbringend zu erschließen, be-
sonders wenn vertragliche Rechte ihnen zustehen. Notwendig
ist ein Aktiengeschäft, welches Teilhaber schafft und keine Gegen-
sätze, Blanko-Angebot und Blanko-Ankauf ausschließt und dem
Volke ermöglicht teilzunehmen an der Erzeugung von Werten
durch Kapital.

Die nationalen finanziellen Mittel können international
vereint werden als Teilhaber an denselben Werten.
Teilhaber sollten auch Frauen sein.

Meine öffentlichen Mitteilungen bezweckten, das Vertrauen
der Shares-Besitzer in ihren Besitz herzustellen.
Der dunkle Erdteil ist die mangelnde Erkenntnis.
Johannes Schlutius, Karow, Mecklenburg.
Sanct Blasien, 2. September 1909.

Verkäufe.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent
Eckrabatt selbst bei nachstehend auf-
geführten Gelegenheitskäufen. Teppich-
Thomas, Dramenstraße 100, Dramen-
platz.

**Teppiche, farbige, hellste, spot-
billig.**

**Gardinen, Stores, Muster-
exemplare, für halben Wert.**

Sofahohreiter selten billig.

**Blüschhohreiter, einzelne Paare,
spotbillig.**

**Strepdecken, Musterstücke, spot-
billig.**

**Korwärtleser, beachtet vor-
hergehend 6 Anzeigen. 24818**

**Drehbänke, Buttermaschinen,
Wäschegaler, Berlin*, Baumann-
straße 29 (Katalog kostenlos).**

Teppiche! (schöne) in allen
Größen für die Hälfte des Besten
Teppichlagers. **Drum, Gadecher
Markt 4, Dönhofs-Platz. (Weder des
„Vorwärts“ erhalten 5 Prozent
Rabatt.) Sonntags geöffnet!**

Gasföcherband!!! Geschlossene
Zweifachgasföcher! 5,00. Einloch-
gasföcher! 0,50. Gasföcherkasten!
5,00. Gasföcherkasten! Gasföcher!
einloch! spotbillig! 1,50.
Schlauer, Balkenbrotstraße 32.

Wandteichhaus Krebber, Rührer-
platz 7, spotbillig. Bettentwurf,
Gardinenverkauf, Wäscheverkauf,
Uhrenverkauf, Federverkauf, Schmuck-
waren, Goldwaren, Silberwaren, ver-
goldene Platten. 24928

Wittners Nähmaschinen ohne An-
zahlung, gebrauchte spotbillig, War-
schauerstraße 67, Stallbergstraße 99.

Gebrauchte Nähmaschinen billig.
Bismann, Gollnowstraße 29. 19678

5,00 prachtvolle Betten, 9,00
Bauerndebett, Damenbetten 12,00,
Kuschelker, Herrengarderoben, Gold-
sachen. Nur Handliche Pringen-
straße 88. 95/17

**Landsbett, zwei Deckbetten, zwei
Matzen, zweiwöchentlich 18,00** große
Laten 1,00. Nur Handliche Pringen-
straße 88. 95/15

**Monatsangebote und Sommer-
paletots, von 5 Mark** sowie Hosen
von 1,50, Gebrochangebote von 12,00,
Hose von 2,50, sowie für konventionel-
le Figuren. Neue Garderobe zu namend-
billigen Preisen, auch Handarbeiten
verarbeitete Sachen kann man am
billigsten bei **Rat, Wulfschtrake 14.**

**Kleider-Ausgaben, Goethe, Heine,
Reuter, Schiller, Schopenhauer, je vier
Bände 6,- Mark. Eichendorff, Hauff,
je zwei Bände 3,50 Mark. Bürger,
Richter, Remau, Uhlmann, Wieland und
andere, je ein Band 1,75 Mark. Ex-
pedition, Lindenstraße 69, Laden.**

**Teppiche (Gardenscheit), Strep-
decken, Gardinen, Tischdecken, Kü-
scheldecken, Uebergardinen, Sofa-
stuhlleuchte spotbillig. Habichtstraße
Wauersdorf, Große Frankfurterstraße 9,
Flureingang. Vorwärtsleser! 24888**

**Vorjährige hochpreisige Angebote
und Paletots, aus feinsten Stoffen,
früherer Preis 60-90, jetzt 20-40,
werden täglich im Kavalier-Klub,
Unter den Linden 61 II verkauft.**

**Monatsangebote, Sommerpaletots,
Gebrochangebote, Hosen, feinste Was-
chstoffe, spotbillig. Kollnbaierstr. 48, II.**

Bekanntmachung! Humboldt-
haus nur Brunnenstraße 68, Gedäch-
nisstrahlfeststraße. Spotbillig. Wän-
derverkauf! Bettentwurf! Braut-
betten! Kleidermaschinen! Strepdecken!
Prachtvolle Gardinenauswahl! Pracht-
teppiche! Wäsche! Handarbeiten! Hoch-
preisige Jachttasche! Sommer-
paletots! Gebrochangebote! Extrabi-
llige goldene Damenuhren! Herren-
uhren! Wanduhren! Verkauf täglich,
auch Sonntags. 25018

**Nähmaschinen - Handteichhaus,
Singerbobbins, Singerriegel, Adler-
phänix, Langschiffchen 10,-, Kolln-
baierstraße 68, Handteichhaus. 12575**

Geschäftsverkäufe.
Obst, Gemüsegeschäft verlässtlich
Sommerstraße 42.

**Wäschegefäß, neue Rolle, billige
Rolle, sofort preiswert veräußert**
Islandstraße 18. 476

Möbel.
Nur für's Privatpublikum! Billige
Büfette, Schreibtische, Tischstühle,
Ankleideschränke, Garnituren, Schö-
nleucht, Ausziehtische, Säulen-
trapezoid, Umbau, Erderschle, Klus-
schel, Teppiche, Strepdecken, Gas-
tronomen, Bestellen, Verstell, moderne
Küchen bis 30 Prozent billiger als
im Möbelgeschäft! Vorfrüherstr. 26
auf im Speicher. Nummer 26 zu
sehen! 11506

**Billige Möbel, gebrauchte, ver-
lässliche** gebrauchte und neue. Kleiderständer,
Verstell, Ausziehtisch, Sofa, Tisch 15,
Küchenschrank 10, Bettstelle mit Ma-
trasse 18, Garderobenschrank, Herren-
schreibtisch 36, Wäschekasten mit Decke
19, Sofa 22, elegante Tischchen 45,
Büchertisch 68, Säulentrucneau 30,
Küchenschrank, Wäscherische, ein-
fache Schlafzimmern, Dame Stühle 55,
Wäschekasten 20. Katalogausgabe,
Transport frei. Stargardis Möbel-
speicher, Vorfrüherstr. 69. 228/10

**Was gibt's jetzt im Aufbesserungs-
speicher Vorfrüherstraße 69:** Billige
Speisezimmer, wenig gebrauchte
Herrenzimmer, fast neue Salons,
wunderbare Schlafzimmern, alles in
großer Auswahl, auch schwere und
große Zimmer am Lager! Holmanns
Aufbesserungs-Speicher Vorfrüher-
straße 69. Bitte Nummer 26 zu
sehen, da Möbelgeschäfte in der
Straße existieren. 11495

Möbelgelegenheit! Wenig ge-
brauchte, gut erhaltene Möbel, auch
neue, einfache, elegante, belien-
gewesen, verlässliche spotbillig. Kolln-
baierstr. 68, Kollnbaierstr. 48, II.

**Möbel. In meiner seit 1880 be-
stehenden Möbelfabrik, Wittenau-
straße 15, am Dönhofs-Tor, stehen
viele Wohnungs-einrichtungen zu sehr
billigen Preisen. Teilzahlung bei
geringer Anzahlung. Benutzen ohne
Anzahlung. Einrichtungen von 150
bis 500 Mark. Bessere bis 10 000
Mark. Empfehlenswerte Beschäftigung
der verlässlichen gewesenen Möbel-
kleiderständer 18,-, Sofa 33,-,
Bettstelle mit Federmatratze 24,-,
Küchenschrank, Verstell 28,-, Tisch-
garnituren. Büchertisch 70,-,
Wäscherische mit Matratze 35,-,
Schreibtische, Ausziehtische, Schlaf-
zimmern, Herrenzimmer, gebrauchte
Salons, farbige moderne Küchen
47,-, Koffertische Aufbesserung.
Sonntags geöffnet. Bitte auf Haus-
nummer 15 zu achten. 24781**

**Billige Möbel, gebrauchte, ver-
lässliche** gebrauchte und neue. Kleiderständer,
Verstell, Ausziehtisch, Sofa, Tisch 15,
Küchenschrank 10, Bettstelle mit Ma-
trasse 18, Garderobenschrank, Herren-
schreibtisch 36, Wäschekasten mit Decke
19, Sofa 22, elegante Tischchen 45,
Büchertisch 68, Säulentrucneau 30,
Küchenschrank, Wäscherische, ein-
fache Schlafzimmern, Dame Stühle 55,
Wäschekasten 20. Katalogausgabe,
Transport frei. Stargardis Möbel-
speicher, Vorfrüherstr. 69. 228/10

**Gebrauchte Möbel aus Versteige-
rungen, Schränke, Verstell, Tische,
Sofas, Schreibtische, Bücherstühle,
Büfette, Garnituren, Bestellen, Tisch-
stühle, Bilder, Kronen, Teppiche,
komplette Wirtschaften** bedeutend
billiger wie überall. **Demers Möbel-
speicher, Vorfrüherstraße 55.**

Möbel-Fabrik - Lager Dresden-
straße 107/109, verkauft billig. **Wan-
schloja mit Spiegel 60,00, elegante
Tischchen 45,00, Herrenschreibtische
30,00, Bettstellen mit Matratze 18,00,
Wäschekasten 20,00, Kleiderständer
24,00, Säulentrucneau 28,00, Auszieht-
isch 15,00, komplette Wohnungs-
einrichtung 150,00 an, Dame Stühle
sehr billig. 226/12**

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad
einmal benutzt 40,00. **Dolz Blumen-
straße 36b. 16838**

**Geschäftsdreirad, überst. stabil,
50,00 an. Dolz, Blumenstraße 36b.**

Musik.
Grammophon mit Platten 12,00.
Große doppelreihige Schallplatten 0,40.
Kleinstenwahl erstklassiger Sprech-
maschinen und Schallplatten. Spot-
billig. Kein Laden. **Lefke, Land-
bergerstraße 40. 476**

Musikunterricht (neue, doppelt
bedernde Methode bis zur Vollenbung)
gibt erfahrenster Künstler wöchentlich,
auf Wunsch auch nur eine Lektion
auf 1,25 Mark, bei zwei Schülern je 75 Pf.
Erferten unter D. 2 Expedition des
„Vorwärts“. 1

Verschiedenes.
Stenographie-Unterrichtskurse für
Damen und Herren beginnen Mitte
September. Näheres Vorleser am
12. September. **Arbeiter - Steno-
graphen-Bund. 12478**

Kunstkopferer von Frau **Koschik**
Schlachterstr. Kurstraße 8, III.

**Varenanwait Wegel, Wägen-
straße 91a.**

Tanzschule Schel, **Boeters** Fest-
alle, **Wederstraße 17.** Wiederbeginn:
Sonntag, 5. September. **Geläufige
Anmeldungen** erbeten. **Reinhold
Schel, Langstr. 6, Kleberstraße 6.**

Weyer, Louis (Ernst Wilhelm),
Buchbinder, **Strelcherstraße 82,** holt
auf Wunsch Buchbinderarbeit ab.

Automobil - Betriebsgesellschaft,
Fennstraße 31, bildet geeignete Leute
zu Autodienstreifen aus und
stellt solche unter Vorbehalt nach Be-
darf ein. **Lehrgeld 80 Mark. 62485**

Metallberichterstattung für Gas-
und Wasserzählern verlangt
Sanftmann, **Wittenaustraße 8, 1116**

**Kunstmaler, selbständige, auf
Teichstraße, Justiz-Schlosserei-Blume,
Charlottenburg, Schillerstraße 97.**

Marmorsteiner sucht sofort
Hnt, **Demmerstraße 19. 12495**

Marmor-Handschleifer verlangt
sofort **Wann, Hermannstraße 8, 4116**

Tüchtige Handwerker verlangt
Lauffherg 15. 41

Erziehungsraum, 1 Verkäuferin
und 1 alte **Kassier** sofort gesucht.
Wohnungen 1-3 oder 7-8 Uhr.
**A. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-
straße 1/2. 25088**

**Abänderungen, nur wirklich
tüchtige Abänderungen** für mein
Damenkonfektionsgeschäft zum so-
fortigen Eintritt gesucht. **A. Gutt-
mann, Lantzenstraße 18a, Ecke
Ränderberger Straße. 25088**

Zeitungsleser finden dauernde
und sehr lohnende Beschäftigung.
Königsstraße 55/57. 9776

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

**Achtung!
Holzarbeiter**

**Wegen Streik und Differenzen
sind geberzt:**
für **Modellischer
Möbelgeschäft** **Vormann u. Kästing,**
Gedächtnisstr.,
für **Tischler, Polsterer und Ma-
schinensetzer**
Wittners **Sommerlatte, Prey-
lauer** **Allee 100.**
Frma Staats, Oberbaumstr. 5.
Sämtliche Betriebe in den Orten
**Schwerin a. d. W., Rathenow,
Wustow, Segeberg (Holstein)**
und **Magdeburg.**
Gleichzeitig ersuchen wir die
Kollegen aller Branchen der Holz-
industrie das Vermittlungsbureau
des **gelben** **Handwerker-
verbandes** streng zu meiden.
Für **Stellmacher:**
Berliner Motorwagenfabrik in
Reinichenhof.
Für **Rübenmacher:**
Zolz, Lindenstraße 35.
Die Krisenverwaltung.

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Bauanschläger verlangt **Schlosserei
Blume, Charlottenburg, Schiller-
straße 97. 4136**

Wohnungen.
Arbeiterwohnungen billig **Guinea-
straße 33, mit Berggattung. 453**
**D. und L. Himmernwohnung, billig,
Kollnbaierstr. 10, 23728**

Wohnungen: 1 Studie und Küche,
2 Stuben und Küche zu billigen
Preisen **Friedrichsfelderstraße 35.**
Urbanstraße 31 Studie und Küche
zu vermieten. **Vorherr, Seiten-
straße III. 4134**
Kleine billige Wohnungen **Ritter-
straße 40** zu vermieten. 9775

Zimmer.
Teilnehmer zum **milderten** Zim-
mer gesucht. **Witte II. Bodebes,
Wittenaustraße 10, vom II. 9908**

Schlafstellen.
Schlafstelle vermietet **Herrmann,
Blantzenstraße 11. 12485**
Schlafstelle, möbliert, sofort für
2 Herren. **Antleusen, Dresden-
straße 111, II links. 9772**

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Bauanschläger verlangt **Schlosserei
Blume, Charlottenburg, Schiller-
straße 97. 4136**